

kriens

Protokoll

Kriens, 12. Dezember 2019

Sitzungsdatum

Donnerstag, 12. Dezember 2019

Zeit Ort

13:00 Uhr bis 18:00 Uhr,
Pilatussaal, Stadtplatz 1, Kriens

Verfasst durch

Janine Lipp
Sachbearbeiterin

T 041 329 63 09
janine.lipp@kriens.ch



Einwohnerratssitzung 2019/2020 Protokoll Nr. 5

Anwesend

Präsident

Roger Erni

Einwohnerrat

27 Mitglieder

Räto Camenisch (ab 13:15 Uhr)

Manuel Hunziker (bis 13:35 Uhr)

Judith Mathis-Wicki (ab 13:10 Uhr)

Raoul Niederberger (ab 13:20 Uhr)

Nicole Nyfeler (ab 13:25 Uhr)

Stadtrat

5 Mitglieder

Franco Faé (ab 13:20 Uhr)

Stadtschreiber

Guido Solari

Protokoll

Janine Lipp

Entschuldigt

Michèle Binggeli

Bruno Purtschert

Traktanden

- | | | | |
|-----|--|------------|-----------|
| 1. | <u>Mitteilungen</u> | | Seite 215 |
| 2. | <u>Bericht und Antrag:</u> Einsetzung einer nichtständigen einwohnerrätlichen Kommission - Reorganisation Einwohnerrat 2020 (KRE II) | Nr. 253/19 | Seite 216 |
| 3. | <u>Wahlen</u> in die Spezialkommission betr. Reorganisation Einwohnerrat
- Tomas Kobi, Grüne
- Marco Frauenknecht, SVP
- Erwin Schwarz, FDP
- Raphael Spörri, SP
- Andreas Vonesch, CVP | | Seite 217 |
| 4. | <u>Bericht und Antrag:</u> Wettbewerbskredit Grossfeld | Nr. 254/19 | Seite 218 |
| 4a. | <u>Dringliche Motion Rösch:</u> Zukunftsträchtige Entwicklung statt Car-Lawine auf dem Hinder-Schlund-Areal | Nr. 258/19 | Seite 228 |
| 5. | <u>Beantwortung Interpellation Stofer:</u> Fussgänger- und velofreundlicher Winterdienst | Nr. 215/19 | Seite 235 |
| 6. | <u>Postulat Tanner:</u> Kostenloser ÖV für Kinder bis 16 Jahre
<i>Begründung</i> | Nr. 221/19 | Seite 236 |
| 7. | <u>Postulat Kobi:</u> Stoppt das gesundheitsschädigende Glyphosat in Krienser Wohngebiet
<i>Begründung</i> | Nr. 222/19 | Seite 239 |
| 8. | <u>Postulat Ercolani:</u> Altes Bahnhöfli, Belebung Stadtplatz mit gastronomischem Angebot
<i>Begründung</i> | Nr. 224/19 | Seite 241 |
| 9. | <u>Postulat Koch:</u> Pestizid-Alternativen für die Stadt Kriens- unserer Gesundheit zuliebe!
<i>Begründung</i> | Nr. 227/19 | Seite 242 |
| 10. | <u>Bericht Postulat Manoharan:</u> Kunst im öffentlichen Raum | Nr. 166/18 | Seite 242 |
| 11. | <u>Bericht Postulat Lammer:</u> Gefährliche Verkehrswege entlang Gebäude Luzernerstr. 4 | Nr. 169/18 | Seite 244 |
| 12. | <u>Bericht Postulat Camenisch:</u> Verbesserung der Sicherheit auf Fussgängerstreifen | Nr. 175/19 | Seite 246 |
| 13. | <u>Bericht dringliches Postulat Portmann:</u> Innovative Quartier- und Stadtentwicklung | Nr. 218/19 | Seite 248 |
| 14. | <u>Beantwortung Interpellation Spörri:</u> Umsetzung Bericht „Verbesserung im Radroutennetz“ (B+A 075/2009) | Nr. 209/19 | Seite 250 |

15.	<u>Beantwortung Interpellation Ercolani:</u> Neue Bewohner/innen / Sozialhilfe Bezüger	Nr. 210/19	Seite 253
16.	<u>Beantwortung Interpellation Gomer:</u> Soziale Freiräume im Quartier	Nr. 211/19	Seite 255
17.	<u>Beantwortung Interpellation Kobi:</u> Wie arbeitet der Verwaltungsrat der Heime Kriens AG, was macht er und wie informiert er <i>aus Zeitgründen abtraktandiert</i>	Nr. 213/19	Seite 257
18.	<u>Beantwortung Interpellation Tschümperlin:</u> Kantonsgericht schützt Schulhaus-Wiesen <i>aus Zeitgründen abtraktandiert</i>	Nr. 214/19	Seite 257
19.	<u>Postulat Kobi:</u> Stopp von weiteren versiegelten Flächen in Kriens <i>Begründung</i> <i>aus Zeitgründen abtraktandiert</i>	Nr. 229/19	Seite 257
20.	<u>Postulat Gomer:</u> Förderung der Gleichstellung <i>Begründung</i> <i>aus Zeitgründen abtraktandiert</i>	Nr. 230/19	Seite 258
21.	<u>Postulat Koch:</u> Für den Erhalt der traditionellen Schlittelpiste Krienseregg – Kriens <i>Begründung</i> <i>aus Zeitgründen abtraktandiert</i>	Nr. 232/19	Seite 258
22.	<u>Postulat Purtschert:</u> Für ein umwelt- und klimafreundlicheres Beschaffungswesen <i>Begründung</i> <i>aus Zeitgründen abtraktandiert</i>	Nr. 236/19	Seite 258
23.	<u>Postulat Burkhardt:</u> Plastik Recycling, Sammelsack für Kriens <i>Begründung</i> <i>aus Zeitgründen abtraktandiert</i>	Nr. 238/19	Seite 258
24.	<u>Postulat Mathis:</u> Biodiversität auf stadteigenen Grundstücken <i>Begründung</i> <i>aus Zeitgründen abtraktandiert</i>	Nr. 242/19	Seite 258
25.	<u>Postulat Vonesch:</u> Aufwertung und Attraktivierung des Stadthausplatzes <i>Begründung</i> <i>aus Zeitgründen abtraktandiert</i>	Nr. 245/19	Seite 258
26.	<u>Beantwortung Interpellation Schwarz:</u> Lehrermangel an den Schulen <i>aus Zeitgründen abtraktandiert</i>	Nr. 223/19	Seite 258
27.	<u>Beantwortung Interpellation Tschümperlin:</u> Illegales Bauen der Stadt Kriens <i>aus Zeitgründen abtraktandiert</i>	Nr. 243/19	Seite 258
28.	<u>Beantwortung Interpellation Tschümperlin:</u> Qualität der Baube-willigungen <i>aus Zeitgründen abtraktandiert</i>	Nr. 244/19	Seite 259

29.	<u>Postulat P. Portmann</u> : Gratisentsorgung von Druckerkar- tuschen im Ökihof <i>Begründung</i> aus Zeitgründen abtraktandiert	Nr. 247/19	Seite 259
30.	<u>Postulat Ercolani</u> : Zeughausareal West Umnutzung <i>Begründung</i> aus Zeitgründen abtraktandiert	Nr. 248/19	Seite 259
31.	<u>Postulat Gisler</u> : Flächendeckendes Glasfasernetz für die Stadt Kriens <i>Begründung</i> aus Zeitgründen abtraktandiert	Nr. 250/19	Seite 259
32.	<u>Postulat Wendelspiess</u> : Urban Gardening - Bringen wir Kriens zum Blühen! <i>Begründung</i> aus Zeitgründen abtraktandiert	Nr. 251/19	Seite 259
33.	<u>Postulat Tanner</u> : Keine Steuererhöhung ohne Ausgleichs- massnahmen vom Kanton <i>Begründung</i> aus Zeitgründen abtraktandiert	Nr. 252/19	Seite 259
34.	<u>Fragestunde</u> <i>(max. 30 Min.)</i> aus Zeitgründen abtraktandiert		Seite 259
35.	<u>Verabschiedung</u> Judith Mathis-Wicki (CVP)		Seite 259

Neueingangsliste

- Nr. 258/19 Dringliche Motion Rösch: Zukunftsträchtige Entwicklung statt Car-Lawine auf dem Hin-
der-Schlund-Areal
Eingang: 3. Dezember 2019
- Nr. 225/19 Beantwortung Interpellation Wendelspiess: Frühförderung in der Stadt Kriens
- Nr. 259/19 Interpellation Stofer: Realisierung Gesamtverkehrskonzept Kriens (GVKK)
Eingang: 9. Dezember 2019

Roger Erni begrüsst alle Anwesenden zur heutigen Einwohnerratssitzung. Für die Neue Luzerner Zei-
tung schreibt Stefan Dähler.

Der Sprechende hat den Einwohnerratsmitgliedern ein Geschenk hingestellt. Er wird am Schluss
nochmals darauf zu sprechen kommen. Um 13:30 Uhr wird ein neues Foto des Einwohnerrates ge-
schossen. Seit Beginn der Legislatur hat es bisher 9 Wechsel gegeben.

Letztes Mal hat der Sprechende teilabsichtlich den Jahrestag von Anita Burkhardt-Künzler übersehen.
Manuel Hunziker wurde vor 3 Tagen junge, dynamische 34 Jahre alt. Heute feiert der Stadtpräsident
seinen 57. Geburtstag.

Entschuldigt hat sich Michèle Binggeli, da sie ferienhalber abwesend ist. Bruno Purtschert hat sich aus beruflichen Gründen abgemeldet. Räto Camenisch, Judith Mathis- Wicki und Nicole Nyfeler kommen später zur Sitzung hinzu.

Die Pause ist von 16:00 Uhr bis 16:20 Uhr vorgesehen. Sitzungsschluss ist um 18:00 Uhr.

Roger Erni bedankt sich, dass so viele der Einladung zum SCK-Spiel gefolgt sind. Der SCK gewann mit 2:1.

Nun kommt der Sprechende zum Wasserkraftsystem. Die Energiewende wird nur geschafft, wenn man Pumpspeicherkraftwerke hat. Europaweit ist Norwegen am besten mit solchen Pumpspeicherkraftwerken ausgestattet. Die Schweiz hat in den letzten 2-3 Jahren nachgelegt. Die beiden Stauseen Vieux Emosson und Emosson liegen nahe beieinander. Auf einem Bild sieht man ein Beispiel dieses Pumpspeicherkraftwerkes. Wenn zwei Seen mit einer gewissen Höhendifferenz wenig auseinanderliegen, dann baut man kilometerlange Stollen und Tunnels. Dazwischen wird eine Kathedrale ausgehoben. 10 Jahren nach Baustart sollte das Pumpspeicherkraftwerk Nante de Drance in den nächsten Tagen in Betrieb genommen werden.

1. Mitteilungen

Zur Traktandenliste ist nach Roger Erni kein Änderungsantrag eingegangen. Die Neueingänge liegen wie gewohnt schriftlich auf. Weiter ist ein dringlicher Vorstoss eingegangen.

Am 3. Dezember 2019 hat Daniel Rösch die dringliche **Motion Rösch: Zukunftsträchtige Entwicklung statt Car-Lawine auf dem Hinder-Schlund-Areal (Nr. 258/2019)** eingereicht.

Da der Dringlichkeit nicht opponiert wird, gilt die Motion als dringlich erklärt. Die Motion wird unter dem Traktandum 4a behandelt.

Mitteilungen seitens des Stadtrates

Cyrrill Wiget informiert zum Thema Analyse betreffend Führungsorganisation. Der Einwohnerrat gab dem Stadtrat im Rahmen der Pensen-Diskussion einen Auftrag. Um diesen Auftrag erfüllen zu können, wurde eine paritätische Kommission aus Mitgliedern der KFG und des Stadtrates gebildet. Es wurde versucht den Auftrag zu schärfen, damit klar ist, was genauer analysiert werden soll. Ein Teil des Einwohnerrates kritisierte, dass Büros mit Analysen eines solch grossen Auftrages sehr viel Geld verdienen und am Schluss hat man ein Resultat vorliegen, welches man auch erwartet hat. Der Stadtrat wollte dies auch nicht, weshalb man den gewählten Prozess gemacht hat. Diese Kommission hat drei Mal getagt. Es wurde ein Dokument erstellt, das verschiedenen Firmen zugestellt wird. Am 14. Februar 2020 wird man die Firma auslesen, welche die Analyse vornehmen soll. Wenn der Auftrag am 14. Februar 2020 vergeben wird, wird es nicht möglich sein, dieses Thema noch bis Ende des Legislatur zu erledigen. Der Stadtrat hat dies zuerst bedauert, aber man war dann der Meinung den Prozess zu starten. Das Ende des Prozesses wird mit den neuen Stadtratsmitgliedern begleitet. Dies hat den Vorteil, dass die Betroffenen noch einmal die Möglichkeit haben im Rahmen des Prozesses Gedanken zu machen. Schlussendlich geht es nicht nur darum ein Reglement zu machen, denn dieses muss auch gelebt werden.

Kommissionserklärungen

Erich Tschümperlin informiert, dass die PUK bereits die 2. Sitzung abgehalten hat. Der Fragekatalog wurde bearbeitet. Dieser wird nun verfeinert und zusammengestellt. Bereits Anfangs Januar wird man

sich wieder treffen und diese Fragen definitiv beschliessen. Der nächste Schritt ist das Einholen von Offerten, damit man möglichst zackig vorwärts kommt. Man ist sich hier sehr einig, wo es hin gehen soll. Dies ist ein gutes Einvernehmen. Man kommt entsprechend der Möglichkeiten voran.

2. Bericht und Antrag: Einsetzung einer nichtständigen einwohnerrätlichen Kommission - Reorganisation Einwohnerrat 2020 (KRE II) Nr. 253/19

Gemäss Tomas Kobi, Vizepräsident Geschäftsleitung, setzt sich der Einwohnerrat Kriens seit dem 1. September 2016 aus 30 Mitgliedern zusammen. Aufgrund der Verkleinerung des Einwohnerrates wurden die ständigen einwohnerrätlichen Kommissionen den neuen Begebenheiten angepasst. Jedes Mitglied hat in der Regel Einsitz in einer einwohnerrätlichen Kommission. Davon ausgenommen ist die Geschäftsleitung des Einwohnerrates. Weshalb dies so ist, ist bekannt. Im Moment bestehend folgende ständige einwohnerrätliche Kommissionen:

- Kommission für Bau, Verkehr und Umwelt mit 7 Mitgliedern
- Kommission für Bildung, Soziales und Gesundheit mit 9 Mitgliedern
- Kommission für Finanzen und Gemeindeentwicklung mit 9 Mitgliedern
- Bürgerrechtskommission mit 5 Mitgliedern

Seit dem 1. September 2016 wird mit vier Kommissionen gearbeitet. Nun ist zu überprüfen, ob sich dies bewährt hat. Eine SWOT-Analyse wurde vorgenommen. Jedoch konnte daraus kein einheitliches Bild abgeleitet werden. Es soll nun durch eine KRE II abgeklärt werden, ob sich die Organisation bewährt hat oder ob Anpassungen nötig sind. Damit die neue Organisation überprüft werden kann, zeigt sich an, eine nichtständige Kommission des Einwohnerrates gemäss Art. 23 der Geschäftsordnung des Einwohnerrates einzusetzen. Die Geschäftsleitung beantragt diesem B+A zuzustimmen.

Roger Erni stellt fest, dass Eintreten aufgrund keiner weiteren Voten unbestritten ist und nun mit der Detailberatung begonnen werden kann.

Detailberatung

Seite 2

Gemäss Andreas Vonesch wurde in den Kommissionen eine SWOT-Analyse durchgeführt. Können diese Resultate auf dem Extranet aufgeschaltet werden?

Roger Erni führt aus, dass diese bereits einmal an einem Geschäftsleitungs-Protokoll angehängt waren. Diese werden aufgrund dieses Inputs separat aufs Extranet gestellt.

Roger Erni liest den **Beschlussestext** vor:

Es wird eine nichtständige einwohnerrätliche Kommission Reorganisation Einwohnerrat 2020 (KRE II) eingesetzt. Das Pflichtenheft gemäss Ausführungen in den Erwägungen wird festgesetzt.

Abstimmung über den Beschlussestext Bericht und Antrag Nr. 253/19:

Der Beschlussestext wird mit 26:0 Stimmen genehmigt.

Bienz, Viktor	ja
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	ja

Camenisch, Räto	ja
Ercolani, Enrico	ja
Fluder, Hans	ja
Frauenknecht, Marco	ja
Gisler, Kurt	ja
Gomer-Beacco, Bettina	ja
Hunziker, Manuel	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Niederberger, Raoul	ja
Nyfeler, Nicole	n.t.
Portmann, Michael	ja
Portmann, Peter	ja
Rösch, Daniel	ja
Schwarz, Erwin	ja
Spörri, Raphael	ja
Stofer, Peter	ja
Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Vonesch, Andreas	ja
Wendelspiess, Ursula	ja
Zellweger, Martin	ja

3. Wahlen in die Spezialkommission betr. Reorganisation Einwohnerrat

als Präsident:

ausgeteilte Wahlzettel:	27
eingegangene Wahlzettel:	27
leere Wahlzettel:	0
ungültige Wahlzettel:	0
gültige Wahlzettel:	27
absolutes Mehr:	14

Stimmen erhielt und gewählt ist als Präsident:

Tomas Kobi, Grüne	27
-------------------	----

als Mitglieder:

ausgeteilte Wahlzettel:	27
eingegangene Wahlzettel:	27
leere Wahlzettel:	0
ungültige Wahlzettel:	0
gültige Wahlzettel:	27
absolutes Mehr:	14

Stimmen erhielten und gewählt sind als Mitglieder:

Marco Frauenknecht, SVP	27
Erwin Schwarz, FDP	27
Raphael Spörri, SP	27
Andreas Vonesch, CVP	27

4. Bericht und Antrag: Wettbewerbskredit Grossfeld**Nr. 254/19**

Roger Erni begrüsst als Sachverständigen Daniel Hofmeister.

Laut Erwin Schwarz war das Eintreten in der KBSG auf den B+A unbestritten. Alle Parteien sind sich einig, dass die Pflege- und Arbeitsplätze im Grossfeld überhaupt nicht mehr vereinbar sind mit dem Menschenbild der Heime Kriens und generell nicht mehr heutigen Anforderungen an Pflegeplätze genügen. Alle Parteien sind mit dem 2-stufigen Vorgehen einverstanden. Dass zuerst die städtebauliche Situation beurteilt wird und anschliessend das Projekt als solches geplant wird, wurde allgemein gutgeheissen. Der spezielle Standort im Herzen von Kriens verlangt nach einem solchen Vorgehen, auch wenn der dadurch höhere Kreditbetrag doch noch zu Diskussionen verholfen hat. Angeregt wurde ein nachhaltiger Bau aus Holz. Weiter wurde der Umgang mit Demenzkranken in der KBSG diskutiert und ob ein Medikamentenschrank im Bereich Wohngruppe Sinn macht oder nicht. Entsprechende Anträge sind in der Zwischenzeit eingetroffen. Auf Grund der Diskussion konnte man erkennen, dass alle Parteien diesem B+A zustimmen werden. Der Beschlusstext zum B+A wurde einstimmig angenommen.

Die CVP/JCVP-Fraktion dankt gemäss Kurt Gisler dem Stadtrat für den ausführlichen und aussagekräftigen Bericht und ist für Eintreten. Mit dem Planungsbericht Nr. 261/2011 „Machbarkeitsstudie Grossfeld“ empfahl der damalige Gemeinderat die Option „Abbruch/Neubau“ weiter zu verfolgen. Diesem Bericht konnte entnommen werden, dass das Gebäude die technischen Lebenszyklen in weiten Teilen erreicht oder bereits überschritten hat. Die wärme- und brandschutztechnischen Anforderungen entsprechen nicht mehr den heutigen Erfordernissen. Beim Alters- und Pflegeheim Grossfeld handelt es sich um eine konsequent gestaltete Sichtbetonkonstruktion im funktionalen Architekturstil Brutalismus der 1960er-Jahre. Gemäss einem Auszug aus dem kantonalen Denkmalverzeichnis ist das Gebäude des Alters- und Pflegeheims Grossfeld seit 1. Dezember 2016 als schützenswert bewertet. Mit Schreiben vom 4. Dezember 2017 setzte sich die Koordinationsstelle der IG Baukultur Zentralschweiz für den Erhalt des Gebäudes Grossfeld ein. Sie begründeten ihr Engagement mit der aussergewöhnlichen Qualität des Gebäudes. Es wurde fast schon eine Drohung ausgesprochen, dass keine namhaften Architekten mitmachen, wenn man nicht auf ihr Anliegen eintritt. Das Fachgremium hat dem Stadtrat empfohlen ein 2-stufiges Projektentwicklungsverfahren durchzuführen und zwar über das gesamte Areal. Die CVP/JCVP-Fraktion ist dafür, dass das 2-stufige Verfahren durchgeführt wird. Sie wird auch noch einen Bemerkungsantrag stellen in dem gefordert wird, dass die Dachgärten / Dachterrassen so ausgestaltet werden, dass sie eine hohe Aufenthaltsqualität aufweisen und für die Öffentlichkeit zugänglich sind. Die geforderte höchst mögliche Flexibilität in jeder Pflegewohngruppe soll unterschiedliche Zielgruppen ansprechen, wie geriatrische, psychogeriatrische oder gerontologische Gruppen. Dies wiederum hat dann ein anderes Preisschild, da das Fachpersonal für diese Gruppen tertiäre Fachausbildung braucht und nicht nur Basis ausgebildetes Personal. Diesen Umständen muss sicher Rechnung getragen werden. Zu den Fachexpertinnen und Fachexperten hat der Sprechende noch eine Bemerkung. Er zitiert aus dem B+A: *„Die angefragten Fachexpertinnen und Fachexperten haben eine beratende Funktion und werden mehrheitlich im Rahmen der Programmearbeitung sowie der Vorprüfung beigezogen. Das Preisgericht behält sich vor, bei Bedarf weitere Expertinnen und Experten sowie Spezialistinnen und Spezialisten beizuziehen.“* Für die CVP/JCVP-Fraktion ist klar: Diese Kosten müssen inkludiert werden. Somit kommt der Sprechende jetzt zum Thema Finanzen. Aufgrund der Intervention der IG Baukultur Zentralschweiz und auf Empfehlung des Fachgremiums Kriens das aufwändigere, 2-stufige Verfahren durchzuführen, resultieren Mehrkosten von Fr. 155'000.00. Für die CVP/JCVP-Fraktion müssen die Gesamtkosten von Fr. 755'000.00 als Kostendach erachtet werden. Dies sollte für das gesamte Verfahren ausreichen. Auch stellt sie ein grosses Fragezeichen bei den Detailkosten im Punkt Nebenkosten. Die Lokalmieten wie die Stellwandmieten erachtet sie als grosszügige Reserveposition. Die CVP/JCVP-Fraktion freut sich auf eine neue öffentliche Fläche im Zentrum der Stadt Kriens mit hoher Aufenthaltsqualität und unterstützt dieses Vorgehen. Dem zuständigen Stadtrat dankt sie für die hervorragende Arbeit.

Die SVP-Fraktion ist laut Hans Fluder für Eintreten auf diesen B+A. Wie im B+A beschrieben wird, stellt man zuerst einen Neubau auf, um anschliessend die Bewohnerinnen und Bewohner in den neuen Teil zügeln zu können. Danach kann man das bestehende Gebäude zurückbauen. Das macht auch Sinn. Wo will man die Bewohnerinnen und Bewohner sonst unterbringen? Der alte Bau wurde in den Jahren 1966 – 1968 gebaut. Nach so vielen Jahren hat die Bausubstanz sehr gelitten und eine Sanierung würde sehr viel Geld verschlingen und ist auch nicht mehr zweckmässig für die Pflege. Wie aus dem Bericht zu entnehmen ist, will der Kanton dieses Gebäude nicht unter Schutz stellen. Laut Bericht soll es auch Räume für Drittnutzungen wie Kita, Hort, Mittagstisch, Kindergarten und Verkaufsläden geben. Der öffentliche Bereich kann man weiter ausbauen, indem Nebenräume mit Beamer ausgestattet werden und als Seminarräume vermietet werden können. Eine solche öffentliche Nutzung ist bereits im Alters- und Pflegeheim in Emmen der Fall und kommt gut an. Für die Durchführung des Wettbewerbs ist ein Kredit von Fr. 755'000.00 erforderlich. Aus Sicht der SVP-Fraktion darf dieser Betrag nicht mehr überschritten werden.

Erwin Schwarz, von der FDP-Fraktion meint, dass im Zentrum von Kriens ein Bau steht, mit dem fast alle hier aufgewachsen sind. Er bedeutet auch etwas Heimat. Der Sprechende weiss wovon er spricht. Er hat in seiner Karriere als Feuerwehrmann mit der Atemschutzmaske ausgerüstet mehrmals Sandsäcke via Drehleiter von diesem Liftaufbau herunter geschleppt. Nun ist das Heim Grossfeld in die Jahre gekommen. Die Fassade zerfällt, die Installationen sind veraltet und besonders wichtig, die Bewohnerinnen und Bewohner können nicht mehr mit den heutigen Anforderungen an Pflegplätze bedient und gepflegt werden. Den bestehenden Bau nun renovieren oder neu bauen? Für die FDP-Fraktion ist klar: Sie möchte einen Neubau an diesem speziellen Standort im Herzen der Stadt Kriens. Sie ist überzeugt, dass man an diesem Standort ein schweizweit einzigartiges Zentrum für betagte und pflegebedürftige Leute bauen kann. Ein Leuchtturmprojekt wie es so schön heisst. Mit dem vorliegenden B+A für einen Wettbewerbskredit in der Höhe von Fr. 755'000.00 hat man eine Vorlage, die nach Meinung der FDP-Fraktion dem Standort gerecht wird. Natürlich geben ihr die höheren Kosten zu denken. Sie fragt sich auch, warum das Fachpreisgericht nur aus Zürcher und Berner Fachfrauen und Fachmänner besteht. Wenn man die Entschädigungen für die Preisrichterinnen und Preisrichter anschaut, ist klar, warum Architekten schweizweit überall Projekte verhindern und Wettbewerbe fordern. Das dem Wettbewerb zu Grunde liegende Konzept überzeugt die FDP-Fraktion sehr. Deshalb wird sie diesem B+A zustimmen. Sie dankt dem Stadtrat für den ausgezeichneten B+A.

Laut Michael Portmann, SP-Fraktion, wurde 1968 auch in Wolhusen ein Alters- und Pflegeheim gebaut. Es ersetzte das damalige Bürgerheim und setzte neue Standards. Neben einer Pflegeabteilung entstanden 34 Zweier- und Ehepaarappartements, eine grosszügig konzipierte Heimküche, ein heller Speisesaal und eine schmucke Heimkapelle. Da seine Grosseltern in der Nachbarschaft wohnten, konnte er über die Jahre alle Veränderungen miterleben. Veränderungen wie sie im Grossfeld in Kriens beobachtet werden konnten. Im Grossfeld haben die Gebäude miterlebt, wie die Bevölkerung von knapp 18'000 im Jahr 1968 auf rund 27'000 Menschen im Jahr 2019 gewachsen ist. Da heute möglichst nur noch Pflegefälle ins Pflegeheim aufgenommen werden, fehlt es an Platz im Gebäude. Das frühere «Altersheim» ist dabei zu verschwinden. Heute wird zu Hause gewohnt, möglichst lange mit ambulanter Pflege. So haben sich die Anforderungen ans Gebäude so stark verändert, dass es selbst vor seiner letzten Station steht, wobei es aber weder vollständig abgebrochen noch vollständig saniert werden soll. Irgendwo dazwischen soll eine Lösung gesucht werden, damit ein «erneuertes» Gebäude wieder seine Funktion erfüllen kann. Ähnlich wie 1968 mit einem «neuzeitlichen» Lebensraum-Angebot, einer guten Versorgungsinfrastruktur, einer guten Anbindung an die umliegende Siedlungsstruktur sowie einer schmucken, sanierten Heimkapelle im Original vom Architekten Walter Rüssli. Tönt wirklich gut, nur ist die folgende Frage erlaubt: Ist es Grössenwahn, Leichtsinn oder Weitsicht, welche dazu führt, dass man heute in der finanzgebeutelten Stadt Kriens schon wieder über einen Bau mit einem Bauvolumen von bis zu 50 Mio. Franken entscheidet und das Bauen eröffnet? Der Sprechende glaubt, dass es viel mit Weitsicht zu tun hat. Mit dem Erneuerungsbau Grossfeld eröffnet sich für Kriens eine weitere Chance, im Zentrum der Stadt Kriens Quartierteile miteinander zu vernetzen. So begrüsst es die SP-Fraktion sehr, wenn in den neu entstehenden, öffentlichen Bereichen Begegnungsräume zwischen Jung und Alt entstehen und sich das Grossfeld in Richtung Volksschule im

Grossfeld öffnet. Kindergärten, Horte, Mittagstische oder gar ein Familienzentrum könnten als Teil der Drittnutzungen den Lebensraum rund und im neuen Pflegeheim bereichern und neue Impulse in Sachen Normalisierung geben. Michael Portmann glaubt, dass es viel mit Weitsicht zu tun hat, wenn explizit gefordert wird, dass Holz aus der Region, aus den Krienser Wäldern fürs Bauen eingesetzt werden soll. Die Bauten sollen mit nachhaltigen Baumaterialien realisiert werden, welche auch ein Erweitern und Ausbauen, im Sinne einer aufbauenden Bauweise, ermöglichen. Selbstverständlich wird man mit dem Erneuerungsbau nicht das Ei des Kolumbus realisieren können. Trotzdem wäre es aus Sicht der SP-Fraktion enorm wichtig, wenn man das Zeichen für nachhaltiges Bauen noch verstärkt. Sie wird deshalb einen Bemerkungsantrag stellen, mit welchem die Erneuerungsbauten möglichst vollständig als Holzbauten oder als Holzhybrid-Bauten realisiert werden sollen. 1968 war Beton zeitgemäss, heute ist es Holz mit seinen hervorragenden Baueigenschaften. Die SP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die gute Arbeit, tritt auf den B+A ein und wird dem Wettbewerbskredit zustimmen.

Raoul Niederberger, Grüne/GLP-Fraktion, meint was lange währt, wird endlich gut. Mit diesem Sprichwort lässt sich die Geschichte des Wettbewerbskredit sowie der gesamten Planung des Grossfelds sehr treffend umschreiben. Damit kann der Sprechende auch bereits vorwegnehmen, die Grüne/GLP-Fraktion tritt auf den B+A Wettbewerbskredit Grossfeld ein und wird dem Sonderkredit zustimmen. Sie ist froh, dass man heute den ersten Schritt für das neue Lebens- und Begegnungszentrum machen kann. Noch mehr erfreut hat sie das sehr gut geplante Wettbewerbsverfahren, dass zum einen die zentrale und damit ungemein bedeutsame Lage des Grossfeldes herausstreicht und zum anderen das Grossfeld als architektonischen Zeitzeugen des Brutalismus versucht weiterleben zulassen. In welcher Form das dann auch immer sein wird. An dieser Stelle möchte Raoul Niederberger deshalb auch noch der IG Baukultur Zentralschweiz ihren Dank aussprechen. Es ist zu einem grossen Teil ihr Verdienst, dass man heute dieses vorbildliche zweistufige Wettbewerbsverfahren plant. Es mag zwar richtig sein, dass sich der Prozess deshalb verzögert hat, aber das lange Warten auf den Wettbewerbskredit bzw. den Start des Wettbewerbs nur auf die IG Baukultur Zentralschweiz zu schieben, ist falsch. Die Stadt Kriens hatte sich dieser Sache nämlich auch nicht eiligst, sondern eher gemächlich angenommen. Die Grüne/GLP-Fraktion hofft nun, dass das Projekt gut vorankommt und sie wartet gespannt auf die Ergebnisse des Wettbewerbs.

Laut Bettina Gomer-Beacco glaubt man ihr nicht, welche Freude es ihr bereitere, ein solches Projekt zu studieren. Hier geht es genau um ihr Fachgebiet, nämlich die Langzeitpflege. Sie arbeitet seit fast 20 Jahren in der Alterspflege in all ihren Facetten. Sie hat diverse Weiterbildungen in Demenz und Angehörigenbegleitung, einen Nachdiplomkurs in psychiatrischer Pflege und hat das SVEB 1 für Erwachsenenbildung damit sie die Lernenden pädagogisch korrekt begleiten kann. Für die Sprechende ist das Grossfeld äusserst spannend. Darum möchte sie von ihrer Seite ein paar Worte zu diesem B+A machen, den sie durchaus befürwortet. Bettina Gomer-Beacco möchte darauf hinweisen, dass gewisse ältere Semester in diesem Ratssaal eventuell selbst einmal Nutzniesser dieser Institution werden. Hier ist die interessante Frage «Was würde mir gefallen?» noch näher als beim Durchschnitt. Für den einen oder die andere kommt somit eventuell die Frage auf, wann man denn ins «Heim» geht? Das kommt auf die Art der Institution an. Eine Nutzung, wie es hier im Grossfeld als Wunsch an die Planung angegeben ist, hat sich in den letzten Jahren etabliert. Menschen können zuerst in eine Alterswohnung zügeln, wo sie Dienstleistungen buchen und somit solange wie möglich autonom und selbstgesteuert leben können. Sie werden vertraut mit ihrem neuen Quartier, neuen Nachbarn und einer neuen Umgebung. Wenn es dann einmal so weit ist, sollte sich der Übertritt in eine Pflegestation respektive Wohngruppe einfacher gestalten. Dies wäre der Idealfall. Aber nicht jeder Bewohnende wird so eintreten. Eine Pflegesituation kann aus verschiedenen Gründen ganz plötzlich eintreten und aufs Mal teilt man sich sein zuvor individuell und weitest autonome Leben mit 7 fremden Menschen, die alle laut Aussagen von Betagten häufig «so alt und komisch» sind. Darum ist es auch verständlich, dass jeder pflegebedürftige Mensch so lange als möglich in seinem eigenen zuhause bleiben möchte, wo man eine eigene Wohnungstür hat und unliebsame Nachbarn draussen bleiben müssen. Weil man also so lange wie möglich mit der Spitex Daheim bleibt, beträgt die heutige, durchschnittliche Aufenthaltsdauer im Pflegeheim nur noch gerade 1,7 Jahre. Diese Zeit ist kurz, aber intensiv. Palliative Care ist hier das Kernthema. In dieser kurzen Zeit sollen sich die künftigen Bewohner möglichst wohl fühlen. So sind die

Anforderungen an die Innenräume im B+A wunderbar aufgezählt. «*Wohnlich mit einem hohen Mass an Gemütlichkeit*». So dass ein Hoch-dementer immer wieder eine Toilette findet, wo eine stark depressive Bewohnerin genug Tageslicht bekommt und wo ein paranoider Betagter im psychotischen Wahn eine Rückzugsmöglichkeit hat. Eine Umgebung, wo die rüstige Rentnerin mit Knochenbrüchen in der Übergangspflege nach dem Spital ein kurzzeitiges Zuhause findet, dem sie einem späteren Wiedereintritt mit positiven Gefühlen entgegenseht. All diesen Bewohneranforderungen wird Rechnung getragen. Aber wo bleibt eigentlich in diesem B+A die Pflege-Sicht? Eine Pflege-Institution heisst eigentlich auch «Wohnen und Arbeiten» am gleichen Ort. Also wo können die Pflegenden die Arztvisite vorbereiten, wo durchführen? Wo werden in Ruhe die Medikamente gerichtet oder kontrolliert? Wo kann man den Arztbericht durchlesen und wo ein Telefonat mit dem Spital oder mit Angehörigen in Ruhe tätigen? Wo ist ein Platz, wo man die Lernenden Gesundheit, Betreuung oder Höhere Fachschule instruieren kann? Wo schaut man gemeinsam kurz ins Sefir wegen dem nächsten ÜK? Wo können die Einträge für die halbjährlichen BESA Beobachtungsperioden gemacht werden, die unser KVG fordert? Die Sprechende glaubt nicht, dass eine Stube oder der Küchentisch der richtige Platz dafür ist. Wer eine lebhaftige 7-köpfige Familie Zuhause hat, weiss, dass man sich für diese Aufgaben ein kleines Büro wünscht, wo auch einmal etwas liegen gelassen werden kann. Weil, wenn ein Sturz eines Bewohners oder eine dringliche Toiletten-Angelegenheit ruft, dann pressiert es. Also braucht es einen Raum auf der Etage, der in Hördistanz zu den Bewohnern ist, denn diese müssen stetig betreut sein. Pflegefachpersonal ist heute ein kostbares Gut. Ob eine Pflegeinstitution geführt werden kann, hängt nicht zuletzt davon ab, ob die Heimleitung qualifiziertes Personal findet. Pflegefachpersonen, die schweizerdeutsch verstehen, können sich heute ihren Arbeitsplatz aussuchen. Hier entscheiden nicht nur der Lohn, sondern auch die Arbeitszeiten und Arbeitsumgebung am Arbeitsplatz. Bettina Gomer-Beacco möchte auf keinen Fall eine Spitalatmosphäre in einem modernen Heim. Und trotzdem, die täglichen, individuell angepassten Pflege- und Betreuungsmassnahmen stehen schlussendlich im Zentrum von Pflegewohngruppen, sonst müsste man sie ja nicht haben. Darum möchte die Sprechende hier sagen, wer ein Bauernhaus baut, plant gemeinsam mit der Bäuerin. Wer ein Pflegeheim plant, sollte das mit der Pflege tun, die am Bett steht und sich im Alltag dem Bewohner widmet. Die wenigsten Architekten haben je einen Hemiplegiker geduscht, die wenigsten Heimleiter lagern oder mobilisieren Patienten. Da ist die Pflege die richtige Fachexpertengruppe und als eine dieser kann sie sagen: Sie stehen gerne auch bei der Institutions-Planung zur Verfügung. Vielen Dank für die tolle Vorarbeit.

Lothar Sidler dankt für die wohlwollende Aufnahme des B+A's. Als das Alters- und Pflegeheim Grossfeld in den 60er Jahren gebaut wurde, passierte dies in einer parkähnlichen Umgebung. Die Liegen schaft Grossfeld war sehr gross und noch offen gegenüber der Horwerstrasse, der Grossfeldstrasse und auch gegen die Hofmatt. Dieses Gebäude stand darin als solitärer Bau, quasi wie ein Schloss in einem grossen Park. In den 80er Jahren kamen dann die Alterswohnungen Hofmatt und in den 2000er Jahren kamen die Schulhäuser Grossfeld dazu. Dieser grosse und schlossähnliche Park wurde immer kleiner. Heute weiss man nicht so recht, was man mit diesem Platz anfangen soll. Er hat eine Hinterhof-Kultur erhalten. Ein Treffpunkt mit hoher Qualität ist es auf jeden Fall nicht mehr und das an einem Ort mitten in Kriens. Auch das Gebäude des Pflegeheims war einmal ein moderner Vorzeigebau, mit hoher architektonischer Qualität. Dies war der Stolz einer ganzen Generation. Heute ist es nur noch ein Schatten seiner selbst. Das liegt zum einen am Zustand des Gebäudes, zu welchem man im Planungsbericht die genauen Infos entnehmen kann. Weiter liegt es daran, dass dieser Bau in den 60er Jahren gebaut wurde und den heutigen Anforderungen nicht mehr entspricht. Er ist kleinräumig, sehr eng, nicht hoch. Die Räume sind nicht so, wie man dies heute gerne haben möchte. Es gibt zwar Räume, welche schöne Bijous sind, wie beispielsweise die Kapelle. Dies ist ein ganz schöner Ort. Das Gebäude hat weder von der Gestaltung her noch vom Zustand etwas, worauf man stolz sein kann. Die Situierung des Gebäudes im Areal ist nicht mehr das, was man erwarten dürfte. Das Gebäude ist vom Dorf weg gerichtet. Man sieht zwar wunderbar in die Berge, aber schaut nicht ins Dorf bzw. dorthin wo die Leute herkommen. Dafür zeigt man den Hinterhof gegen das Dorf, dort wo die Container und der Abfall gelagert werden. Das sehen die Leute, wenn sie vom Dorf her kommen. Die drei Faktoren wie Situierung des Baus, der Zustand des Areals und der Zustand des Gebäudes zeigen auf, dass man gut daran tut Gedanken zu machen, wie man es anders und neu machen will. Dieser Wettbewerb nimmt an sich diese drei Faktoren auf. Man wird in einer ersten Phase den städtebaulichen Aspekt anschauen, nämlich wie die Gebäude situiert werden sollen und wie der Raum gestaltet wird. Der zweite Teil ist die Gestaltung

des Gebäudes. Man wird die Frage klären wie die Innenräume gestaltet werden sollen, so dass diese den heutigen Anforderungen entsprechen. Damit wird man alles Nötige an diesem wichtigen Ort berücksichtigt. Ziel ist es, dass man einen Ort hat, wo es sich zu leben lohnt und wo sich die Begegnung und der Aufenthalt lohnen. Wichtig ist auch, dass dieses Gebiet kein geschlossener Raum wird, worin die Bewohner selber leben, sondern es soll ein Ort sein, wo der Durchgangsverkehr stattfindet und die Leute sich darin bewegen. So hat man die Möglichkeit die Seniorinnen und Senioren im Heim zu treffen und die Bewohnenden treffen die Leute, welche dort verkehren. Die geführte Debatte im Einwohnerrat zeigt, dass er auch so denkt und gut findet, dass es so gemacht wird. Es zeigte aber auch, dass er dort den Daumen drauf hat, wo es heikel wird, nämlich bei den Kosten. Der Sprechende wird der Jury noch zurückspielen, dass man sehr viel Wert darauf legt, dass die Kosten nicht uferlos werden und der bewilligte Betrag der Kostenrahmen ist, welcher auch so eingehalten werden soll. Im Frühling hat man mit diesem Vorgehen begonnen. Damit es auf die heutige Sitzung gereicht hat, dafür sind zwei Teams verantwortlich. Zum einen ist es das Team von Daniel Hofmeister und Cornelia Casanova. Sie haben das ganze Wettbewerbsprogramm unter sich, und haben es so formuliert, dass es in den B+A übernommen werden konnte. Das zweite Team ist dasjenige rund um Guido Hübscher, Leiter der Heime Kriens. Er hat zusammen mit Sandra Remund und Barth Staring das Raumprogramm entwickelt. Der Sprechende bezieht sich nun auf das Votum von Bettina Gomer-Beacco. Es waren Fachleute, welche das Raumprogramm erarbeitet haben. Sie haben es mit einer eigenen und neuen Philosophie erarbeitet. Eine Philosophie, welche vielleicht noch etwas gewöhnungsbedürftig ist. Früher sagte man, dass die Mitarbeitenden einen Raum für sich brauchen. Heute kommt man davon weg und versucht eine Zweiteilung zu vermeiden. Die Mitarbeitenden und Bewohnende sollen eine Einheit und ein Team sein. Das bedeutet auch, dass man Arbeitsplätze nach Möglichkeit innerhalb des Raumes macht. Es gibt nur noch an bestimmten Orten eigene Büros fürs Personal, nämlich erdgeschossig. In der Wohngruppe selber wird es höchstens noch einen Ecken mit Medikamentenschrank geben, wo alles hergerichtet wird. Es waren Fachleute dahinter. Barth Staring ist ein Fachmann und Sandra Remund begleitet die Gemeinde schon seit Jahren. Sie hat den Schweighof und den Lindenpark mitgestaltet. Auch sie hat ihr Fachwissen eingebracht, damit die Aufenthaltsräume eine Einheit in diesen drei Gebäuden darstellen sollen. Lothar Sidler bedankt sich bei allen Beteiligten für ihre Arbeit.

Roger Erni stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist und nun mit der Detailberatung begonnen werden kann.

Detailberatung

Bemerkungsantrag SP zu Seite 13 - Aufgabenstellung

Die SP-Fraktion stellt laut Michael Portmann folgenden Bemerkungsantrag:

Der Stadtrat soll im Architektur-Wettbewerb die Anforderungen an den Neubau Grossfeld so festlegen, dass er als Holzbau oder als Holzhybridbau mit einheimischem Holz realisiert werden kann. Die Holzbauweise muss von Beginn weg in der Aufgabenstellung festgelegt werden, damit die Projektverfasser ein kostengünstiges Projekt konzipieren können.

Im Wettbewerbsprogramm wird sehr klar betont, dass für den Erneuerungsbau Holz als Baustoff eingesetzt werden soll. So darf in der 2. Stufe ein Ingenieurbüro für Holzbau beigezogen werden, falls dies vom Gebäude und der Statik her notwendig wäre. Das tönt schon mal sehr gut. Warum also dieser Antrag? Die Wahl des Baumaterials beeinflusst die Planungs- und Umsetzungsprozesse entscheidend. Für Holzbauten sehen deshalb diese Prozesse grundlegend anders aus. Die Planung auf Basis Beton beginnen und dann auf Holz wechseln ist unmöglich. Ein solcher Wechsel verursacht sofort höhere Kosten, welche sich schliesslich in den Gesamtkosten deutlich bemerkbar machen. Wer auf ein Gebäude aus Holz setzt, der muss dies von Beginn weg klar und deutlich signalisieren. Nur so können überhaupt Holzbau-Projekte entstehen, welche zu konventionellen Beton-Gebäuden konkurrenzfähig sind. Wenn man also will, dass für den Erneuerungsbau im Grossfeld hauptsächlich Holz verwendet wird, so muss man dies bereits in der 1. Stufe klar und deutlich in der Aufgabenstellung verankern. Der Sprechende sagt «hauptsächlich» Holz. Im Antrag klar enthalten ist auch die Idee, dass ein Beton-

Holz-Verbundbau, ein sogenannter Holz-Hybridbau möglich sein soll. Im 10-stöckigen Holz-Hochhaus in Rotkreuz wurden die lasttragenden Elemente mit Holzbalken realisiert und das Fundament sowie die Zwischenböden aus Beton. So wurde einerseits eine sehr hohe Stabilität erreicht, andererseits der Brandschutz optimal gewährleistet. Die SP-Fraktion würde sich sehr freuen, wenn diesem Antrag zugestimmt wird. Schliesslich wird in allen Berichten zu Holz-Gebäuden erwähnt, dass sie in viel kürzerer Zeit als konventionelle Gebäude realisiert werden können, da sehr viel als Fertigbau-Elemente vorbereitet werden kann. Dieses Zeitersparnis beim Bau wäre sicher auch ein grosser Vorteil, da dies die Unannehmlichkeiten für die heute im Grossfeld lebenden und arbeitenden Menschen deutlich verkürzt.

Räto Camenisch ist eigentlich nicht gegen diesen Antrag. Er findet diesen gut und ist auch sehr sorgfältig formuliert. Hier gibt es aber einen Hacken. Mit einheimischem Holz tönt natürlich gut und er möchte dies auch. Aber dies entspricht nicht dem Submissionsgesetz. Man kann sagen welches Holz man möchte, aber nicht woher dieses kommen muss. Beim Kanton hatte man beim Verwaltungsgesetz Seetalplatz dieselbe Diskussion, wo es um einen viel grösseren Bau geht. Es wurde auch beschlossen, dass Holz im grossen Stil gebraucht wird. Man musste dies jedoch herausstreichen, weil es sich beisst, wenn man einheimisches Holz möchte, dies jedoch möglichst kostengünstig. Ein Unternehmer von hier, der auch das hiesige Holz verwendet, ist sicherlich teurer, als wenn man einen anderen Unternehmer nimmt. Seinerzeit war die Stadt Luzern bei der Kapellbrücke stolz, dass man Holz aus dem Gütschwald genommen hat, um diese wieder aufzubauen. So viel er weiss, musste es auch noch Mondholz sein. Hier musste die Stadt Luzern einen Kniff anwenden, indem sie das Holz dem Unternehmer auf eigene Rechnung zur Verfügung gestellt hat. Wenn man den Antrag mit „wenn möglich mit einheimischen Holz...“ ergänzt, wäre man auf der sicheren Seite und kann dem Antrag zustimmen.

Grundsätzlich findet die FDP-Fraktion dies laut Erwin Schwarz eine gute Idee. Wer wohnt nicht gern in einem Holzhaus? Sie hat aber zwei Bedenken. Einerseits ist dies ein Begegnungszentrum, aber man hörte auch von Bettina Gomer-Beacco, dass man die letzten 1.5 Lebensjahre im Heim verbringt. Das heisst man ist nicht mehr mobil und Holz brennt besser als Beton. Die FDP-Fraktion weiss nicht, ob dies ein guter Baustoff für ein Begegnungszentrum ist. Das sind gewisse Sicherheitsbedenken, welche vielleicht ein Fachmann aus der Welt schaffen kann. Man weiss auch, dass Holzhäuser nach kürzester Zeit grau und verwaschen aussehen. Jetzt steht dort ein grauer Betonklotz im Dorfkern und man weiss nicht, ob man in 3-4 Jahren ein graues Holzhaus im Dorfkern hat.

Laut Kurt Gisler ist das Vergrauen des Holzes kein Problem. Mit einer richtigen Fassadengestaltung kann dies gut gelöst werden. Beim Einwand von Räto Camenisch ist er sich nicht ganz sicher. Wenn einheimisches Holz in der Ausschreibung steht, dann haben ja alle Unternehmer diese Vorgabe, dass sie einheimisches Holz brauchen und rechnen müssen. Kann man dies nicht so vorschreiben?

Erich Tschümperlin kann Erwin Schwarz beruhigen. Der Sprechende wohnt in einem Holzhaus. Man kann selbstverständlich auch eine Holzfassade anmalen, damit diese geschützt ist. Es gibt Holzhäuser, welche keine Holzfassade haben, sondern möglicherweise eine Eternit-Fassade. Das ist definitiv kein Problem. Der Brandschutz gilt für alle Häuser, unabhängig davon, ob es ein Holzhaus, eine Festbaute oder Stahlbaute ist. Eine Stahlbaute ist nämlich das Schlimmste wenn es brennt. Deshalb sieht der Sprechende keine Bedenken, dass man deswegen diesen Antrag ablehnen muss.

Gemäss Enrico Ercolani ist man wieder bei seiner Kriterienliste. Hätte man diese, könnte man problemlos Kriterien für einheimisches Holz setzen, was auch im Zusammenhang mit dem heutigen Umweltgedanken, möglichst wenig Fahrten, das einzige Richtige ist. Dann kann man nämlich in einer Kriterienliste eine Punktzahl machen, nämlich 5 Punkte für einheimisches Holz und 0 Punkte für ausländisches Holz. Damit möchte er aufzeigen, wofür eine solche Kriterienliste gebraucht werden kann. Der Sprechende gibt Recht, dass Holz besser brennt als Beton. Der Sprechende hat aber mit

seiner Firma jahrelang Holz mit Brandschutzverkleidungen ausgestattet. Dies kann man machen, ist einfach aufwändig und kostet etwas. Ob das eine günstiger als das andere ist, ist im Moment dahingestellt.

Cla Büchi möchte noch kurz die Aussage von Erich Tschümperlin unterstützen. Die Brandschutzanforderungen gelten für alle Gebäude gleich, egal ob Holz- oder Betonbauten. Für die Bewohnerinnen und Bewohner ist es nicht das Problem wenn Holz brennt, sondern meistens die anderen Materialien wie Kunststoff, welche zu Vergasungen führen. Betreffend Brandschutz kann man wirklich Entwarnung geben.

Michael Portmann ändert die Formulierung wie folgt:

Der Stadtrat soll im Architektur-Wettbewerb die Anforderungen an den Neubau Grossfeld so festlegen, dass er als Holzbau oder als Holzhybridbau wenn möglich mit einheimischem Holz realisiert werden kann. Die Holzbauweise muss von Beginn weg in der Aufgabenstellung festgelegt werden, damit die Projektverfasser ein kostengünstiges Projekt konzipieren können.

Viktor Bienz möchte zum Thema Holz noch etwas mitteilen. Er hat kürzlich mit der RO Pilatus gesprochen, welche die Vermarktung von Holz in dieser Region macht. Momentan gibt es die Situation, dass Holz von den Sägereien gekauft wird, aber gar nicht mehr aus dem Wald abtransportiert wird, weil sie dafür keine Verwendung haben. Es ist bedenklich. Das gleiche gilt beim Energieholz. Es liegt viel davon im Wald, welches einfach verfault, weil es nicht abgeholt wird. Darum ist es wichtig, dass dies gefördert und seitens Gemeinde unterstützt wird.

Lothar Sidler ist im Moment in einer verzwickten Situation. Er möchte das Wettbewerbsprogramm noch nicht eröffnen, weil alle Architektinnen und Architekten die gleichen Vor- und Nachteile haben sollen. Das bedingt, dass sie es alle gleichzeitig eröffnet bekommen, was hier drin steht. Der Einwohnerrat diskutiert nun über den Inhalt des Wettbewerbsprogramms. Die Diskussion wurde in der Gruppe auch geführt. Man hat sich ganz fest den Kopf darüber zerbrochen, was man machen kann, dass Holz als Baustoff ins Wettbewerbsverfahren aufgenommen werden kann. Damit weiss der Einwohnerrat nun, dass Holz als Baustoff im Wettbewerbsprogramm enthalten ist. Der Sprechende wehrt sich nicht dagegen, wenn dieser Bemerkungsantrag überwiesen wird. Er wird diesen der Jury übermitteln, welche das Wettbewerbsprogramm definitiv verabschiedet. Sie weiss nachher, dass dies ein Anliegen des Einwohnerrates ist und muss entscheiden, wie sie es aufnimmt, sofern es überhaupt noch nötig ist.

Franco Faé ergänzt, dass wenn man in die Submission geht, können noch Varianten verlangt werden. Die gewünschten Vorgaben des Einwohnerrates kann man dann noch einfließen lassen.

Abstimmung Bemerkungsantrag

Mit 26:0 Stimmen wird der Bemerkungsantrag überwiesen.

Bienz, Viktor	ja
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Camenisch, Räto	ja
Ercolani, Enrico	ja
Fluder, Hans	ja
Frauenknecht, Marco	ja
Gisler, Kurt	ja
Gomer-Beacco, Bettina	ja
Kobi, Tomas	ja

Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Niederberger, Raoul	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Portmann, Michael	ja
Portmann, Peter	ja
Rösch, Daniel	ja
Schwarz, Erwin	ja
Spörri, Raphael	ja
Stofer, Peter	ja
Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Vonesch, Andreas	ja
Wendelspiess, Ursula	ja
Zellweger, Martin	ja

Bemerkungsantrag CVP/JCVP zu Seite 14 – Anforderungen Raumprogramm

Kurt Gisler möchte im Namen der CVP/JCVP-Fraktion folgenden Bemerkungsantrag überweisen:

Der Stadtrat soll im Architektur-Wettbewerb beim Raumprogramm unter der Nutzung im öffentlichen Bereich festlegen, dass die Dachgärten/Dachterrassen so ausgestaltet werden, dass sie eine hohe Aufenthaltsqualität aufweisen und für die Öffentlichkeit zugänglich sind.

Dachgärten/Dachterrassen bieten sich ideal als Begegnungsort für Bewohnerinnen und Bewohner, Pflegende und der Öffentlichkeit an. Sie können Austauschort für verschiedene Nutzergruppen sein. Dachgärten/Dachterrassen auf öffentlichen Gebäuden bieten im Zentrum von Kriens durch ihre Lage ein Ruheort mit Aussichtsöglichkeit.

Gemäss Erwin Schwarz findet die FDP-Fraktion diesen Bemerkungsantrag grundsätzlich gut. Sie stört sich aber an dem Wort „soll“. Vielleicht könnte man dies mit „ist zu prüfen“ abändern. Einerseits ist dies eine Einschränkung des Wettbewerbs und schlussendlich verteuert dies die ganze Sache. Die Heimbewohnenden müssen dann diese Taxen bezahlen.

Die Grüne/GLP-Fraktion unterstützt laut Raoul Niederberger diesen Bemerkungsantrag. Sie ist etwas erstaunt, dass dieser hier kommt. Bei der Pilatus Arena wollte man dies dem Investor noch nicht vorschreiben. Sie unterstützt den Antrag trotzdem, weil es wichtig ist, dass es einen Austausch und eine öffentliche Begegnungszone gibt. Dazu kann eine solche offene Dachterrasse sicher beitragen.

Lothar Sidler beantragt diesen Bemerkungsantrag aus zwei Gründen abzulehnen. Der erste Grund ist, weil mit diesem Antrag gewisse Einschränkungen gemacht werden, die zu deutlichen Mehrkosten führen können. Er erinnert daran, dass heute die Dächer für Infrastrukturanlagen gebraucht werden, wie Solaranlagen, Dachaufbauten für den Lift etc. Wenn man vorschreibt, dass die Dächer für die Öffentlichkeit begehbar sein müssen, bedeutet dies zu schauen, wo die Infrastrukturanlagen alternativ untergebracht werden können. Der Sprechende ist froh, wenn dies nicht so überwiesen wird. Was macht man, wenn ein Giebeldach erstellt wird? Sollen dann die Leute auf dem Giebel herumlaufen? Er möchte damit sagen, dass man damit die Form und die Gestaltung vom Dach beeinflusst werden kann, was wiederum zu Mehrkosten führen kann. Es kann auch dazu führen, dass das Gebäude architektonisch unbillig daher kommt. Wenn man etwas machen will, dann in der abgeschwächten Form, wie es Erwin Schwarz vorgeschlagen hat.

Gemäss Andreas Vonesch wurde schon mehrfach bei grösseren Bauten moniert, dass man solche öffentlichen Nutzungen ermöglichen soll. Dieser Bau soll ein offenes Begegnungszentrum für die ge-

samte Bevölkerung sein. Auf der Seite 14 ist das Wort Dachgarten bereits schon integriert. Der CVP/JCVP-Fraktion geht es einfach darum, dass man diesen aus dem halbprivaten Bereich herausnimmt und in den öffentlichen Bereich verschiebt. Deshalb bleibt die CVP/JCVP-Fraktion beim Wort „soll“.

Räto Camenisch meint, dass man entweder einen öffentlich zugänglichen Dachgarten möchte oder nicht. Wenn ja, muss man dies auch jetzt sagen und nicht nur prüfen lassen. Wenn man es prüfen lässt, hat man nun gehört, wie es schlussendlich rauskommt. Dann wird es ein Giebeldach geben und kein richtiger Dachgarten. Wenn man ein solches Begegnungsdach möchte, gibt es vermutlich ein Flachdach. Dann können sich die Architekten auch danach richten und fertig. Übrigens ist dies ein Jahrhundertbau. Dann spielt es auch keine Rolle, ob dies ein wenig mehr kostet oder nicht. Es wird nun etwas für die nächsten hundert Jahre gemacht.

Erich Tschümperlin ist voll und ganz bei Räto Camenisch. Der Steuerzahler bezahlt dieses Gebäude und dann soll dieser doch auch Zutritt zu diesem Dach haben. Ja, es handelt sich hier schon um eine AG, aber bezahlt werden die Leistungen mit Ergänzungsleistungen, welche die Bevölkerung mitfinanziert.

Erwin Schwarz hat diesen B+A sehr gut gelesen. Darin steht, wie man die Umgebung gestalten will, wie das Haus beim Kreisel und das Dorfschulhaus miteinbezogen werden sollen. Die ganze Umgebung wird so gestaltet, dass es ein Begegnungszentrum gibt. Er bezweifelt deshalb, dass dann alle Leute auf dem Dach oben sitzen.

Kurt Gisler erstaunt den Ausdruck Jahrhundertbauwerk etwas. Das jetzige Gebäude wurde 1960 erstellt und das sind noch nicht 100 Jahre. Eine Dachterrasse kann auch im Attikageschoss erstellt werden, welche öffentlich zugänglich ist. Dann wäre auch ein Giebeldach möglich. Man soll dies so offen wie möglich formulieren.

Abstimmung Bemerkungsantrag CVP/JCVP

Mit 18:8 Stimmen wird der Bemerkungsantrag überwiesen.

Bienz, Viktor	ja
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Camenisch, Räto	ja
Ercolani, Enrico	nein
Fluder, Hans	nein
Frauenknecht, Marco	nein
Gisler, Kurt	ja
Gomer-Beacco, Bettina	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	nein
Mathis-Wicki, Judith	ja
Niederberger, Raoul	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Portmann, Michael	ja
Portmann, Peter	nein
Rösch, Daniel	nein
Schwarz, Erwin	nein
Spörri, Raphael	ja
Stofer, Peter	ja
Tanner, Beat	nein
Tschümperlin, Erich	ja

Vonesch, Andreas	ja
Wendelspiess, Ursula	ja
Zellweger, Martin	ja

Seite 15 – 4.3. Anforderungen an die Innenräume

Martin Zellweger hat dem engagierten Votum von Bettina Gomer-Beacco zugehört, welche gewisse Anforderungen aus fachlicher Sicht angeschaut hat. Hier sind ziemlich klare Vorstellungen nach einem moderneren und neuen Konzept vorhanden. Fliesst eine solche Rückmeldung noch ein? Oder ist dieser Weg schon vorgegeben?

Gemäss Lothar Sidler wird vorgegeben, welche Räume im Mindesten vorliegen müssen. Es ist die Aufgabe der Architektenteams zu sagen, wie die Räume angeordnet werden.

Anita Burkhardt-Künzler hat nichts von einer Grossküche gelesen. Man hat bereits gehört, dass das Essen vom Zunacher zugeliefert werden kann. Hat man sich überlegt, wie diese Zulieferung funktioniert? Ist im Grossfeld auch eine Küche geplant? Sobald das Grossfeld steht ist das Zunacher das Heim, welches ins Alter gekommen ist. Ist die Küche im Zunacher überhaupt dafür ausgerichtet, dass sie auch das Grossfeld bedienen kann oder muss dies noch bemerkt werden?

Laut Lothar Sidler ist das Konzept noch nicht fix fertig gedacht. Angedacht ist, dass die Küche im Zunacher ist und von dort auch die Küche im Grossfeld beliefert wird. Das ist der aktuelle Grundgedanke. Dafür wird die Wäscherei im Grossfeld sein und im Zunacher keine mehr. Es müssen dann sicherlich Anpassungen in der Küche vorgenommen werden, weil diese ist momentan aufs Zunacher 1,2 und Kleinfeld ausgerichtet. Das wird dann berücksichtigt, wenn man an die Detailarbeit geht. Man muss sich das Ganze noch mit einer gewissen Flexibilität vorstellen. Es wird über alle vier Heime gedacht, auch wenn das Projekt das Grossfeld ist. Die Frage wo was hinkommt, wird über alle vier Heime geklärt. Auch die Verschiebung der Demenzabteilung wird zur Frage stehen. Diese Flexibilität muss man der Heimleitung lassen, damit ein fix fertiges Projekt erstellt werden kann. Man kann gewiss sein, dass alles was man braucht, auch vorhanden sein wird.

Seite 21 – 6.4. Preisgericht

Bettina Gomer-Beacco möchte nochmals auf die Fachexperten zurückkommen. Es ist ihr bewusst, dass ein Pflegedienstleiter ganz sicher eine Fachperson in der Leitung des Pflegedienstes ist. In der täglichen Pflege, im Austausch mit dem Arzt, ums Bett herumstehen, den Katheter ablassen, die Leute in den Rollstuhl oder die Dusche heben, dafür ist die Pflege die Fachperson. Der letzte Schrei war noch nie der, der am längsten angehalten hat. Dies aus ihrer Erfahrung.

Roger Erni liest den **Beschlussestext** vor:

1. Für den Wettbewerb Lebens- und Begegnungszentrum Grossfeld wird ein Sonderkredit von Fr. 755'000.00 bewilligt.
2. Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.
3. Folgende Bemerkungen werden an den Stadtrat überwiesen:
 - 3.1 Der Stadtrat soll im Architektur-Wettbewerb die Anforderungen an den Neubau Grossfeld so festlegen, dass er als Holzbau oder als Holzhybridbau wenn möglich mit einheimischem Holz realisiert werden kann. Die Holzbauweise muss von Beginn weg in der Aufgabenstellung festgelegt werden, damit die Projektverfasser ein kostengünstiges Projekt konzipieren können.

3.2 *Der Stadtrat soll im Architektur-Wettbewerb beim Raumprogramm unter der Nutzung im öffentlichen Bereich festlegen, dass die Dachgärten/Dachterrassen so ausgestaltet werden, dass sie eine hohe Aufenthaltsqualität aufweisen und für die Öffentlichkeit zugänglich sind.*

4. *Mitteilung an den Stadtrat zum Vollzug.*

Abstimmung über den Beschlusstext Bericht und Antrag Nr. 254/19:

Der Beschlusstext wird mit 25:0 Stimmen genehmigt.

Bienz, Viktor	ja
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Camenisch, Räto	ja
Ercolani, Enrico	ja
Fluder, Hans	ja
Frauenknecht, Marco	ja
Gisler, Kurt	ja
Gomer-Beacco, Bettina	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Niederberger, Raoul	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Portmann, Michael	ja
Portmann, Peter	ja
Rösch, Daniel	ja
Schwarz, Erwin	ja
Spörri, Raphael	ja
Stofer, Peter	ja
Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	n.t.
Vonesch, Andreas	ja
Wendelspiess, Ursula	ja
Zellweger, Martin	ja

Lothar Sidler führt aus, dass nur die Mitglieder der KBSG das Wettbewerbsprogramm erhalten haben. Sobald das Wettbewerbsprogramm veröffentlicht ist, wird dieses allen Einwohnerratsmitgliedern gestellt, so dass alle wissen, was Sache ist.

4a. Dringliche Motion Rösch: Zukunftsträchtige Entwicklung statt Car-Lawine auf dem Hinder-Schlund-Areal **Nr. 258/19**

Obwohl das Areal Hinder-Schlund laut Daniel Rösch entwicklungstechnisch seit einer gefühlten Ewigkeit einen Stillstand erlebt, ist es erstaunlich wie es medienwirksam immer wieder auf sich aufmerksam gemacht hat. Ein Grund dafür ist sicherlich, dass die Stadt Luzern als Eigentümerin des Grundstücks fungiert. Zum anderen wurde das Areal in vergangener Zeit auch durch diverse fragwürdige Zwischenutzungen zweckentfremdet. So erinnern sich wahrscheinlich noch viele hier drin daran, als das Areal als Standort für die Wagenburg oder die Jenischen hergehalten hatte. Zudem scheint es nun Sitte zu sein, dass sich das Grundstück bei Grossanlässen auf der Luzerner Allmend zu einem Grossparkplatz transformiert. Dass das Areal keine Weiterentwicklung erlebt hat, ist zudem sehr erstaunlich, weil es doch seit gut einem halben Jahrhundert entsprechend eingezont ist. In der unmittelbaren Nachbarschaft hat sich in den vergangenen Jahrzehnten auch einiges getan, womit der Hinder-Schlund auch eine Aufwertung erlebt hat. So wurde beispielsweise schon vor längerer Zeit die Autobahn A2 über-

dacht, womit das Gebiet wesentlich von Lärmemissionen befreit wurde. Die verkehrstechnische Erschliessung kann zudem für jegliches Transportmittel als optimal eingestuft werden. Für den MIV befindet sich der Autobahnanschluss A2 in unmittelbarer Nähe und auch mit einer Bushaltestelle ist es an den öffentlichen Verkehr angebunden. Die Voraussetzungen für eine mögliche Entwicklung des Areals wären somit zu Genüge vorhanden und trotzdem wurde das Potential bis anhin verschwendet. In letzter Zeit vermittelt auch die Stadt Luzern als Eigentümerin entsprechende Signale, dass in naher Zukunft mit keiner nachhaltigen Entwicklung auf dem Areal zu rechnen ist. Nachdem das Stadtluzerner Stimmvolk die Initiative für ein carfreies Inselding angenommen hatte, drängt sich nun die Frage nach einem neuen Standort für die Carparkplätze auf. Der Luzerner Stadtrat hat seinem Parlament kürzlich einen B+A: Tourismus und Carregime vorgelegt, welcher nach "sorgfältiger und intensiver Prüfung" zum Schluss kommt, dass das Grundstück Hinder-Schlund der sinnvollste Standort für die "temporäre" Zwischenparkierung von Reiseautos ist. Das Stadtluzerner Parlament unterstützte das Anliegen und stimmte dem B+A zu. Damit gibt es erstmals eine klare politische Haltung der Stadt Luzern, wie sie mit dem Carparkplatz-Problem umzugehen gedenkt. Aus Krienser Sicht kann man die Haltung der Stadt Luzern wie folgt interpretieren: Car-tourismus ja bitte, aber die damit einhergehende Mehrbelastung bitte ausserhalb der eigenen Stadtgrenze. Oder etwas überspitzt gesagt: Die Stadt Luzern will nur das Gelbe vom Ei. Aus Krienser Sicht muss man die Zwischenparkierung auf dem Hinder-Schlund-Areal aus diversen Gründen kritisch betrachten. So befindet sich das Grundstück mitten im sogenannten Entwicklungsgebiet LuzernSüd. Gemäss diversen Fachexperten handelt es sich beim Entwicklungsgebiet um ein schweizweit einzigartiges Modell. Entsprechend umfangreich waren auch die Planungsprozesse und diese ziehen sich ja teilweise bis heute noch weiter. Jedoch ist für das Areal in keinem Planungsschritt eine Aussage zu der Zwischenparkierung für Reiseautos aufzufinden, weder im Richtlinienplan vom Vertiefungsgebiet IV von LuzernSüd, in welchem sich der Hinder-Schlund befindet, noch im Grundkonzept Verkehr von LuzernSüd. Ein temporärer Carparkplatz würde sich also gegen die Stossrichtung der bestehenden Planungsinstrumente richten. Darüber hinaus lässt sich auch im aktuellen Regelwerk LuzernSüd nichts dergleichen auffinden. Im Gegenteil, es heisst sogar: *„Der Hinterschlund und weitere Areale werden als ein durchgrüntes Gebiet mit verdichteter Wohnbebauung und gewerblicher Nutzung entlang der Ringstrasse weiterentwickelt.“* Zum anderen möchte der Sprechende auch auf die ökonomischen Aspekte aufmerksam machen. So erhofft sich Kriens bekanntlich mit Hilfe des Entwicklungsgebietes ein entsprechendes Wachstum der Wohnbevölkerung sowie auch neue Firmenansiedlungen. Für viele Unternehmungen spielt die Erreichbarkeit ihres Standortes eine zentrale Rolle. Die Verkehrssituation auf der Ringstrasse ist jedoch heute schon teilweise sehr angespannt und so gibt es ja bekanntlich schon kritische Stimmen bezüglich der Erreichbarkeit des Matthehof- und Schweighof-Areals mit dem MIV. Es kann doch nicht sein, dass man eine solch wichtige Verkehrsader mit Car-Verkehr fluten will, welcher Kriens keinen spürbaren Mehrwert einbringt. Schlussendlich will Daniel Rösch den Einwohnerrat auch eindringlich daran erinnern, dass er einen symbolischen Klimanotstand ausgerufen hat. Die FDP-Fraktion hat sich damals zwar gegen die Ausrufung ausgesprochen, weil sie immer noch der Meinung ist, dass Taten wichtiger sind als Worte. In dieser Thematik steht die FDP-Fraktion zu ihrem Wort. Sie ist klar der Meinung, dass das Vorhaben der Stadt Luzern ein ökologischer Irrsinn ist und appelliert daran, dass der Einwohnerrat bei der Beurteilung der Motion auch die ökologischen Auswirkungen in die Meinungsbildung einfließen lässt. Aus diesen Gründen kann sich die FDP-Fraktion auch eine temporäre Zwischenparkierung von Reiseautos auf dem Hinder-Schlund-Areal nicht vorstellen. Dementsprechend sind auch die Forderungen der Motion formuliert worden. Sie ist davon überzeugt, dass das Hinder-Schlund-Areal bei entsprechendem politischem Willen nachhaltig entwickelt werden kann. Mit der Überweisung der Motion kann dafür ein erster Schritt in diese Richtung getätigt werden. Zwei Kritikpunkte sind dem Sprechenden im Vorfeld zu Ohren gekommen. Die Motion sei mit der Forderung nach einer Planungszone sowie mit der Unterbindung einer Zwischennutzung zu extrem. So wird kritisiert, dass bis zum Erlass der Nutzungsplanung das Grundstück nicht sinnvoll genutzt werden kann. An dieser Stelle möchte Daniel Rösch nur betonen, dass das Areal in den letzten 50 Jahren nicht adäquat genutzt wurde. Da erscheint ihm die Zeit für das Abwarten der Nutzungsplanung entsprechend vertretbar. Der FDP-Fraktion geht es nicht um reine Verhinderungspolitik. Mit der vorliegenden Motion bietet sie Hand für eine nachhaltige Entwicklung des Hinder-Schlund-Areals jenseits von Car-Parkplätzen. Daniel Rösch hofft, dass dieses Vorhaben unterstützt wird.

Gemäss Matthias Senn hat diese Motion drei Forderungen. Der erste Punkt ist, dass die Gestaltungsplanpflicht durch eine Bebauungsplanpflicht ersetzt wird. Die zweite Forderung möchte, dass ohne Gestaltungs- und Bebauungsplan nichts bebaut werden kann. Somit können keine Zwischennutzungen realisiert werden und das BZR muss ergänzt werden. Mit der dritten Forderung möchte man via Planungszone verhindern, dass bis zur nächsten Ortsplanungsrevision gewartet werden muss, sondern es relativ schnell gilt. Der Stadtrat hat zur ersten Forderung Sympathie. Von den Punkten 2 und 3 möchte er eher abraten diese zu überweisen. Er kommt nochmals zum Punkt 1, dass eine Bebauungsplanpflicht vorgeschrieben werden soll. Das Areal hat eine Fläche von 43'892 m² und ist somit ein bedeutendes Areal auf Krienser Gemeindegebiet, welches bis jetzt nicht entwickelt wurde. Man kann natürlich schon sagen, dass mit der letzten Revision des Planungs- und Baugesetzes (PBG) die Bedeutung der beiden Sondernutzungspläne; Gestaltungsplan und Bebauungsplan, auseinander genommen hat. Der Gestaltungsplan ist näher am Baubewilligungsverfahren angesiedelt. Er zeigt zwar eine ganze Überbauung auf, aber vom Verfahren wird es gleich abgewickelt wie ein Baubewilligungsverfahren. Es liegt gleich lange auf und schlussendlich kann der Stadtrat in eigener Kompetenz einen Gestaltungsplan genehmigen. Der Bebauungsplan wurde einem Ortsplanungsverfahren angenähert. Mit einem Bebauungsplan können auch ortsplanerische Bestimmungen aufgenommen werden. Hier gab es mehrere Beispiele im Einwohnerrat, nämlich mit dem Eichhof West, dem Nidfeld und auch der Pilatus Arena. Bei bedeutenden Arealentwicklungen ist es sicher nicht falsch, wenn diese mit einem Bebauungsplanverfahren gemacht werden. Es ist auch ein längeres Verfahren. Beim Kanton wird eine Vorprüfung gemacht, danach gibt es zwei Lesungen im Einwohnerrat und der Regierungsrat muss den Bebauungsplan dann auch noch genehmigen. Hier merkt man, dass es auf einer ganz anderen Stufe anzusiedeln ist. Deshalb hat der Stadtrat eine gewisse Sympathie zu dieser Forderung, weil es ein riesiges Areal ist. Dieses soll auch einen sorgfältigen Prozess erhalten. Es soll nicht nur ein Plan vorgelegt werden können, den der Stadtrat dann nur noch absegnen kann. Der zweite Punkt will verhindern, dass man ohne Gestaltungs- oder Bebauungsplan etwas bauen kann, resp. keine Zwischennutzungen möglich sind. Hier sieht der Stadtrat einen anderen Weg. Das verfolgte Ziel der Motion für eine zukunftssträchtige Entwicklung ist auch das Ziel des Stadtrates. Er möchte dies mit dem Stadtrat Luzern aushandeln und vertraglich regeln. Der Stadtrat ist der Meinung, dass mit Verhandlungen am Tisch mehr für Kriens erreicht werden kann. Was möchte der Stadtrat mit diesem Vertrag erreichen? Einerseits möchte er eine verbindliche Zeitplanung festlegen. Das Areal ist schon seit mehr als 50 Jahren eingezont und es passierte nichts, ausser dass das Grundstück bei Grossveranstaltungen als Parkplatz genutzt wurde. Einmal diente es als Verladestation der Industrie-Geleise, aber ansonsten nichts. Es gibt einen raumplanerischen Grundsatz für die Verfügbarkeit von Bauland. Wenn etwas eingezont wird, sollte das Areal innerhalb einer nützlichen Frist genutzt werden. Im Vertrag soll geregelt werden bis zu welchem Zeitpunkt es entwickelt werden muss. Es geht auch um die Fragen der Erschliessung. Der Bogenweg beim Südpol ist eine wichtige Achse für LuzernSüd, welcher über die beiden Areale Grabenhof und Hinder-Schlund geht. Deshalb muss die gesamte Erschliessung des Areals angeschaut und geregelt werden. Dem Stadtrat ist ganz wichtig, dass man gesamtheitlich verhandelt was die beiden grossen Areale betrifft. Es gibt ja nicht nur den Hinder-Schlund, sondern auch den Grabenhof. Der Grabenhof hat auch eine Fläche von 36'666 m². Zusammen haben die Areale 80'000 m². Das ist wirklich riesig. Der Grabenhof befindet sich in der Zone für Sport- und Freizeitanlagen und wird durch die Familiengärten genutzt. Der Vertrag mit dem Familiengarten-Verein läuft im Jahr 2024 aus. Hier besteht die Absicht das Areal anders zu nutzen. Wie es genutzt werden soll, möchte der Stadtrat auch mit der Stadt Luzern verhandeln. Es ist ja kein Geheimnis, dass es öffentliche Interessen der Stadt Kriens gibt. Der Einwohnerrat hat bei der Pilatus Arena von einer Freizeitanlage a là Langmatt gesprochen. Das Regelwerk LuzernSüd sieht ja eine gewisse ökologische Ausgleichsfläche entlang des Schlimmbachs vor. Auch die Frage der Landsicherung für die Schulanlage muss diskutiert werden. Diese Punkte sollen gesamthaft in den Vertrag einbezogen werden. Ob es dann für die Stadt Luzern noch genügend attraktiv ist einen provisorischen Parkplatz zu erstellen, muss sie selber entscheiden. Die Stadt Kriens darf sich hier sicher nicht ganz verschliessen. Schlussendlich ist Kriens auch ein Teil des Tourismus der Region Luzern und profitiert davon. Auch in Kriens wurde schon die Frage gestellt, wo Cars parkieren können. Daher ist dies nicht nur ein Luzerner Problem. Der Stadtrat wird auch kommunizieren, dass es noch andere Möglichkeiten gibt als nur der Hinder-Schlund. So ist im Bereich Rösslimatt, vis-à-vis des Südpols, ein Grundstück vorhanden, bei welchem der Grundeigentümer bereit ist für eine gewisse Zeit Carparkplätze zur Verfügung zu stellen. Vielleicht wäre dieses Grundstück besser gelegen. Der Stadtrat ist der Meinung, dass der Weg des Vertrages die bessere Lösung ist, als

es einfach zu verhindern. Der dritte Punkt ist die Planungszone. Diese unterliegt der Kompetenz des Stadtrates. Die Planungszone wendet man eigentlich dann an, wenn ein Baugesuch mit einer Nutzung kommt, welche man auf diesem Grundstück nicht möchte, weil man etwas anderes vorhat. Eine Planungszone kann auch erst gemacht werden, wenn das Bewilligungsgesuch vorliegt. Hier hat man eine gewisse Handlungsfreiheit. Wenn der Motionär bereit ist auf die Forderungen 2 + 3 zu verzichten und nur die Bebauungsplanpflicht zu fordern, wäre der Stadtrat bereit die Motion entgegenzunehmen. Wenn aber an allen drei Punkten festgehalten wird, beantragt er die Ablehnung der Motion.

Die CVP/JCVP-Fraktion ist laut Andreas Vonesch geteilter Meinung bezüglich der Art und Weise des verlangten Vorgehens und ob dieses auch zielführend ist. Sie ist sich aber einig bezüglich des inhaltlichen Anliegens. Die CVP/JCVP-Fraktion will den Car-Verkehr und den Parkplatz nicht im Hinder-Schlund. Die Ringstrasse ist jetzt schon permanent überlastet und die Stadt zwingt Kriens ein neues Verkehrsregime auf der Arsenalstrasse auf, was für das Gewerbe im Gebiet Mattenhof/Schweighof/Kuonimatt eine massive Verschärfung der verkehrlichen Situation bedeutet. Sie will auch, dass das Areal in die städtebauliche Entwicklung in LuzernSüd eingebunden wird und der brache Zustand schnell beendet wird. Kriens möchte gegenüber der Stadt Luzern ein Zeichen setzen, dass man sich als gleichwertigen Partner versteht und auch so behandelt werden will. Die CVP/JCVP-Fraktion will aber auch auf den Dialog setzen. Mit dieser Motion befürchtet sie, dass damit diese Türen zugeschlagen wird.

Gemäss Räto Camenisch, SVP-Fraktion, hat die Stadt Luzern ein Problem. Es ist alles überbaut und man kann sich nicht mehr ausdehnen. Die paar Plätze rundherum sind ihre Expansionsgefässe. Expansionsgefässe braucht man in der Mobilität, sprich Verkehr. Andreas Vonesch hat es bereits angesprochen. Die Stadt Luzern hat mit Kriens noch nicht die Augenhöhe gefunden. Er denkt dabei an den Salesia-Park, als Kriens drangsaliert wurde. Jetzt kommt dies mit den Car-Parkplätzen. Die dringliche Motion macht Nägeln mit Köpfen in Bezug auf dieses Verhältnis. Der Boden gehört der Stadt Luzern und wurde wahrscheinlich wohlweislich erworben. Kriens muss jetzt wissen, was man damit machen möchte. Den Parkverkehr möchte man so aber nicht. Ideen sind vorhanden. Es müssen auch öffentliche Aufgaben erfüllt werden, wie beispielsweise Schulen. Die SVP-Fraktion findet, dass Kriens eine klare Sprache sprechen darf. Die Motion soll so entgegengenommen werden, wie sie auch eingereicht wurde. Mit der Stadt Luzern kann der Stadtrat dann doch noch sprechen. Wenn klare Vorgaben vorliegen, sind dann auch die Richtlinien klar.

Die SP-Fraktion ist gemäss Cla Büchi gegen die Überweisung und teilt die Meinung des Stadtrates. Sie ist auch dafür diesem Areal eine Bebauungsplanpflicht aufzuerlegen. Das ist positiv, wie es Matthias Senn ausgeführt hat. Aber das mit einer Planungszone eine Zwischennutzung verhindert wird, ist befremdend. Zwischen der Stadt Kriens und Luzern sind Verhandlungen angesetzt. Diese bieten die Möglichkeit, dass auch Kriens gewinnen kann. Es muss ja auch das Ziel sein, dass beide gewinnen. Für Kriens geht es um Freiflächen, Grünflächen und Flächen für den öffentlichen Nutzen. Diese erhält Kriens nicht, wenn man auf Konfrontation mit der Stadt Luzern geht und mit dem Holzhammer hinein schlägt und den Goodwill verspielt. In diesem Sinne ist die SP-Fraktion gleicher Meinung wie der Stadtrat.

Die Grüne/GLP-Fraktion kann laut Raoul Niederberger das Anliegen vom Motionär nachvollziehen und würde dieses teilweise unterstützen. Man spricht hier auch von der Bebauungsplanpflicht des Areals. Sie ist aber der Meinung, dass jetzt der falsche Zeitpunkt ist diese Motion zu überweisen. Denn was bedeutet dies? Stillstand auf dem Areal Hinder-Schlund, bis der Bebauungsplan ausgearbeitet ist. Dann kann Kriens nicht mehr mit der Stadt Luzern verhandeln. Ob der sofortige Stillstand jetzt die beste Lösung für die Stadt Kriens ist, lässt sich erst beurteilen, wenn der Stadtrat mit der Stadt Luzern über eine mögliche Zwischennutzung und deren Bedingungen verhandelt hat. Die Grüne/GLP-Fraktion möchte zuerst die Verhandlungen abwarten und erst dann entscheiden. Denn sie ist überzeugt und mit dem Stadtrat einer Meinung, dass man in dieser Sache eine gute und vorteilhafte Lösung aushandeln

kann. Oder vertraut die FDP-Fraktion ihrem eigenen Stadtrat nicht? Bei einer solchen Verhandlung ist Kriens am längeren Hebel. Es bietet sich für die Stadt Kriens die Möglichkeit auf eine baldige Realisation des Bogenwegs hinzuwirken oder eine geeignete Fläche für die Realisation der Spiel- und Freizeitfläche zu sichern, welche im Zusammenhang mit der Pilatus Arena geplant ist. Der Sprechende möchte auch noch kurz darauf eingehen, ob es ökologisch sinnvoll ist oder nicht, wenn diese Cars dorthin fahren. Dieser Platz ist näher bei der Autobahn als beispielsweise der Schwanenplatz und das Inseli. Wenn diese nur bis dorthin fahren und die Touristen dann mit dem öffentlichen Verkehr in die Innenstadt gelangen, ist dies vermutlich umweltfreundlicher, als die jetzige Lösung. Die Grüne/GLP-Fraktion ist überzeugt, dass Kriens bei diesen Verhandlungen nichts verlieren, sondern nur gewinnen kann. Sollten die Ergebnisse am Ende nicht überzeugen, dann kann man immer nochmals mit einer solchen Motion reagieren. Aber jetzt diese Verhandlungen abzuklemmen ist ihres Erachtens falsch.

Martin Zellweger ist erstaunt, dass von der Grüne/GLP-Fraktion die Offenheit gegenüber dem Carverkehr da ist. Das ist doch schon fast ein Novum. Er hat auch bei den Ausführungen des Stadtrates gestockt, denn er hat auch diese Offenheit. Man hörte keine klare Aussage, dass man dort in eine andere Richtung gehen möchte. So ist es durchaus eine Option. Das ist schon der Stein des Anstosses dieser ganzen Diskussion. Auch wenn man jetzt in Verhandlungen geht, findet er es durchaus geeignet, wenn man eine klare Linie und Vorgehensweise hat. Es soll auch ein Zeichen gesetzt werden, dass eine Richtung vorgegeben ist, als dass man alles offen lässt und erst während den Verhandlungen herausfindet, was man möchte. Insofern unterstützt der Sprechende diesen Vorstoss.

Daniel Rösch hat nun diverse Voten gehört und möchte an seiner eingereichten Forderung festhalten. Schlussendlich geht es auch darum ein klares Zeichen zu setzen, was auch schon verschiedene gesagt haben, dass man auf diesem Areal keine Carparkplätze möchte. Dieses Areal befindet sich im Entwicklungsgebiet und im eigentlichen Hot-Spot. In diesem Gebiet wurde bereits viel investiert, wenn man an den Mattenhof und Schweighof denkt. Jetzt sollte sich Kriens diesen Standortvorteil sichern, indem man die Carverkehrs-Flut stoppt. Deshalb ist Daniel Rösch überrascht, dass man auch von linker Seite und Stadtrat diese Kröten schlucken möchte, indem man die Carparkplätze auf diesem Areal duldet. Der Einwohnerrat hat einen symbolischen Klimanotstand ausgerufen und der Stadtrat hat sich auch dahinter gestellt. Vorher wurde gesagt, dass das Hinder-Schlund-Areal näher am Autobahnanschluss ist und man dementsprechend keine ökologischen Bedenken hat. Diese Cars werden am Schwanenplatz die Touristen ausladen und fahren von dort in den Hinder-Schlund zum Parkieren. Dies passiert mindestens zwei Mal. Daniel Rösch betont nochmals, dass er an seiner Forderung festhält. Es gilt auch, dass der Einwohnerrat ein klares Zeichen setzt, ob er Carparkplätze möchte oder nicht. Wenn der Motion nicht zugestimmt wird, wird es so oder so temporäre Carparkplätze geben. Dazu möchte er keine Hand bieten.

Erich Tschümperlin freut sich, dass sich Daniel Rösch kurz nach der Ausrufung auf den Klimanotstand beruft. Man möchte die Cars nicht unbedingt dort haben. Es geht ja darum, dass man verhandeln kann. Das ist ein Kuhhandel. Man geht dort hin und wenn man nichts anzubieten hat, kann man ja auch nichts verhandeln. Kriens möchte beispielsweise eine Spielwiese für die Pilatus Arena, bei der ein Realersatz geschafft werden muss. Dann braucht doch der Stadtrat eine Verhandlungsmasse. Die Grüne/GLP-Fraktion geht nicht über eine Zwischennutzung hinaus. Wenn man ökologisch argumentiert und die Parkplätze nicht dort entstehen, wo fahren sie dann hin? Dann fahren sie vielleicht noch weiter, aber das ist vermutlich egal, Hauptsache nicht hier. Es wird darauf hinauslaufen, dass diese Cars mehr fahren oder es eine Lösung mit einem Shuttle gibt, weil sie nicht mehr beim Inseli parkieren können. Das ist ein Fakt. Ob man bei der Ausfahrt der Autobahn parkiert und nachher eine Lösung mit einem Shuttle hat, könnte durchaus ökologischer sein. Vielleicht sind dies ja sogar Elektro-Busse. Das ökologische Argument zieht hier nur bedingt. Dann müsste man die andere Lösung auch noch sehen. Wichtig ist, dass Kriens dort unten etwas möchte, was auch dient. Dem Stadtrat soll als Verhandlungsoption etwas in der Hand gelassen werden, damit er handeln kann. Wenn er das nicht hat, kommt er mit abgesagten Hosen zurück, weil die Stadt auch nichts gibt.

Laut Raoul Niederberger kann man die Ökobilanz erst beurteilen, wenn man diese Lösung auf dem Tisch hat. Die Grüne/GLP-Fraktion ist natürlich kein Freund des Car-Tourismus. Aber sie erwartet, dass es eine Lösung mit einem Shuttle oder sonst wie gibt. Es soll nicht sein, dass die Cars zum Schwanenplatz fahren und dann in den Hinder-Schlund. Das muss man natürlich anschauen und erst dann kann man beurteilen, ob man diese Lösung möchte oder nicht. Jetzt einfach im Blindschuss alles abzulehnen, findet er nicht richtig.

Für Räto Camenisch drifft diese Diskussion ab. Es geht nicht nur um die Carparkplätze, sondern um dieses Hot-Spot-Areal. Die Hoheit über dieses Gebiet hat die Stadt Kriens. Zuerst sagt Kriens doch hoheitlich, was man mit dem Areal machen möchte. Dann kann man aufgrund dessen mit der Stadt Luzern verhandeln. Wenn Kriens keine hoheitlichen Vorgaben macht und einfach verhandelt, heisst dies nichts anderes als das die hoheitlichen Vorstellungen der Stadt Luzern angepasst werden. Damit ist der Sprechende nicht einverstanden.

Gemäss Michael Portmann ist die eigentliche Idee von Stadt zu Stadt zu verhandeln. Man müsste hier schon subtil vorgehen. Diese Motion bietet durchaus die Chance dies auch zu machen. Daniel Rösch hat die drei Forderungen so schön aufgestellt, welche in einem ersten Schritt ausgenutzt werden können die Bebauungsplanpflicht zu installieren. Der Einwohnerrat hat nun ausführlich diskutiert, welche Chancen man auf diesen Arealen sieht und was man nicht möchte. Es kommt wahrscheinlich genug deutlich heraus, was vielleicht auch in der Zeitung erscheint. Im nächsten Schritt ist es immer noch möglich die Forderungen 2 und 3 wieder dringlich als Motion einzugeben und so die Türe zu schliessen, wenn einem die Verhandlungsergebnisse nicht gefallen haben. Das ist die Hoheit des Einwohnerates. Darum macht er beliebt, dass Daniel Rösch den Antrag so verändert, dass die erste Forderung drin belassen wird. Eine allfällig zweite Motion ist ja bereits geschrieben. Dies ist ein Vorgehen, welche gewisse Lehrpersonen in der Schule auch brauchen. Wenn eine Klasse nicht so spurt, kann man mit Blitzern arbeiten, aber der Test wird später angebracht.

Enrico Ecolani versteht die Welt nicht mehr. Dass die linke Seite einen Deal gegen die Umwelt machen will, kann nicht sein. Aus seiner Sicht sollte man das Gesamtpaket von Daniel Rösch unterstützen. Räto Camenisch sagte, dass sich dieses Land auf Krienser Boden befindet. Wenn auf diesem Land etwas zu gehen hat, kann der Einwohnerrat entscheiden, was zu gehen hat. Ob dies früher oder später passiert, ist ein anderer Fall. Der Sprechende bittet die Motion in seiner Gesamtheit zu unterstützen, um der Stadt Luzern ein klares Zeichen zu setzen.

Erich Tschümperlin sagt wo das Problem liegt. Kriens hat schon die Hoheit über das Land, aber wenn man einen Freizeitpark a là Langmatt möchte, dann kann dieser der Stadt Luzern nicht aufs Auge gedrückt werden. Das ist ihr Land. Kriens braucht Zugeständnisse und muss verhandeln. Kriens kann doch nicht einfach bestimmen ob und was sie bauen möchten. Man könnte einen Bebauungsplan erstellen. Das Gebiet wurde jahrelang liegen gelassen. Ergo ist Kriens darauf angewiesen eine einvernehmliche Lösung zu finden. Die Lösung ist nicht die, dass die Grüne/GLP-Fraktion Carparkplätze möchte. Die Lösung ist, dass etwas geht und dazu muss man vor und nachgeben. Ohne dies ging bisher überhaupt nichts.

Cyrill Wiget führt aus, dass der Stadtrat bereits in den Verhandlung ist und diese auch fortführen möchte. Es ist ihm schon ein Anliegen, dass man einigermaßen präzise vom Gleichen spricht. Insofern kann er Enrico Ecolani mit seinem Umweltgedanken retten. Um was geht es hier überhaupt? Es gibt ganz verschiedene Tourismusformen, welche hier in der Stadt zum Problem werden. Hier geht es überhaupt nicht darum zusätzliche Fahrten zu generieren. Der Stadtrat hat vor ein Mobilitätskonzept zu verlangen, womit aufgezeigt werden soll, ob es zu zusätzlichen Fahrten kommt. Zum einen ist das Problem der Schwanenplatz. Die Cars können die Leute dort nur aussteigen lassen und wieder verschwinden. Weil diese nirgends hin können fahren sie aktuell einfach im Gebiet umher. Hier von öko-

logisch sinnvollen Lösungen zu sprechen, ist falsch. Dann ist das zweite Problem das Inseli. Beim Inseli befindet sich ein Ein- und Umsteigebahnhof für Cars. Dort kommt man vom Entlebuch mit dem Zug gut hin und kann dort umsteigen. Ob es sinnvoll ist im Mattenhof ein- und umzusteigen oder im Inseli ist beides ökologisch auf gleichem Niveau. Der Sprechende findet es problematisch, vor Erstellung eines Mobilitätskonzepts gemacht hat, davon zu sprechen, welche Möglichkeit die ökologischere sein kann. Das ist inhaltlich nicht korrekt. Das andere nicht korrekte ist die Planungszone, welche verlangt wird. Die Planungszone ist im Kompetenzbereich des Stadtrates und kann mit einer Motion gar nicht gefordert werden. Selbstverständlich hat der Stadtrat den Einwohnerrat gehört und merkt, dass der Stadtrat auf keinen Fall vom Stadtrat Luzern kuschen soll. Der Sprechende kommt nun zum dritten Punkt. Der Einwohnerrat hat gefordert, dass in diesem Gebiet eine Schulraumsicherung gemacht wird. Er ist sich nicht sicher, ob man weiss, wie viel Fläche nur schon das Schulhaus Brunnmatt beansprucht. Das sind 10'000 m². Kann es sich Kriens irgendwie leisten 10'000 m² einem privaten Investor abzukaufen? Der Stadtrat möchte die Cars auch nicht dort haben. Es gibt auch Alternativen dazu. Im Moment geht es darum, dass Kriens mit guten Verhandlungspositionen in der Lage sein kann, für Kriens viel mehr herauszuholen, als das man sich heute vielleicht vorstellt. Deshalb ist verhandeln immer gescheit. Wenn der Stadtrat schlecht verhandelt, kann der Einwohnerrat ihn zurückpfeifen. Aber bereits zum Voraus in den Raum zu stellen, das er dann schlecht verhandelt, kann nicht der richtige Weg sein. Der Stadtrat wäre froh, wenn nur die Bebauungsplanpflicht gefordert wird, was er auch gerne macht. Die dritte Forderung kann der Einwohnerrat gar nicht verlangen und die zweite Forderung ist im Moment einfach nicht sinnvoll.

Abstimmung über die Überweisung der Motion Rösch: Zukunftsträchtige Entwicklung statt Car-Lawine auf dem Hinder Schlund-Areal (Nr. 258/19)

Die Motion wird mit 14:12 Stimmen überwiesen.

Bienz, Viktor	nein
Büchi, Cla	nein
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Camenisch, Räto	ja
Ercolani, Enrico	ja
Fluder, Hans	ja
Frauenknecht, Marco	ja
Gisler, Kurt	ja
Gomer-Beacco, Bettina	nein
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Mathis-Wicki, Judith	nein
Niederberger, Raoul	nein
Nyfeler, Nicole	nein
Portmann, Michael	nein
Portmann, Peter	ja
Rösch, Daniel	ja
Schwarz, Erwin	ja
Spörri, Raphael	nein
Stofer, Peter	nein
Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	nein
Vonesch, Andreas	nein
Wendelspiess, Ursula	ja
Zellweger, Martin	ja

5. Beantwortung Interpellation Stofer: Fussgänger- und velofreundlicher Winterdienst

Nr. 215/19

Die schriftliche Antwort wurde via Extranet zugestellt.

Roger Erni fragt den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Peter Stofer wünscht eine Diskussion.

Roger Erni stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Gemäss Peter Stofer weist der Stadtrat in seiner Beantwortung darauf hin, dass alles im Postulat Nyfeler 2017 schon gesagt ist, um es dann doch noch einmal wortreich zu wiederholen. Herzlichen Dank dafür. Man spürt aus dem Papier: Der Werkdienst weiss wie es läuft, hat seine eigenen Normen, seine eigene Strategie und Prioritätenliste. Es braucht also keine weitere VSS-Norm, was auch so weit so gut ist. Ohne Zweifel, der Werkdienst macht einen soliden Job im Winterdienst. Weiter weist der Stadtrat auf die Selbstverantwortung jedes Verkehrsteilnehmers hin und zitiert aus dem Strassenverkehrsgesetz. Trotzdem würden es viele ältere und gehbehinderte Fussgänger, auch Velofahrer begrüßen, wenn auch den schwächsten Verkehrsteilnehmern etwas mehr Beachtung geschenkt wird. Heute haben immer die Autofahrer die erste Priorität, dabei haben Fussgänger und Velofahrer das grösste Unfallrisiko. Der Stadtrat sollte nicht verkennen, dass sich vielerorts etwas tut. In Luzern ist der Ruf nach einer neuen Strategie zu hören: In Kurzform: "Bleischaden vor Knochenbrüchen". Kopenhagen ist hier das Vorbild, denn es wird nicht mehr von innen nach aussen, sondern vom Trottoir in die Mitte des Strassenraumes geräumt. Zuerst das Trottoir, Veloweg und dann die Strasse. Dies führt zu einer zusätzlichen Sicherheit für die schwächsten Verkehrsteilnehmer. Niemand verlangt von der Stadt, dass sie sich beim Winterdienst an den Besten orientiert. Die Förderung des Langsamverkehrs und des Velos sollte jedoch nicht nur von April bis Oktober gemacht werden.

Gemäss Andreas Vonesch, CVP/JCVP-Fraktion, hat der Stadtrat bereits mit dem Bericht zum Postulat Nyfeler „Optimierung des Winterdienstes zu Gunsten des Langsam-Verkehrs“, welches am 2. November 2017 im Einwohnerrat behandelt wurde, ausführlich über die Organisation des Winterdienstes berichtet. Auch zu den Fragen der Interpellation Stofer, welche teilweise ein Déjà-vu ist, legt der Stadtrat wiederum einen umfangreichen Bericht vor. Die CVP/JCVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die ausführliche und geduldige Beantwortung der Fragen. Praktisch alle Fraktionen haben damals in ihren Voten die sehr gute Arbeit der Werkdienstmitarbeiter im Winterdiensteinsatz gewürdigt. Dies gilt auch heute noch. Ebenso wurde darauf hingewiesen, dass man bei den wenigen wirklich schneereichen Wintertagen mit den vorhandenen personellen und materiellen Ressourcen an Grenzen stösst. Somit wird es sehr schwierig den Winterdienst für alle Verkehrsteilnehmer gleichermassen zeitnah und optimal auszuführen und dies in einer Qualität, die alle zufriedenstellt. Sie meint, dass es in solch ungewöhnlichen Situationen von allen Verständnis, etwas Gelassenheit und Toleranz braucht. Nicht alles Wünschbare ist auch machbar. Nochmals wird im Bericht detailliert die Prioritätenordnung der Stadt Kriens bei der Schneeräumung erläutert. Diese ist für die CVP/JCVP-Fraktion plausibel und nachvollziehbar. Interessant sind auch die Ausführungen zu den Versuchen mit neuen oder anderen Behandlungsarten von Trottoirs und Velowegen, zum Beispiel durch ein Sole-Sprühgerät. Die Erklärungen zeigen, dass sich der Stadtrat bemüht, für alle Mobilitätsarten und insbesondere auch für den Langsamverkehr den Winterdienst zuverlässig auszuführen und zu optimieren, dass dies die vorhandenen Ressourcen aber momentan nicht zulassen.

Die SVP-Fraktion ist laut Räto Camenisch über die ausführliche Antwort sehr erstaunt, da dies bereits vor zwei Jahren ausführlich und befriedigend dargelegt wurde. Beim Winterdienst gibt es immer das

Problem, dass man möglichst viel machen möchte, aber diese Kapazität muss freigehalten werden, auch wenn es nicht schneit. Das heisst, der Winterdienst muss plötzlich funktionieren und sonst liegt diese Kapazität brach. Diese Problematik haben natürlich alle Gemeinwesen. Dass man hier einen gewissen Mittelweg gehen muss, ist völlig klar. Damals sagte die SVP-Fraktion bereits, dass die Gemeinde Kriens diese Aufgabe relativ gut löst. Es ist auch Eigenverantwortung gefragt. Wenn es wirklich schneit, fährt man halt nicht mit dem Velo, sondern nimmt den ÖV. Das ist doch ganz einfach und eine individuelle Entscheidung. Der Sprechende macht dies schon seit langem. Bei den Fussgängern gibt es auch ein Problem, obwohl diese eine relativ hohe Priorität haben. Aber auch hier werden Abstufungen gemacht. Neben dem Haus des Sprechenden verläuft eine Treppe, bei der eine Tafel steht, dass hier der Winterdienst verzögert ist, damit dies jeder weiss. Hier macht man einen sauberen Schnitt zwischen Kosten, Kapazitäten und Möglichkeiten. Das Wetter macht ja was es will. Insofern löst die Stadt Kriens den Winterdienst gut. Die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für diesen Bericht.

Gemäss Thomas Lammer, FDP-Fraktion, kommt dieser Vorstoss aufgrund der vielen Abtraktandierungen zur richtigen Jahreszeit, auch wenn der Schnee noch nicht liegt. Auch die FDP-Fraktion bedankt sich für den sehr gut funktionierenden Winterdienst, sofern dann überhaupt einmal Schnee liegt. Das kommt ja nicht so häufig vor. Der Sprechende äussert sich zu den Fragen und Antworten nicht weiter, weil vor zwei Jahren genau das Gleiche gefragt wurde und die gleichen Antworten gegeben wurden. Diese sind nachvollziehbar und begreifbar. Der Sprechende erinnert sich an einen Punkt, welcher Rätö Camenisch auch schon genannt hat. Man spricht hier vielleicht von 2-4 Tagen im Jahr, wo Velofahren extrem gefährlich ist. Mit den zwei dünnen Rädern rutscht man einfach schneller weg als mit 4 Rädern. Dann sollte man das Velo einfach zu Hause stehen lassen.

Nicole Nyfeler, SP-Fraktion dankt für die Antworten. Sole findet sie gut. Sie bittet, dass Fussgänger, Velofahrer und vor allem Behinderte unterstützt werden.

Matthias Senn kann noch nicht über mehr Erfahrungen berichten, weil der Schnee noch ausblieb. Die Erfahrung war auch der Grund für diese Interpellation. Der Sprechende muss den Interpellant auch etwas in Schutz nehmen, weil in der Fragestunde die Frage gestellt wurde, welche Erfahrungen mit dem Solematerial gemacht wurden. Er sagte, dass nochmals eine Interpellation eingereicht werden muss, damit diese Fragen genau abgeklärt werden können. Ab jetzt werden die Antworten ja im Protokoll ergänzt. Das war die Konsequenz, dass halt nochmals bei vielen Fragen das Gleiche geantwortet wurde. Man konnte bisher einige Erfahrungen sammeln, aber diese sind noch nicht wirklich aussagekräftig. Es wurde noch von Knochenbrüchen versus Blechschaden gesprochen. Es ist sicher nicht so, dass dem Stadtrat wichtiger ist Blechschäden zu verhindern. Selbstverständlich sind vor allem Knochenbrüche zu verhindern. In der Beantwortung wurde halt gut begründet, wie ein solcher Winterdienst vor sich geht. Man muss halt von der Mitte nach aussen Schnee räumen und nicht von aussen nach innen. Das ist halt der Grund, weshalb die Strassen schneller geräumt sind als Geh- und Radwege. Selbstverständlich nimmt der Stadtrat zur Kenntnis, dass keine Knochenbrüche gewünscht werden und man arbeitet fest daran.

6. Postulat Tanner: Kostenloser ÖV für Kinder bis 16 Jahre

Nr. 221/19

Gemäss Roger Erni ist der Stadtrat gegen die Überweisung dieses Postulats.

Beat Tanner ist enttäuscht. Mit Unverständnis hat er die Ablehnung des Stadtrates zur Kenntnis genommen. Die Forderung wäre gewesen, dass sich der Stadtrat für einen kostenlosen ÖV für Kinder bis 16 Jahre einsetzt. Der Stadtrat sucht mehrere Gründe, wieso er sich nicht dafür einsetzen will. Er findet, dass bei Kindern ein kostenloser ÖV zu falschen Anreizen führen würde. Der ÖV sei in den Hauptverkehrszeiten bereits stark ausgelastet und dass man sonst das Angebot ausbauen müsste.

Diese Begründung hat ihn sehr erstaunt und befremdet. Diese Ablehnung des Stadtrates zeugt von wenig Fingerspitzengefühl. Die Anliegen der Familien und Grosseltern werden nicht ernst genommen. Nicht einmal der Wille zu haben, sich beim Verkehrsverbund für die Buslinien in Luzern für einen kostenlosen ÖV für Kinder einzusetzen, auch in Bezug auf die heutigen Klimadebatten, ist schade und zeugt von wenig Innovation. Der Sprechende bittet deshalb für die Kinder, die Familien sowie die Grosseltern diesen Vorstoss trotzdem zu überweisen.

Die CVP/JCVP-Fraktion dankt laut Kurt Gisler dem Postulanten für diese Idee und das visionäre Denken. Sie hat gewisse Sympathien für diese Idee. Bei genauem Hinschauen sieht man aber markante Fragezeichen. Die Tarifoheit liegt ganz klar bei den Transportunternehmen und beim Tarifverbund Passepartout. Für die Stadt würden zusätzliche Kosten entstehen, welche in der heutigen Budgetumgebung schwierig zu decken sind. Die CVP/JCVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die detaillierte Antwort und unterstützt aus obgenannten Gründen den Antrag des Stadtrates zur Ablehnung.

Wie es gemäss Peter Portmann, SVP-Fraktion, in der Begründung des Postulats beschrieben wird, liegt die Tarifoheit bei den Transportunternehmen. Würden die Jugendlichen bis 16 Jahre ohne zu bezahlen transportiert, so würden die auch später nicht zahlen wollen. Ausserdem müssen die Transportunternehmen den finanziellen Ausfall kompensieren. Entweder durch Tariferhöhungen oder mittels Steuergelder. Die Kinder des Sprechenden mussten mit dem Velo vom Obernau in die Kantonsschule Alpenquai fahren, zum Mittagessen nach Hause und am Nachmittag wieder in die Kantonsschule. Bei der Vorbereitung dieses Votums ist er auf eine Empfehlung der WHO gestossen. Es wird empfohlen, dass sich Jugendliche zwischen 5 und 17 Jahren moderat eine Stunde pro Tag bewegen sollten. Im Bericht steht auch, dass 4 von 5 Jugendlichen sich zu wenig bewegen. Das heisst, dass Eltern gut daran tun, ihren Kindern früh viel Bewegung zu ermöglichen, ohne Druck und auf spielerische Art. Die SVP-Fraktion folgt dem Antrag des Stadtrates und lehnt dieses Postulat ab.

Cla Büchi, SP-Fraktion, findet den Vorstoss auf den ersten Blick sympathisch. Ihn erstaunt es eigentlich, dass er von der Sparerseite FDP kommt. So, wie die Forderung im Vorstoss formuliert ist, scheint eine Umsetzung nicht möglich zu sein, weil sie gegen Bundesrecht verstösst. Es sei denn, die Kosten werden vollumfänglich von der Stadt Kriens getragen. Dies dürfte aber eine ganze Stange Geld kosten. Auf den zweiten Blick wäre dem Sprechenden lieber, wenn Kriens Fussgänger- und Velowege hätte, die auch Kindern einen sicheren und direkten Weg zu ihrem Ziel bieten. Denn da besteht noch grosser Handlungsbedarf. Aber man könnte ja das eine tun und das andere nicht lassen. Denn eines muss man der Idee zugestehen: Es bedeutet eine Förderung vom ÖV bei einem Fahrgastsegment, wo die Wirkung sehr nachhaltig sein könnte. Denn wenn die Benützung vom ÖV schon in jungen Jahren selbstverständlich wird, kann man davon ausgehen, dass es auch später so sein wird. Und jede Förderung vom ÖV bedeutet auch eine Entlastung vom Strassennetz durch den MIV. Der Vorstoss wurde in der SP-Fraktion kontrovers diskutiert. Mehrheitlich ist sie aber für Überweisung.

Die Grüne/GLP-Fraktion findet laut Erich Tschümperlin diesen Vorstoss visionär und gut. Der Stadtrat soll vorstellig werden. Das heisst noch nicht, dass irgendwelche Kosten ausgelöst werden. Der Einwohnerrat jammert immer wieder, dass nichts verändert werden kann und übergeordnete Institutionen wie REAL und der ÖV machen was sie wollen. Es geht ja darum, dass man aktiv wird und einen Vorschlag einbringt. Vielleicht findet der Vorschlag eine Mehrheit. Vor den Kosten hat der Sprechende keine Angst. Bis das umgesetzt wird, ist Kriens vermutlich wieder in den grünen Zahlen. Nein, die Kosten kommen ja sowieso nicht heute und morgen und dauert etwas länger. Vorher hörte man von der FDP-Fraktion, dass man bei Schnee das Velo zu Hause stehen lassen muss und den ÖV nimmt muss. Das passt nahtlos in diese Strategie. Wenn man eine Familie mit mehreren Kindern hat, ist dies vielleicht ein Kostenpunkt, weil Fr. 61.00 pro Monat nicht wenig ist. So könnte man durchaus diese Idee auf den Weg schicken und dafür schauen, dass der Verkehrsverbund die Kosten und Auswirkungen prüft. Heute macht man auch noch Sponsoring oder anderes. Dass man dies bereits jetzt im Einwohnerrat abklemmen möchte und sagt, dass dies keine Chance hat, erstaunt den Sprechenden. Die Grü-

ne/GLP-Fraktion möchte auch nicht, dass die Kinder mit dem Auto in die Schule gefahren werden. Das ist einiges schlimmer, als wenn der ÖV genommen wird. Es ist löblich, wenn Peter Portmann's Kinder immer mit dem Velo vom Obernau in den Alpenquai gefahren sind. Das gibt einem auch ein grünes oder linkes Gedankengut. So kann man die Kinder vielleicht auch dorthin bringen. Abgesehen davon, findet die Grüne/GLP-Fraktion den Vorschlag gut. Man soll dieser Idee etwas Schub geben und abwarten was auf den Tisch kommt. Es wird nicht heute entschieden und auch nicht alleine durch den Einwohnerrat. Wenn es etwas kostet, weiss man dann auch wie viel. Das sollte einem die Jugend wert sein. Auch in einem bestimmten Segment ist es gescheiter und sicherer, wenn die Kinder mit dem Bus als mit dem Velo fahren.

Beat Tanner kommt nochmals zurück zur Forderung. Er möchte, dass sich der Stadtrat beim Verkehrsverbund einsetzt. Es geht nur um ein erstes diskutieren, ob dies möglich ist. Von der CVP/JCVP-Fraktion hätte sich der Sprechende eine Unterstützung erhofft, weil sie ja Familienpolitik gross schreibt. Das ist hier einmal nicht der Fall und findet er Schade. Auf den Klimanotstand hat man sich heute schon das zweite Mal bezogen. Dieser Vorschlag hat auch damit etwas zu tun. Es werden viele Kinder ins Training gefahren, weil gleich vier Kinder zusammen gefahren werden können. Wenn man dies mit dem Bus rechnet, fährt man lieber mit dem Auto. Man fährt die Kinder zum Teil auch aus finanziellen Gründen in die Musikschule oder zum Sport. Die Affinität zum Klimanotstand scheint hier im Einwohnerrat nicht gegeben zu sein. Man spricht einfach dafür, weil bald die Wahlen anstehen, aber in Tat und Wahrheit müsste man auch etwas liefern und machen. Dazu stand die FDP-Fraktion schon immer. Nun noch zu Peter Portmann. Er sagte, dass wenn die Kinder nie bezahlen, sind sie auch später nicht bereit dazu. Steuern muss man bis zur Volljährigkeit auch nicht bezahlen und nachher müssen alle. Das ist auch kein wirkliches Argument. Bei den Mehrkosten, welche allenfalls auf die Stadt zukommen, weiss man noch gar nicht wie hoch diese sein werden. Wenn die Kinder mit den Eltern mit der Juniorkarte unterwegs sind, ist es schon bezahlt. Also müsste man schauen, wie hoch der Gap überhaupt noch ist. Dann spricht man vielleicht von Finanzen, welche gar nicht so hoch sind.

Gemäss Matthias Senn hätte es sich der Stadtrat einfach machen können und das Postulat zur Überweisung zu empfehlen. Nachher hätte er im Bericht schreiben können, was das Ergebnis ist. Er wollte aber auf die Effizienz setzen. Es ist Tatsache, dass genau diese Forderung im Kantonsparlament von linker Seite gestellt wurde. Die Forderung im Postulat von Schuler Josef war: *„Die Regierung wird beauftragt, folgendes Anliegen umzusetzen: Alle Jugendlichen im Kanton Luzern sind berechtigt, bis zur Beendigung ihrer beruflichen Bildung der Sekundarstufe II oder bis zur Vollendung des 18. Lebensjahrs kostenlos den öffentlichen Verkehr im Kanton zu benützen. Voraussetzung für den Erhalt dieser Leistung sind ein Halbtaxabonnemement und die Bestätigung der Bildungsinstitution.“* Dieses Postulat wurde am 24. Juni 2019 vom Kantonsrat abgelehnt. Der Regierungsrat hat zu diesem Vorstoss auch die Ablehnung begründet. Der Vorstoss von Beat Tanner wurde am gleichen Tag aufgeschaltet wie die Verbundratssitzung stattfand. Der Sprechende konnte dies dann sogleich einbringen. Es wurde ihm gesagt, dass dies im Kantonsrat abgelehnt wurde. Er hat dann den Vorstoss und die Begründung des Regierungsrates ausgehändigt bekommen. Daher kann Kriens nicht erwarten, dass wenn nochmals ein Schreiben an den Kanton gemacht wird, er diesem zustimmt und via Passepartout an die eidgenössische Tarifhoheit trägt. Die einzige Möglichkeit der Stadt ist gratis Passepartouts abzugeben. Aber wenn das Postulat überwiesen wird, ist zu berechnen, was dies kostet. Im Moment ist man daran zu sparen und nicht um Mehrkosten auszulösen. Deshalb ist der Stadtrat für Ablehnung des Postulats.

Abstimmung über die Überweisung des Postulats Tanner: Kostenloser ÖV für Kinder bis 16 Jahre (Nr. 221/19)

Das Postulat wird mit 15:11 Stimmen nicht überwiesen.

Mathis-Wicki, Judith	nein
Niederberger, Raoul	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Portmann, Michael	nein
Portmann, Peter	nein

Rösch, Daniel	ja
Schwarz, Erwin	nein
Spörri, Raphael	nein
Stofer, Peter	ja
Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Vonesch, Andreas	nein
Wendelspiess, Ursula	ja
Zellweger, Martin	nein
Bienz, Viktor	nein
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	nein
Camenisch, Räto	nein
Ercolani, Enrico	ja
Fluder, Hans	nein
Frauenknecht, Marco	nein
Gisler, Kurt	nein
Gomer-Beacco, Bettina	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	nein
Lammer, Thomas	nein

7. Postulat Kobi: Stoppt das gesundheitsschädigende Glyphosat in Krienser Wohngebiet

Nr. 222/19

Gemäss Roger Erni ist der Stadtrat für die Überweisung dieses Postulats. Er fragt den Einwohnerrat, ob jemand opponiert.

Erwin Schwarz opponiert.

Viktor Bienz geht in den Ausstand.

Tomas Kobi dankt dem Stadtrat, dass er dieses Anliegen ernst nimmt und der Überweisung des Postulats zustimmt. Seine Interpellation Nr. 116/2018 hat anlässlich der Einwohnerratssitzung vom 13. Dezember 2018 gezeigt, dass hinsichtlich des Einsatzes und Versprühens von Glyphosat entsprechende Bedenken vorhanden sind. Glyphosat ist ein sogenanntes Total-Herbizid, es wirkt auf alle grünen Pflanzen. Der Wirkstoff blockiert ein Enzym, das Pflanzen zur Herstellung lebenswichtiger Aminosäuren brauchen, das aber auch in Pilzen und Mikroorganismen vorkommt. Wo Glyphosat ausgebracht wird, wächst kein Gras mehr und auch kein Kraut. Aus Gründen des Schutzes der Umwelt, der Biodiversität und der Gesundheit der Menschen ist es daher dringend geboten, auf den Einsatz von Glyphosat zu verzichten. Österreich hat als erstes Land in der EU den Einsatz des umstrittenen Unkrautvernichters Glyphosat verboten. Eine Mehrheit im Nationalrat stimmte im Juli 2019 einem entsprechenden Antrag zu. Auch Bayer sucht eine Alternative zu Glyphosat und will 5 Milliarden Euro investieren. Dies konnte man im Tagesanzeiger vom 15. Juni 2019 lesen. Die SBB reagiert ebenfalls und will bis 2025 auf den Einsatz von Glyphosat verzichten, gemäss Tagesanzeiger vom 27. Juni 2019. Die SBB reagiert mit der Glyphosat-Alternative auf den zunehmenden politischen Druck gegen das umstrittene Unkrautmittel. Die Bundesbahnen gehen nun voran, bevor sie allenfalls verfassungsmässig zum Verzicht auf Glyphosat gezwungen wird. Frankreich verkündete vor zwei Jahren Glyphosat ab 2021 zu verbieten. Es ist nun ein Gebot der Stunde, dass der Stadtrat handeln will und nicht einfach zuschaut, wie mitten im Siedlungsgebiet, unmittelbar neben dem biologischen Rebberg, auf den so viele Krienserinnen und Krienser stolz sind und gerade angrenzend an eine grosse Schulanlage, weiterhin massiv Glyphosat versprüht wird. Der Stadtrat zeigt mit der Überweisung dieses Postulats, dass er gewillt ist etwas zu tun, zum Schutze von Mensch, Um- und Mitwelt. Er hofft, dass mit der Überweisung seines

Postulats der erste Schritt in diese Richtung getan werden kann. Er bittet deshalb ebenfalls dieses Postulat zu überweisen.

Judith Mathis-Wicki, CVP/JCVP-Fraktion, ist überrascht, dass Tomas Kobi aufgestanden ist, weil das Postulat ja vom Stadtrat entgegengenommen wird. Sie freut sich sehr und dankt dem Stadtrat, dass er dieses wichtige Anliegen entgegennimmt. In letzter Zeit gab es genügend Berichte in der Presse sowie Studien die zeigen, dass Glyphosat grossen Schaden anrichtet und Abbauprodukte langfristig in den Gewässern findet. Man weiss, dass dies verheerenden Schaden anrichtet. Die Sprechende möchte auch im Zusammenhang mit der Biodiversität hinweisen, dass dies darauf auch eine Auswirkung hat. Diese wird ganz stark eingeschränkt. Bereits 40 % der Insekten- und Vogelarten sind ausgestorben und noch weitere werden aussterben. Dies hat unter anderem mit dem Glyphosat zu tun. Judith Mathis-Wicki bittet sehr das Postulat zu überweisen. Die CVP/JCVP-Fraktion ist dafür.

Patrick Koch, SVP-Fraktion ist erstaunt und auch schockiert, dass er zu diesem Traktandum etwas sagen muss. Glyphosat im Siedlungsgebiet ist ein absolutes No-Go. Die SVP-Fraktion unterstützt deshalb das Postulat einstimmig. Der Agrarstaat Frankreich verbietet ab 2021 Glyphosat. Das soll man sich einmal vorstellen und die Schweiz hinkt wieder einmal hinten nach. Dies wird auch sicherlich seine Gründe haben. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass die gemeindeeigenen Pachtbetriebe eine Vorbildfunktion übernehmen sollen. Die Stadt soll da mehr Einfluss nehmen und ihre Strategie überdenken. Sind die stadt eigenen Landwirtschaftsbetriebe erst einmal auf Bio umgestellt, so werden auch keine potenziell gefährlichen chemisch-synthetischen Pestizide mehr eingesetzt.

Erwin Schwarz von der FDP-Fraktion ist schockiert, dass die anderen schockiert sind, bevor er überhaupt etwas gesagt hat. Die Opposition hat nun die Möglichkeit gegeben darüber zu sprechen. Tomas Kobi sagte, dass dies auf alle grünen Pflanzen wirkt. Judith Mathis-Wicki hat die Biodiversität angesprochen. Darauf kommt der Sprechende später noch zurück. Es gibt den Begriff «Bauernschläue» was suggeriert, dass Bauern schlau sind. Die meisten sind es auch. Viktor Bienz wird das bestätigen. Eigentlich müsste man dieses Postulat einfach durchwinken, der Stadtrat will ja einen Bericht erstatten. Selbstverständlich ist auch die FDP-Fraktion an diesem Bericht interessiert. Weil das Postulat aber irreführende Informationen enthält, opponiert die FDP-Fraktion. Das Bild auf der 2. Seite suggeriert, dass hier Glyphosat versprüht wird. Auch im Text auf Seite 2 steht *«dass der Stadtrat nicht einfach zuschauen soll, wie mitten im Siedlungsgebiet, unmittelbar neben dem biologischen Rebberg ... weiterhin massiv Glyphosat versprüht wird!»* Und nun ist man beim schlauen Bauern. Im gleichen Bild sieht man auf Grund der Grünen Pflanzen, dass auf diesem Feld bereits der Mais spriesst. Und nur ein dummer Bauer versprüht Glyphosat, wenn bereits der Mais spriesst. Denn der wäre am nächsten Tag braun und wertlos. Glyphosat wird gezielt gegen Unkraut und nicht gegen Pflanzen eingesetzt. Diese unwahren Aussagen haben seinen Idealismus angestachelt. Im Postulat Mathis Nr. 242/2019 „Biodiversität auf stadteigenen Grundstücken“ erwähnt der Stadtrat, vor Einreichung eines Vorstosses doch bitte beim zuständigen Departement Fachinformationen einzuholen. Erwin Schwarz hat sich darum bei der zuständigen kantonalen Stelle einmal informiert, welche landwirtschaftlichen Kulturgruppen, Kulturen, Flächen, Arten von landwirtschaftlichen Betrieben und auch Tierarten es in Kriens gibt. Stand letztes Jahr war: 429 Milchkühe in 17 Betrieben, 450 weibliche Rindviecher und 183 männliche Rindviecher. Aber es gibt z. B. auch 20 Enten und 6 Gänse. Diese Zahlen können praktisch bis zur Ameise nachgeschaut werden. Es gibt in Kriens 7.6 ha offene Ackerflächen und hört, 770 ha verschiedene Grünflächen. Bei Grünflächen kommt Glyphosat nicht zur Anwendung. Man kann also davon ausgehen, dass auf Grund der kleinen Fläche von offenen Ackerflächen in Kriens wenig bis gar keine Glyphosat zur Anwendung kommt. Das zeigt auch die sehr hohe Biodiversität in Kriens. Das sagt nicht der Sprechende, sondern die zuständige kantonale Stelle. Krienser Bauern sind mit einem Biodiversitätsanteil von weit über 20 % an der bewirtschafteten Fläche sehr ökologisch unterwegs. Denn verlangt wird ein Anteil von 7 %. Von den 29 Landwirtschaftsbetrieben in Kriens arbeiten zudem 9 Betriebe komplett biologisch. Das Thema Glyphosat ist in Kriens eigentlich gar kein Thema. Somit kann es sich bei diesem Postulat primär nicht um eine gesunde Umwelt handeln, sondern um die Wählergunst der

Grünen bei den nächsten Wahlen. Trotzdem hat die FDP-Fraktion für die Überweisung dieses Postulates eine Stimmfreigabe beschlossen.

Raphael Spörri, SP-Fraktion, ist nicht schockiert, sondern etwas sprachlos. Erwin Schwarz. hat Zahlen genannt und die FDP-Fraktion ist nicht gegen die Überweisung des Postulats. Da fragt er sich, was dies nun hätte sollen. Es ist ja gut aufzuzeigen, dass die Krienser Bauern so gut unterwegs sind. Das hindert aber nicht daran einen solchen Vorstoss zu unterstützen, für diejenigen, welche noch nicht so weit sind. Wenn schon Wahlkampf betrieben wird, dann ist es so. Es wird eng, aber Erwin Schwarz hat dies damit angekurbelt und den Links-Grünen Aufschwung gegeben, mit dem Hinweis, dass man in diese Richtung gehen muss.

Franco Faé fand es spannend eine erste Analyse zu hören. Er kann versichern, dass der Stadtrat dieses Thema ernst nimmt und intensiv mit der internen Fachstelle anschaut. Es betrifft ja das Finanzdepartement mit den Liegenschafts- und Pachtverträgen. Man wird aber auch mit der zuständigen Fachbehörde zusammenarbeiten. In anderen Bereichen ist man auf gleichem Weg unterwegs, dass man beispielsweise die korrekten Reinigungsmittel anschafft.

Abstimmung über die Überweisung des Postulats Kobi: Stoppt das gesundheitsschädigende Glyphosat in Krienser Wohngebiet (Nr. 222/19)

Das Postulat wird mit 25:0 Stimmen überwiesen.

Bienz, Viktor	n.t.
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Camenisch, Räto	ja
Ercolani, Enrico	ja
Fluder, Hans	ja
Frauenknecht, Marco	ja
Gisler, Kurt	ja
Gomer-Beacco, Bettina	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Niederberger, Raoul	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Portmann, Michael	ja
Portmann, Peter	ja
Rösch, Daniel	ja
Schwarz, Erwin	ja
Spörri, Raphael	ja
Stofer, Peter	ja
Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Vonesch, Andreas	ja
Wendelspiess, Ursula	ja
Zellweger, Martin	ja

8. Postulat Ercolani: Altes Bahnhöfli, Belebung Stadtplatz mit gastronomischem Angebot

Nr. 224/19

Gemäss Roger Erni ist der Stadtrat für die Überweisung dieses Postulats. Er fragt den Einwohnerrat, ob jemand opponiert.

Da nicht opponiert wird, gilt das Postulat als überwiesen.

9. Postulat Koch: Pestizid-Alternativen für die Stadt Kriens – unserer Gesundheit zuliebe!

Nr. 227/19

Gemäss Roger Erni ist der Stadtrat für die Überweisung dieses Postulats. Er fragt den Einwohnerrat, ob jemand opponiert.

Da nicht opponiert wird, gilt das Postulat als überwiesen.

10. Bericht Postulat Manoharan: Kunst im öffentlichen Raum

Nr. 166/18

Laut Roger Erni ist das Postulat im Kompetenzbereich des Stadtrates, weshalb es keine Abstimmung gibt.

Bettina Gomer-Beacco bedankt sich im Namen des Postulanten für die sehr ausführliche Antwort auf das Anliegen, die Kunst im öffentlichen Raum zu fördern. Ja, Kunst darf nicht verboten werden, genau so wenig wie verboten. Man spricht immer von Förderung. Förderung der Kunst auf öffentlichen Plätzen. In der Beantwortung wird aufgezeigt, wo in Kriens überall Kunst und Kultur zu finden ist und wie diese gefördert und vernetzt wird. Das ist wirklich absolut lobenswert und macht vor allem total Freude. In der Einleitung wird auf die Begriffe Kunst und Kultur eingegangen. Die Sprechende ist sehr damit einverstanden, dass Kunst in keinem Fall nur eine Skulptur auf einem Platz ist, genau dies wollte sie ja bei ihrem Votum zur Überweisung des Postulats auch aufzeigen. Und sie schätzt durchaus jede Form von Brauchtum, findet man sie doch an vielen urchigen Anlässen in Kriens. Aber trotzdem ist nicht jeder kulturell geprägte und kreativ ausgefallene Anlass auch Kunst. Die Kunst ist ein Teil der Kultur aber nicht alles was Kultur ist, ist Kunst. Der Stammtisch ist ein Teil unserer Kultur, sie geht aber nicht so weit jeden Stammtisch als Kunst zu bezeichnen. Aber wie man weiss, über Kunst kann man sich streiten. Der SP-Fraktion ist es ein Anliegen der Kunst im öffentlichen Raum und am Bau Platz zu geben. Nur was ist denn Kunst am Bau? *„Die Kunst am Bau ist dauerhaft fest innen oder aussen mit dem Bauwerk verbunden oder befindet sich im Freiraum auf dem dazugehörigen Grundstück. Ausnahmsweise kann sich Kunst am Bau auch im öffentlichen Raum im Umfeld des betreffenden Bauwerks befinden. Insofern besteht eine gewisse Schnittmenge zur Kunst im öffentlichen Raum.“* Was ist öffentlicher Raum? *„Als öffentlicher Raum wird jene räumliche Konstellation bezeichnet, die aus einer öffentlichen Verkehrs- oder Grünfläche und den angrenzenden privaten oder öffentlichen Gebäuden gebildet wird.“* Für sie heisst dies, dass öffentlicher Raum zumindest tagsüber erreichbar sein muss. Also: Kunst am Bau hat etwas mit der Immobilie zu tun, denn sie ist immobil. Nicht zu verwechseln mit Bildern, die man aufhängt. Die sind mobil, wenn auch schön und bestimmt sehr kunstvoll, will heissen beweglich. Somit ist also Kunst im Stadthaus absolut lobenswert, aber eben Kunst im Bau nicht am Bau. Ein öffentlicher Raum ist frei zugänglich, zum Beispiel der Stadtplatz. Und im Weiteren stellt sich die Frage, ob eine Wandbemalung, also das Abzeichnen von einem bekannten Bild auf eine grössere Fläche, Kunst oder Fassadengestaltung ist. Die Sprechende hat mehrere Architekten gefragt und diese waren alle der gleichen Meinung: Fassadengestaltung. Natürlich kann Kunst durchaus an einer Hauswand entstehen, und hier hätte Kriens genug Material zur Verfügung. Aber es sollte schon einzigartig erschaffen sein und nicht kopiert. Kunst soll kommunikative Sinnvermittlung nach aussen sein. Oder anders gesagt muss Kunst einzigartig sein und mit einem in den Dialog treten. Ein eingelassenes Gleis im Boden ist darum auch eher eine Aussenraumgestaltung. Kreativer erscheint ihr da der geplante Kulturweg. Inwieweit da Künstler mitwirken, weiss sie nicht, aber auf jeden Fall wird so der breiten Bevölkerung in einem freizugänglichen Aussenraum Kunst vermittelt. Man soll sie nicht falsch verstehen. Es wird sehr viel wertvolles Engagement betrieben. Unsere Volkstheater leben, Kriens hat viele Vereine und unsere Traditionen werden geschätzt. Es wird gewirkt und vernetzt. Kriens und ihre Kul-

turkommission gibt sich trotz des mageren Budgets die grösste Mühe und vieles das aufgezeigt wurde, ist genau im Sinn des Postulanten. Das Schappe Kulturquadrat mit dem Projekt «Sbinnen» ist absolut Kunst am Bau sowie auf privater Investorenbasis der holographische Regenbogen im Mattenhof. Der geplante Kulturtag in Kriens ist auf jeden Fall Kunst im öffentlichen Raum. Und genau um solche Sachen geht es. Gerne mehr von dem. Nicht verordnet, aber doch eingeplant. Nicht Investoren aufbrummt, aber nett von der Wichtigkeit überzeugt. Nicht darauf wartend, sondern gefördert.

Die CVP/JCVP-Fraktion bedankt sich laut Ursula Wendelspiess beim Postulanten für sein Postulat und dem Stadtrat für die ausführliche Beantwortung. Der Bericht zeigt auf, dass Kriens sich bereits aktiv um Kunst im öffentlichen Raum bemüht. Auch sie findet es wichtig und gut, wenn dies gefördert wird und so Kunst für alle Menschen besser und einfach zugänglich gemacht werden kann. Zurzeit ist die aktive Förderung seitens der Stadt mangels Ressourcen eingeschränkt und sollte auch nicht 1. Priorität haben. Ergeben sich aber in Zukunft vielleicht auch kostengünstige Möglichkeiten, sollten diese umgesetzt werden können, damit die Stadt Kriens diesbezüglich auf dem Laufenden bleibt und attraktiv für Kulturschaffende ist.

Martin Zellweger bedankt sich im Namen der SVP-Fraktion für die umfassenden Ausführungen des Stadtrats zum Thema Kunst im öffentlichen Raum. Der Stadtrat öffnet dabei die Thematik von der Begrifflichkeit „Kunst am Bau“ und „Kunst im öffentlichen Raum“ einer gesamtheitlicheren Betrachtung von Kunst und Kultur. Bettina Gomer-Beacco hat ja umfassend versucht den Begriff der Kunst zu definieren. Der Bericht zeigt eindrücklich die Vielfältigkeit der Thematik und in welcher Breite sich die Stadt Kriens für die Kunst, Kultur aber auch Brauchtum engagiert. Die Gürtel müssen zwar im Moment in vielen Bereichen finanziell enger geschnallt werden. Die SVP-Fraktion sieht aber auch, dass beispielsweise mit dem Schappe Kulturquadrat oder dem Unterwerk Fenkern massiv in Infrastruktur für Kultur und Kunst investiert wurde. Somit kann man jetzt sicher nicht von einem diesbezüglichen Sparkurs sprechen. Eher wurden mit den konzentrierten Bautätigkeiten der Stadt Mittel vorinvestiert, die halt nicht mehr einfach so andernorts zur Verfügung stehen. Bei der Sensibilisierung privater Investoren nimmt die Stadt sicher ebenso eine wichtige Rolle ein und da soll sie auch etwas bewegen. Die SVP-Fraktion erachtet das Engagement der Stadt zum Thema als passend und bedankt sich für den Bericht.

Die FDP-Fraktion dankt gemäss Beat Tanner dem Stadtrat für die Beantwortung des Postulats. Bei gemeindeeigenen Bauprojekten sind ja und werden auch weiterhin Kunst am Bau realisiert. Sie findet es auch richtig, dass kein standardisierter Fixbetrag für Kunst am Bau pro Bauobjekt aufgenommen wird. Auch der Abgleich mit der Kulturkommission macht durchaus Sinn. Im Moment ist aber eine Zurückhaltung bei Kunstkauf angesagt, bis die Finanzen wieder in Ordnung sind.

Gemäss Raoul Niederberger dankt die Grüne/GLP-Fraktion dem Postulanten an dieser Stelle noch einmal für seinen Vorstoss, auch wenn er in der Zwischenzeit von seinem Amt als Einwohnerrat zurückgetreten ist. Er verlangte vom Stadtrat in einem Bericht aufzuzeigen, wie Kunst im öffentlichen Raum und Kunst am Bau gefördert und umgesetzt werden kann. Der Bericht zeigt schön auf, wo und wie Kunst im öffentlichen Raum bzw. am Bau in Kriens bisher umgesetzt wurde. Daneben wird der Begriff «Kunst» umschrieben und schliesslich wird generell gezeigt, wie Kunst in Kriens gelebt wird. Was aber fast gänzlich fehlt sind Ausführungen zu den eigentlichen Kernanliegen des Postulanten: Förderung und Umsetzung von Kunst im öffentlichen Raum bzw. am Bau. Es wird einzig der Kultur- und Industrieweg als geplantes Projekt aufgezeigt. Für die Grüne/GLP-Fraktion ist das deutlich zu wenig. Es fehlt an einer Vision, an einem Ziel, auf welches in diesem Bereich hingearbeitet werden soll. Damit feststeht, ob ein Förderungsbedarf da ist, was ihres Erachtens unbestritten ist. Aufgrund der vorgenommenen Bestandesanalyse müssten in einem zweiten Schritt Handlungs-/Problemfelder definiert werden, welche der Umsetzung der Vision im Wege stehen. Darauf müsste dann ein Massnahmenkatalog aufgebaut werden. So hätte man eine Strategie zur Förderung und Umsetzung von Kunst im öffentlichen Raum bzw. am Bau. Der Grünen/GLP-Fraktion ist klar, dass die Umsetzung solcher

Massnahmen nicht ohne Kostenfolge möglich und die Prioritäten an anderen Orten liegen. Dies ist für sie indes kein Argument, keine ausgereifte Strategie auszuarbeiten.

Judith Luthiger-Senn dankt allen Fraktionen für die positiven Rückmeldungen zu Kunst und Kultur. Es wurde gesagt, dass der Stadtrat auf dem richtigen Weg ist und schon vieles richtig gemacht wird. Es wurde auch erkannt, dass mangels Finanzen der Gürtel diesbezüglich eng geschnallt ist. Von der Grüne/GLP-Fraktion kam ein Input. Da kann die Sprechende beruhigen, denn der Stadtrat hat nicht keine Strategie. Vielleicht ist das nicht sichtbar. Der Einwohnerrat soll sich an das Kulturleitbild erinnern, welche er auch besprochen hat. Es wurde auch erwähnt, dass der Kulturkommission ein Auftrag erteilt wurde. Diese hat dem Stadtrat bereits einmal einen Vorschlag gemacht, wie Kunst am Bau gezielter gefördert werden kann. Der Stadtrat hat sich vor einer gewissen Zeit damit befasst und mangels Finanzen wurde dies nicht als oberdringliche Pendeuz angeschaut. Die Ressourcen wurden auf wichtigere Sachen gesetzt. Selbstverständlich ist eine Vision vorhanden. Diese ist, dass vielleicht auch etwas auf dem Stadtplatz stehen würde. Im Kulturquadrat wurde der Kamin umgesetzt. Es sollen auch alle Investoren etwas machen, die ein neues Areal entwickeln. Im Bericht wurde aufgezeigt, dass bereits sehr viele Investoren, gerade im Raum LuzernSüd, schon viel gemacht haben. Die Sprechende denkt dabei an die Zünd-Bilder oder die Umsetzung des Mattenplatzes. Man ist auf gutem Weg und mit den wenigen Finanzen wird versucht das Grösstmögliche herauszuholen.

Nachdem der Gegenstand des Postulats im Kompetenzbereich des Stadtrates liegt, gilt es mit diesem Bericht als erledigt.

11. Bericht Postulat Lammer: Gefährliche Verkehrswege entlang Gebäude Luzernerstr. 4

Nr. 169/18

Laut Roger Erni ist das Postulat im Kompetenzbereich des Stadtrates, weshalb es keine Abstimmung gibt.

Gemäss Thomas Lammer hat am 28. März 2019 die Mehrheit des Einwohnerrates dieses Postulat überwiesen und damit wohl auch die Einschätzung geteilt, dass die Verkehrssituation an dieser Stelle gefährlich ist. Leute, welche das Postulat abgelehnt haben, erachten die Verkehrslage wahrscheinlich auch als gefährlich. Im Vorgang hat sich der Sprechende lange überlegt, wo er ansetzen soll. Ist dies bei den Geschäften, den Velofahrer oder den Fussgänger. Er hat sich dann für diejenigen entschieden, welche an dieser Stelle am gefährlichsten sind, nämlich die Velofahrer. Deshalb hat er angeregt diese allenfalls umzuleiten. Laut Antwort ist etwas Sinnvolles geplant. Eine Umleitung über die Quellenstrasse wäre wahrscheinlich nicht realistisch gewesen. Die Gründe dazu sind im Bericht ausführlich dargelegt. Der Sprechende hofft, dass dies relativ schnell realisiert werden kann. In der Antwort hat es für den Sprechende ein paar heikle Punkte. Am Schluss wird die positive Haltung des Stadtrates gegenüber dem Gewerbe hervorgehoben. Das ist grundsätzlich lobenswert, aber sie sollte nicht zu Lasten der Sicherheit gehen. Thomas Lammer hat bereits schon bei der Begründung zum Postulat hingewiesen, wenn etwas passiert, muss der Stadtrat durchaus damit rechnen, dass er zur Verantwortung gezogen wird. Die Verkehrssituation wurde einerseits vom rawi beurteilt und auch von der Staatsanwaltschaft. Dieses Verfahren wurde zwar eingestellt mit der Begründung: Gleichbehandlung auf Unrecht. Offensichtlich kann man dies auch machen. Er findet es heikel, wenn Gesetze zu Mindestabständen Regulierungen vorschreiben und man sich nicht daran hält. Hier muss man schon eine Änderung ins Auge fassen. Eine Kleine hat man bereits gemacht, indem die einen Gestelle zurückversetzt und kleiner gemacht wurden. Dies hat eine gewisse Verbesserung gebracht. Der Platz ist aber immer noch sehr beschränkt. Das kann nicht der Weisheit letzter Schluss sein. Das muss man sicher gut im Auge behalten.

Anita Burkhardt-Künzler, CVP/JCVP-Fraktion, meint, dass Thomas Lammer zwar erkannt hat, dass der Radweg auf dem Trottoir entlang des Gebäudes der Luzernerstrasse 4, sicherlich alles andere als die optimale Koexistenz von Fussgängern, Velofahrern und Auslagen der ansässigen Geschäfte ermöglicht. Der Bericht des Stadtrates zeigt jedoch klar auf, dass eine Verlegung der Veloroute zwischen dem Dorfplatz und der Fenkernstrasse, über die Quellenstrasse, wenig zielführend, ja sogar gefährlich für den Langsamverkehr wäre. Überdies ist die Quellenstrasse eine Privatstrasse und die Grundeigentümer dürften kaum freiwillig einer Parkplatz Reduktion zustimmen, zu Gunsten einer Radweg-Signalisation. Ferner widerspricht die angedachte Verlegung ganz klar dem GVKK, welcher den Fuss- und Veloverkehr optimieren und attraktiver gestalten will, und nicht verschieben oder gar durch eine verlängerte Streckenführung abwerten mag. Mit der 2020 vorgesehenen Testplanung entlang der Luzernerstrasse, in Zusammenarbeit mit den Dienststellen Verkehr und Infrastruktur (vif), sowie Raum- und Wirtschaft (rawi), wird unter anderem exakt derjenige Strassenabschnitt überprüft, welcher Gegenstand dieses Postulates ist. Die CVP/JCVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für seinen Bericht und ist bereits jetzt gespannt auf die Ergebnisse der Fr. 300'000.00 teuren Testplanung. Vielleicht erschliesst sich dadurch die Lösung des Krienser Verkehrsproblems im Sinne des «Ei des Kolumbus».

Laut Patrick Koch, SVP-Fraktion, hat der Stadtrat absolut logisch geantwortet. Jeder Velofahrer möchte möglichst rasch am Ziel sein. Eine Umfahrung würde nicht gebilligt werden. Auch Velofahrer denken nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch. Die jetzige Situation mit einer separaten Velospur mit Niveauunterschied zur Luzernerstrasse ist viel sicherer als eine Velospur im Mischverkehr mit Autos. Die jetzige Situation hat sich bewährt und sollte nicht angepasst werden. Die Situation mit den Ladenbesitzern hat sich zudem verbessert. Die SVP-Fraktion sieht keinen weiteren Handlungsbedarf, ob Tempo 30 oder 50 auf der Luzernerstrasse. Ein separat geführter Veloweg ist sicher immer sicherer.

Für Cla Büchi, SP-Fraktion, legt der Stadtrat plausibel dar, dass die Führung des Veloweges über die Quellenstrasse keine zufriedenstellende Lösung darstellt. Es ist aber auch dem Postulanten Recht zu geben, wenn er auf die enge und prekäre Situation bei der Luzernerstrasse 4 hinweist. Leider gibt es in Kriens einige solch unbefriedigender Streckenabschnitte, bei denen ausgerechnet die schwächsten Verkehrsteilnehmer, nämlich die Fussgänger und Velofahrer gefährlichen Situationen ausgesetzt sind. Das sind beispielsweise die Gallusstrasse oder Gemeindehausstrasse, um zwei ganz in der Nähe liegende Situationen zu nennen. Positiv ist die im Bericht erwähnte Testplanung und baldige Umsetzung zwischen Hofmatt und Busschleife zu werten, die hoffentlich eine Verbesserung der Situation mit sich bringt. Bis dahin bleibt leider nur an die Vernunft, Rücksichtnahme und Toleranz aller Beteiligten zu appellieren. Schade wäre aber, wenn den Gewerbetreibenden untersagt würde, ihre Waren vor den Geschäften anzubieten, denn wie der Postulant richtig bemerkt, trägt das zur Belebung des Zentrums bei.

Gemäss Raoul Niederberger, Grüne/GLP-Fraktion bestätigt der Bericht zum Postulat Lammer, was die Grüne/GLP-Fraktion bereits bei der Begründung zum Postulat gesagt hat: Eine Verkehrsführung des Veloverkehrs über die Quellenstrasse würde nicht zu einer sichereren Verbindung für die Velofahrerenden führen, sondern zu einer gefährlicheren. Zudem geht sie mit dem Stadtrat überein, dass es wohl mehr als zweifelhaft wäre, dass die Bevölkerung die neue Verkehrsführung akzeptieren würde. In diesem Sinne begrüsst die Grüne/GLP-Fraktion den Entscheid des Stadtrats, den Veloweg vorerst nicht zu verschieben. Sie ist aber sehr gespannt auf die für das Jahr 2020 angesetzte Testplanung entlang der Kantonsstrasse im Zentrum von Kriens. Daneben musste die Grüne/GLP-Fraktion mit Schrecken feststellen, dass sich die Stadt Kriens scheinbar ihrer Kontrollfunktion nicht bewusst ist. Die Kontrolle von Mindestabständen zur Kantonsstrasse wurde scheinbar nie vorgenommen. Erst nach Tätigwerden der Staatsanwaltschaft und nach Zustellung des im Bericht erwähnten Entscheids der Staatsanwaltschaft, stellt man scheinbar die fehlenden Kontrollen fest. Dies hat der Postulant auch schon erwähnt. Hier erwartet die Grüne/GLP-Fraktion, dass sich die Stadt Kriens in Zukunft ihrer Kontrollfunktionen klarer bewusst ist und solche Aufgaben nicht einfach «vergessen» gehen. Die Grüne/GLP-Fraktion kann die geplante Handhabung mit den Auslagen an der Kantonsstrasse verstehen. Es sei an dieser

Stelle aber noch gesagt, dass der Stadtrat darum bemüht ist, hier trotzdem für gleich lange Spiesse zu sorgen und ein «massvolles» Ausmass an Auslagen sicherstellt.

Ob man gemäss Matthias Senn mit der Testplanung, welche für Kriens Fr. 300'000.00 kostet, das Ei des Kolumbus findet, bleibt offen. Es werden sicher gute und interessante Varianten vorgesetzt und dies nicht nur zur Radwegführung sondern zu allen Fragen, die im Zentrum geklärt werden sollen. Erst kürzlich fand mit der Dienststelle eine Sitzung statt. Nächstes Jahr sollte die Testplanung starten. Bezüglich der Strassenabstände geht es nicht um fehlende Kontrollen, sondern um die Fragen, in welcher Art diese durchgesetzt werden. Das Strassengesetz definiert den Strassenabstand von 6 m zur Kantonsstrasse, 5 m zur Gemeindestrasse und 4 m zur Privatstrasse. Hier geht es schlussendlich nicht um feste Bauten, welche nachträglich bewilligt werden müssen, sondern um Geschäftsauslagen. Wenn man dies konsequent durchsetzen möchte, stellt kein Geschäft etwas vor den Laden. Da stellt sich die Frage, ob man dies so möchte. Der Stadtrat war der Meinung, dass zu einem lebendigen Zentrum gewisse Geschäftsauslagen gehören. Das wird sicherlich nicht baurechtlich durchgesetzt, dass dies nicht mehr erlaubt ist. Es ist auch nicht gesagt, ob dies wirklich baubewilligungsfähig wäre. Irgendwo ist das nicht verhältnismässig, wenn für Ständer Baubewilligungsverfahren durchgeführt werden.

Nachdem der Gegenstand des Postulats im Kompetenzbereich des Stadtrats liegt, gilt es mit diesem Bericht als erledigt.

12. Bericht Postulat Camenisch: Verbesserung der Sicherheit auf Fussgängerstreifen Nr. 175/19

Laut Roger Erni ist das Postulat im Kompetenzbereich des Stadtrates, weshalb es keine Abstimmung gibt.

Räto Camenisch dankt dem Stadtrat für die ausführliche Beantwortung und vor allem auch für die Bereitschaft sich nochmals in dieses Thema hinein zu knien, nachdem er offenbar bereits 2016 die ähnliche Problematik behandelt hat. Es zeigt sich, dass in der Stadt Kriens ein erheblicher Bedarf besteht die Fussgängerstreifen zu sichern. Das kostet natürlich viel Geld und der Stadtrat hat aufgezeigt, dass er dies je nach Wichtigkeit in Tranchen einplant. Das macht natürlich auch Sinn und ist ganz im Sinne des Sprechenden. Es muss das Ziel verfolgt werden, aber man soll keine Übung starten, welche viel kostet und alles durcheinanderbringt. Das Problem besteht noch mit Tempo 30, wo vorgesehen ist die Fussgängerstreifen aufzuheben. Es gibt aber auch Ausnahmestimmungen wie beispielsweise vor Schulen. Der Stadtrat sagt auch zu Recht, dass nicht Fussgängerstreifen saniert werden, welche mit Tempo 30 wegfallen. Man wird noch sehen, was alles Tempo 30 wird.

Die CVP/JCVP-Fraktion dankt laut Viktor Bienz dem Stadtrat für den Bericht zum Postulat. Das Überprüfen von Gefahrenzonen auf Fussgängerstreifen ist aus ihrer Sicht ein Dauerauftrag vom Stadtrat. Unfallschwerpunkte sollten erfasst und bearbeitet werden. Einfache Mittel müssen eingesetzt werden, wie zum Beispiel Beleuchtung, Signalisation usw., um die Übergänge sicherer zu machen, wo es nötig ist. Die CVP/JCVP-Fraktion erwartet, dass der Stadtrat das Thema ernst nimmt und die nötigen Finanzen dafür bereitstellt.

Die FDP-Fraktion begrüsst gemäss Beat Tanner Fussgängerinnen- und Fussgängerinseln. Diese erhöhen die Sicherheit vorwiegend für Kinder und ältere Menschen. Wichtig ist für sie, dass die Kosten bei kantonalen Strassen auch vollständig vom Kanton bezahlt werden. Schwierig ist, dass bei Tempo 30 nicht immer Zebrastreifen angebracht sind. Für die Verkehrserziehung von Kindern ist es immer

wieder schwierig, da sie lernen nur bei Zebrastreifen über die Strasse zu gehen. Es gibt immer wieder Situationen, wo die Kinder unsicher sind. Wie ist dies überhaupt geregelt?

Für Cla Büchi, SP-Fraktion, ist das Anliegen des Postulanten berechtigt und in Anbetracht des tödlichen Unfalls wichtig. Jeder Todesfall im Verkehr ist einer zu viel. Es ist alles Mögliche zu unternehmen, um solche zu verhindern. Dass das mit erheblichen Kosten verbunden ist, zeigt der Stadtrat in seinem Bericht auf. Bei der Abwägung, ob Fussgängerstreifen aufgehoben werden sollen, muss der Sicherheitsaspekt prioritäre Bedeutung haben und nicht etwa der finanzielle Aspekt. Das Beispiel zeigt exemplarisch auf, was für Kosten Kriens aus alltäglichen, aber wichtigen Problematiken erwachsen, die man sich bei einem allzu engen Finanzbudget eigentlich gar nicht leisten kann. Und doch müssen sie irgendwie finanziert werden, was zwangsläufig bei anderen Ausgaben zu Einsparungen führt. Ein Teufelskreis, der zur unschönen Situation führt, dass verschiedene, gleichermassen notwendige Ausgaben und Leistungen gegeneinander ausgespielt werden.

Erich Tschümperlin dankt im Namen der Grüne/GLP-Fraktion dem Postulanten für den Vorstoss. Es ist ein sehr wichtiges Anliegen. Fussgängerstreifen sind etwas Gefährliches. Ihr ist wichtig, dass diese Normgerecht und sicher sind. Die Grüne/GLP-Fraktion findet es gut, dass dieser Vorstoss gemacht wurde. Er hat den Eindruck, dass es regelmässig einen solchen Vorstoss braucht, einfach damit sich der Einwohnerrat bewusst ist, wie es um den Stand dieser Umsetzung steht. So kann allenfalls mit einer Motion verlangt werden, dass mit der Sanierung schneller vorwärts gemacht wird. Sie dankt dem Stadtrat für den Bericht. Die Investitionsplanung hat eine gewisse Priorität und es gibt Sachen, welche sicher umgesetzt werden müssen.

Matthias Senn hängt gerade bei Erich Tschümperlin an. Es gibt Vorstösse, welche der Stadtrat als Beschäftigungstherapie empfindet, aber es gibt auch Vorstösse, welche wirklich wichtig und gut sind. So muss der Stadtrat über dieses Thema nachdenken und innerhalb des Departements die Strategie besprechen. Dieser Vorstoss gehört sicher zu der zweiten Kategorie, welche gut tun. Das ist wirklich ein wichtiges Anliegen, wo die Stadt die Verantwortung wahrnehmen soll und muss. Der Unfall passierte auf einer Kantonsstrasse. Der Stadtrat hofft, dass dies auch der Kanton wahrnimmt, weil es zermürend ist, wie langsam es mit der K4 Obernauerstrasse vorwärts geht. Vor etwa 10 Jahren wurde das erste Mal im Einwohnerrat berichtet, dass dieses Projekt nun kommt. Der Sprechende ist der Meinung, dass die gefährlichsten Fussgängerstreifen auf der Obernauerstrasse sind. Darum wäre es schön, wenn das Projekt K4 im 2021 gestartet werden kann, wie es als letzter Termin versprochen wurde. Tempo-30-Zone ist auch schon eine ältere Diskussion, seitdem der Bundesrat die Verordnung eingeführt hat, dass man bei Tempo-30-Zonen keine Fussgängerstreifen machen darf, ausser vor Schulanlagen oder Pflegeheimen. Es ist nach wie vor so, dass sich nicht alle Gemeinden und Städte konsequent daran halten. Insgesamt hat der Sprechende das Gefühl, dass sich dies an den meisten Orten bewährt hat.

Thomas Lammer hat noch ein kurzes Rückkommen. Es wurde gefragt, wer in der 30er Zone Vortritt hat. Hat derjenige auf der Strasse oder derjenige der die Strasse überqueren möchte Vortritt?

Marco Frauenknecht führt aus, wenn keine Signalisation vorhanden ist, gilt Rechtsvortritt. Wo kein Fussgängerstreifen ist, hat auch kein Fussgänger Vortritt. Der Sprechende kennt die Thematik, da ein Teil des Projektes Obernauerstrasse auf seinem Pult liegt. Der richtige Fussgängerstreifen am richtigen Ort ist wichtig und richtig für die Sicherheit von allen. Man spricht nicht nur von denen, welche den Fussgängerstreifen benutzen, sondern auch von denen, die auf der Strasse fahren. Jetzt kommt das grosse Aber. Ein Fussgängerstreifen zu entfernen ist zur heutigen Lage genau gleich sicher, wenn zum Teil bei gewissen Strassen nicht sogar sicherer. Wer dazu Informationen oder Videos sehen möchte, kann über den Stadtrat beim vif einen Antrag zur Einsichtnahme stellen. Eine Querungshilfe

für Fussgänger ohne Fussgängerstreifen ist sicherer. Das kann der Sprechende nicht nur mit einem Video beweisen.

Nachdem der Gegenstand des Postulats im Kompetenzbereich des Stadtrats liegt, gilt es mit diesem Bericht als erledigt.

13. Bericht dringliches Postulat Portmann: Innovative Quartier- und Stadtentwicklung Nr. 218/19

Laut Roger Erni ist das Postulat im Kompetenzbereich des Stadtrates, weshalb es keine Abstimmung gibt.

Michael Portmann fragt, ob es «Chancen und Risiken» oder «Risiken und Chancen» heissen soll. Nur schon die Reihenfolge könnte als Hinweis gedeutet werden, dass das eine oder andere betont werden möchte. So hat er Ende August beim Verfassen des dringlichen Postulats vor allem die Chancen gesehen. Einerseits definiert die Stadt Kriens einen wichtigen Bereich in der Quartier- und Stadtentwicklung, selbstverständlich selbst gewählt und zu Kriens passend, so, dass er für Auswärtige klar fassbar wird. Andererseits eröffnet man sich die Möglichkeit von einer Anschubfinanzierung sowie einer erfahrenen und fundierten Beratung zu profitieren. Eine Win-Win-Situation, welche damals Verdankenswerter Weise auch von allen unterstützt wurde. Das Risiko besteht nun im Nachhinein betrachtet darin, dass Kriens trotz viel Einsatz für die Eingabe im Wettbewerb unberücksichtigt bleibt. Trotz diesem Risiko möchte Michael Portmann dem Stadtrat danken, dass er die Initiative ergriffen hat und die Chance so gepackt hat, dass Kriens sich bis gestern mit dem Risiko auseinandersetzen durfte. Offenbar ist gestern eine Liste von unterstützten Projekten beim Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) erschienen, worauf das Krienser Projekt nicht drauf ist und Kriens also «gescheitert» ist. Trotzdem ist für den Sprechenden die Reihenfolge völlig klar. Es heisst «Chancen und Risiken». Ohne Chancen zu packen, wird man dem Risiko gar nie begegnen, was im Sinne von Innovation im Gesamtbetrieb einer Stadt sehr, sehr schade wäre. Deshalb freut er sich, dass der Stadtrat zugepackt hat. Gleichzeitig fragt sich Michael Portmann, was ein Innovationspool in der Stadtverwaltung bewirken würde. Würden dann solche Chancen auch ohne Vorstösse aus dem Stadtparlament erkannt? Würden wichtige Prozessverbesserungen dazu führen, dass man immer besser auf die zukünftigen Entwicklungen in der Gesellschaft vorbereitet ist? Er ist klar der Meinung, dass das eintreffen würde. Schliesslich ist es an vielen Stellen auch bereits jetzt deutlich sichtbar, was Innovation und gute Organisation bewirken können. Allen voran stellt er die KIG, das Museum im Bellpark und den Spielplatz Langmatt, welche für ihn typische «wöschächti» Krienser Lösungen darstellen und Kriens zu einem einzigartigen Ort machen, einer selbstbewussten Stadt. Freiwillig und bewusst gewählte, innovative Lösungen mit grosser Wirkung, das ist ein gutes Ziel. Damit Kriens eine selbstbewusste, eigenständige, verantwortungsvolle und lebenswerte Stadt bleibt.

Die CVP/JCVP-Fraktion dankt laut Andreas Vonesch dem Postulanten für die Einreichung seines dringlichen Postulats und dem Stadtrat, dass er fristgerecht den Projektantrag eingereicht hat. Der gewählte Themenschwerpunkt «Siedlungen, die kurze Wege, Bewegung und Begegnungen fördern» passt aus Sicht der CVP/JCVP-Fraktion gut zu den Entwicklungsgebieten im Gebiet Mattenhof/Schweighof, der Entwicklung des Bell-Areals, aber auch generell zur Frage, welche Anforderungen lebendiges Quartierleben ermöglichen. Auch die drei im Projektantrag definierten Aspekte zielen aus ihrer Sicht auf eine für Kriens wichtige Frage: Nämlich, wie kann man die für unsere Stadt wichtigen Stadtteile in ihrer Entwicklung stärken, damit die Menschen in ihrem Quartier gerne leben und sich damit identifizieren. Auch wenn der Entscheid des Bundesamtes für Raumentwicklung nun negativ ausgefallen ist, ein Mehrwert besteht trotzdem darin, dass mit der Vorarbeit ein mögliches Vorgehenskonzept vorliegt.

Peter Portmann, SVP-Fraktion, führt aus, dass Siedlung Verkehr erzeugt, was auch der Stadtrat weiss. Aber den Mehrverkehr hätte er am liebsten nur auf dem ÖV oder beim Langsamverkehr. So werden übergeordnete Strassen, auf dem der Autoverkehr rollt, ausgebremst. Daneben sind Quartierstrassen mit guter Anbindung an den Bus. Da schauen vor allem die Krienser Wirtschaft und das Gewerbe genau hin. Tatsache ist, dass der Wunsch besteht, dass alle Verkehrsteilnehmer angemessen berücksichtigt werden. Fact ist auch, dass die Mobilität als Motor von Wirtschaft und Handel gilt und auch als Wohlstandsgarantin. Die Verkehrsinfrastruktur ist deshalb nicht nur ein Erfolgsfaktor und Standortvorteil, sondern auch eine Visitenkarte unserer Region. Permanente Überlastungssituationen sind ein Armutszeugnis für Kriens. Das Krienser Projekt «Zukunft, leben, Kriens-Lebensraum im Quartier gestalten» in alle Ehren, aber die momentane Verkehrsproblematik wird wieder einmal mehr vergessen.

Auch die FDP-Fraktion dankt laut Daniel Rösch dem Stadtrat für den Bericht und für die Eingabe des Projektantrages beim Bundesamt für Raumentwicklung. Sie hat das Anliegen des Postulats unterstützt, vor allem auch aus dem Grund, weil es für Kriens positiv gewesen wäre, wenn man die finanzielle Unterstützung des Bundes für das Projekt gehabt hätte. Wie der Sprechende aus dem Internet entnehmen konnte, hat das Bundesamt für Raumentwicklung gestern kommuniziert, welche Projekte es unterstützen will. Es ist schade, dass Kriens dafür nicht den Zuspruch bekommen hat. Ihn würde daher interessieren, wie es nun mit der angedachten Projektidee weitergeht? Darüber hinaus würde es die FDP-Fraktion auch interessieren, was mit den eingestellten Mitteln nun geschieht?

Auch die Grüne/GLP-Fraktion dankt laut Peter Stofer dem Stadtrat für die termingerechte Einreichung des Projektantrages "Zukunft.Leben.Kriens - Lebensraum im Quartier gestalten". Wie bereits gehört, hat es nicht geklappt. Die Analyse dazu wird wahrscheinlich noch folgen. Das Ganze war sicher nicht für die Katz, aber man kann sicherlich das Projekt noch schärfen und deutlich konkreter werden. Aus ihrer Sicht gibt es durchaus sehr konkrete Defizite, die im Rahmen einer Quartieranalyse angegangen werden können und auch sollten:

- Umgang mit dem öffentlichen Raum: Stadtplatz, Zentrumsentwicklung. Ein Dauerthema im Rat, wo eine Quartieranalyse ansetzen könnte.
- Entwicklungsgebiet LuzernSüd, Mattenhof: Was braucht es, dass diese hochverdichteten Quartiere zukünftig auch sozial funktionieren werden und sich nicht zu sozialen Brennpunkten, «Angst-Orte» entwickeln, wenn dereinst einmal der Nimbus des Neuen verfliegen ist? Wie kann eine genügende soziale Durchmischung erreicht werden?
- Wie soll die allseits geforderte Innenentwicklung und Verdichtung konkret angegangen werden? Das ist aus seiner Sicht bis heute weitgehend ungelöst.
- Pilatus Arena: Wie können Konflikte in der Nachbarschaft, Lärmklagen, Vandalismus etc. vorgebeugt werden?
- Welche neuen Handlungsspielräume ergibt die Umsetzung des GVKK in den Quartieren? Wie geht man mit Ideen, Konzepten, Schlagworten wie beispielsweise die «Stadt der kurzen Wege» in Kriens um?

Ihre Vision wäre: Kriens kennt die Stärken und Schwächen, seiner Quartiere und entwickelt sie aktiv weiter. Die periodischen Ortsplanungsrevisionen sind Teil dieser stetigen Entwicklung. In diesem Sinne sollte dieser Projektantrag geschärft und entschlackt, keinesfalls aber "schubladiert" werden.

Cyrril Wiget ist etwas verblüfft, dass bereits alle den negativen Bescheid im Internet gelesen haben. Selbstverständlich war es ein sehr guter Hinweis von Michael Portmann, dass der Betrag über einen Bundesbeitrag verdoppelt werden kann. Der Sprechende gibt zu, dass der Stadtrat darauf nicht selber gekommen wäre. In der Regel sieht er seine Chancen, aber die Möglichkeiten sind gross und es entgehen auch manchmal welche. Für den Stadtrat ist es positiv auf so etwas hingewiesen zu werden und es fällt ihm auch kein Zacken aus der Krone. Der Stadtrat hat alles gegeben. Es waren nur wenige Wochen, um diese Eingabe zu machen. Nun die negative Antwort dazu ist nicht schön. Es wurde gefragt, was nun damit passiert und woran es gelegen sein mag. Die Antwort des Bundes ist sehr dürftig. Man erwartete eine gut formulierte und fundierte Antragsgeschichte und sie haben die Begründung

verwendet, dass es halt einfach bessere gegeben hat. Man hat intern überlegt, woran es liegen könnte. Man geht davon aus, dass man einen Bereich erwisch hat, für den sehr viele Gemeinden einen Antrag eingegeben haben. Viele Gemeinden verfolgen diese Thematik. Umso besser aber wurde bereits ein kleiner Betrag in der Investitionsplanung eingesetzt. Der Stadtrat ist froh darum, weil diese Analyse ohnehin gemacht werden muss. Bis ins 2023 möchte man das Bau- und Zonenreglement revidieren und dafür ist eine Quartieranalyse vorausgesetzt. Diese Quartieranalyse wurde beim letzten Mal bereits ein stückweit gemacht. Man kann also auf Bewährtem aufbauen. Die Arbeit wird koordiniert, damit keine Doppelspurigkeiten passieren. Die Quartieranalyse muss auch gemacht werden, weil es eine Notwendigkeit ist. In gewissen Quartieren ist nicht mehr genug Leben drin. Das hat negative Einflüsse. Die Spirale bis zur Ghettoisierung ist bekannt. Man muss schauen wo man Chancen hat, um mit guten Infrastrukturen Quartierleben zu schaffen. Die Langmatt ist diesbezüglich ein positives Beispiel. Daniel Rösch fragte, wie es nun mit dem Antrag weiter geht. Dieser ist nicht für die Katz. Das Rezeptbuch, welches im Antrag zu Recht gestellt wurde, kann trotzdem verwendet werden. Dies ist der Fahrplan für das weitere Vorgehen. Schade ist, dass die eingesetzten Mittel genau dort nicht reichen, wo die Gemeinde eine Digitalisierung des Planungswesens machen müsste. Es gibt mittlerweile Systeme, womit die Gemeinden digital und dreidimensional gezeigt werden können. Damit kann man gut in der Quartierplanung arbeiten. Es gibt Gemeinden, welche dies bereits gemacht haben, aber diese sind kleiner. Cyrill Wiget's persönlicher Wunsch war, dass man sich mit dem Zustupf des Bundes die richtigen Werkzeuge beschaffen kann. Es ist schade, dass es nicht gereicht hat. Der Stadtrat lässt sich hier aber nicht unterkriegen und macht diese Arbeit, welche für die Entwicklung der Stadt Kriens wichtig ist.

Nachdem der Gegenstand des Postulats im Kompetenzbereich des Stadtrats liegt, gilt es mit diesem Bericht als erledigt.

14. Beantwortung Interpellation Spörri: Umsetzung Bericht „Verbesserung im Radroutennetz“ (B+A 075/2009) Nr. 209/19

Die schriftliche Antwort wurde via Extranet zugestellt.

Roger Erni fragt den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Raphael Spörri wünscht eine Diskussion.

Roger Erni stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Raphael Spörri dankt dem Stadtrat für die Beantwortung. Sie ist übersichtlich und geordnet dargestellt. Leider stellt sich bereits bei den ersten Beantwortungen aber Ernüchterung ein. Da ist die Rede von „möglichst nach...“ und „soweit als möglich...“. Das tönt für ihn auch ein bisschen nach Mutlosigkeit und Resignation. Und tatsächlich, wenn man bedenkt, dass seit Einreichung des „B+A Nr. 075/2009“ 10 Jahre vergangen sind, erscheinen einem die erreichten Ziele eher mager. Natürlich ist dem Sprechenden bewusst, dass gewisse Sachzwänge oder zeitliche Verschiebungen zu berechtigten Verzögerungen führen und es macht wohl wenig Sinn, wenn Radwege erstellt werden und man weiss, dass in Kürze wieder umgebaut werden muss. Doch verlangte der Vorstoss unter anderem auch aufzuzeigen, wo die schnellen und günstigen „quick wins“ liegen. Dazu aber später. Unter Punkt 3 listet der Stadtrat sauberlich aufgeführt und unterteilt in grün, orange und rot die erledigten, pendenten und noch offenen Punkte auf. Auffallend dabei ist, dass das Freigleis eine grosse Entspannung gebracht hat und schön aufzeigt, wie es eben gehen könnte. Leider sind beim Bericht aber Punkte auf grün, welche noch weiterbearbeitet werden müssen. Diese sind also falsch deklariert, wie der Punkt 6. Sicher hat es der Ringstrasse entlang ein durchgehendes Trottoir gegeben, aber die Sicherheit für Velofahrende und

Fussgänger ist bei der Querung der Ringstrasse noch weit entfernt. Ebenso ist unschwer ersichtlich, dass die Farbe Orange vorherrscht. Zum einen scheint demnach noch viel in Planung und zum andern konnten wohl einige Projekte nicht abgeschlossen werden und dies seit 10 Jahren. Das ist etwas bedenklich. Mit der Krienser Finanzstrategie wird sich für den Langsamverkehr und vor allem für Velofahrende in dieser Situation auch weiterhin kaum etwas bewegen. So bemerkt der Stadtrat bei der Frage 5 richtig, dass die Fussgänger und Velofahrer, wenn möglich baulich, getrennt werden sollten. Das hörte man ja soeben auch im Vorstoss von Thomas Lammer. Leider spricht da die Umsetzung eine andere Sprache, wie beispielsweise die Velounterführungen Brändi oder Mattenhof. Und gerade da wären einfache Alternativen schnell und günstig umsetzbar. Ein Beispiel dazu wäre die neu erstellte Unterführung in Horw, welche einen Spiegel hat, um die unübersichtlichen Stellen sicherer zu machen. Auf die Frage der SP einen solchen bei der Brändiunterführung zu installieren wurde dies vom Stadtrat abgelehnt. Oder am Mattenhofplatz sind auch heute noch nach der Fertigstellung die Veloweg-Markierungen sehr spärlich und widersprüchlich. Ein bisschen Farbe auf den Boden würde schon viel Minderung bringen. Diese zwei Beispiele zeigen auf, wie schnell und günstig eine Verbesserung herbeigeführt werden könnte. Abschliessend möchte Raphael Spörri aber doch loblich erwähnen, dass der Stadtrat sich bemüht, die dringend nötige Velo-Förderung voranzutreiben. Es sind viele Projekte geplant oder angedacht. Als Beispiel sollen dazu andere Städte dienen. Da kennt man im Norden von Europa ganz löbliche Sachen, ob das nun Kopenhagen oder andere grosse Städte sind. Dort wird nämlich nach dem Bedürfnis Ausschau gehalten und danach auch geplant. Also keine Umerziehung, die nicht klappen kann. Scheitern wird wohl aber einmal mehr alles an den Krienser Finanzen. Und somit ist man wieder bei der Finanzstrategie, die in dieser Form mehr lähmen als nutzen wird.

Wenn Judith Mathis-Wicki, CVP/JCVP-Fraktion, wie Matthias Senn eine Wertigkeit der Vorstösse vornimmt, dann liegt hier eine echte Trauerweide oder Perle vor. Sie dankt Raphael Spörri für die Interpellation mit den interessanten Fragen zur Förderung und Verbesserung des Radroutennetzes in Kriens. Wie schnell geht doch vergessen, was bereits vor 10 Jahren in einem Plan fein säuberlich und priorisiert aufgezeigt worden ist und durchaus Hoffnungen geweckt hat auf eine, wenn auch langsame, Verbesserung des Radroutennetzes. Was nun als Antwort des Stadtrates vorliegt, zeigt eine eher zögerliche Umsetzung der damals geforderten moderaten Massnahmen. 77 % der 31 Massnahmen befinden sich laut Bericht erst in Planung, sind im GVKK wieder aufgenommen, befinden sich in laufender Umsetzung oder ganz schlimm, sind verschoben oder werden nicht umgesetzt. Umgesetzt wurden erst 7 von 31 Massnahmen. Da kann wirklich nicht von einem rasanten Tempo, sondern eher von einem Kriechgang gesprochen werden. Seit 2018 liegt das GVKK vor, das vom Einwohnerrat positiv zur Kenntnis genommen worden ist. Die Bewohnerinnen und Bewohner von Kriens erwarten nun zu Recht eine konstante Umsetzung der darin enthaltenen Massnahmen. Trotz kritischer Finanzlage muss es möglich sein, Massnahmen zu Gunsten des Langsamverkehrs geplant und konstant umzusetzen. Im GVKK ist der Wille, den Anteil des Langsamverkehrs zu erhöhen, klar formuliert. Das würde zu einer wesentlichen und spürbaren Verbesserung der Verkehrslage in Kriens führen und würde auch die immer wieder gewünschte Aufenthaltsqualität in den Quartieren verbessern. Es wirkt hilflos und wenig kreativ, wenn nun die Budget- und Investitionsvorgaben erhalten müssen, dass die formulierten Ziele nicht erreicht werden können und sich weiter verzögern. Häufig sind es kleine Massnahmen mit wenig baulichem Aufwand, die zu wesentlichen Verbesserungen führen. Es geht nicht nur um kostspielige Beispiele wie die Weiterführung des Freigleises oder das Projekt des neuen Bogenweges. Die rasche Umsetzung aller 30er Zonen in den Quartieren kann ohne grossen baulichen Aufwand umgesetzt werden. Selbstverständlich gibt es auch gefährliche Brennpunkte, wie die Schachen-/Amlehnstrasse, die zügig einer Verbesserung für den Langsamverkehr zugeführt werden müssen. Dort gibt es kein Zuzahlen mehr. Die CVP/JCVP-Fraktion erwartet und freut sich, wenn der Stadtrat den Einwohnerrat regelmässig über die laufenden oder umgesetzten Projekte des GVKK orientiert. Dies soll nicht ausschliesslich über den AFP geschehen.

Laut Patrick Koch sind die SVP-Fraktionsmitglieder Verkehrsallrounder. Sie spüren auch regelmässig ihre Velokilometer ab. Deswegen sind der SVP-Fraktion sichere und direkte Radwegverbindungen sehr wichtig. Bauliche Massnahmen sollen jedoch mit Augenmass erfolgen. Kritisch beurteilt sie den Punkt 25 der aufgeführten Massnahmen. Die Querung der Luzernerstrasse im Bereich Kupferhammer

darf nicht zur Behinderung des MIV und des ÖV führen. Damit droht mehr Stau. Der Sprechende ist froh, wenn der Stadtrat dazu noch sagen kann, wie dies konkret aussieht. Er kann sich nicht vorstellen, wie dies technisch ablaufen sollte. Der Stadtrat schreibt weiter, dass er einen dringenden Handlungsbedarf bei der Schachen-/Amlehnstrasse sieht. Hier ist man wieder einmal bei diesem Thema. Patrick Koch möchte daran erinnern, dass vor rund 5 Jahren ein Referendum darüber abgehalten wurde. Die Krienser Bevölkerung sagte nein zu Tempo 30, Tempo 20 oder Unterbrechung dieser Strasse. Er weist auch weiter darauf hin, dass dies eine wichtige Entlastungsstrasse der Hauptverkehrsstrasse Luzernerstrasse ist. Dazu muss nicht einmal eine Simulation gemacht werden. Vor vier Jahren gab es ein Tötungsdelikt in diesem Bereich der Amlehnstrasse. In der Rush-Hour am Abend wurde diese Strasse gesperrt. Dies führte zu einem riesigen Verkehrschaos, wovon auch ein Grossbereich der Stadt Luzern betroffen war. Finger weg davon. Die SVP-Fraktion ist für sichere Veloverbindungen, aber die Schachen-/Amlehnstrasse muss als Durchfahrtsstrasse erhalten bleiben. Die Velostreifen sind ganz klar signalisiert. Wenn es Autofahrer gibt, welche sich nicht daran halten, sollen von der Polizei vermehrt Kontrollen durchgeführt werden.

Beat Tanner dankt im Namen der FDP-Fraktion dem Stadtrat für den Bericht. Sie stellt fest, dass diverse Umsetzungen nicht oder noch nicht umgesetzt worden sind. Zum Teil sind diese gut begründet und zum Teil liegt es an den finanziellen Möglichkeiten. Aus ihrer Sicht sollte der Stadtrat auch prüfen, Umsetzungen zu Lasten von Mehrwertabschöpfungen zu finanzieren. So könnten auch die Ziele in Zukunft schneller umgesetzt werden.

Gemäss Peter Stofer sieht es die Grüne/GLP-Fraktion gleich wie die CVP. Dies ist ein Vorstoss, welcher nicht zur Arbeitsbeschaffung in der Sommerflaute dient, sondern der nötig und dringend wichtig ist. Judith Mathis-Wicki hat erwähnt, dass 80 % der Massnahmen in diesen zehn Jahren nicht umgesetzt wurden. Wenn man dies hochrechnet, braucht es theoretisch 50 Jahre um 30 Massnahmen umzusetzen. Und dieses betrübliche Bild ist sogar noch geschönt. Die Veloführung Ringstrasse, Mattenhof, Grabenhof und alte Horwerstrasse/Mattenhofkreisel sind auch noch nicht durchgängig fertig gestellt. Patrick Koch hat noch die Schachen-/Amlehnstrasse erwähnt. Bei der Abstimmung ging es nicht um den Grundsatz, ob die Strasse und durchgängig gemacht werden soll, sondern um einen Planungskredit. Das muss auch noch gesagt werden. Das vor einem Jahr zustimmend zur Kenntnis genommene GVKK soll nun umgesetzt werden. Es ist leider so und nimmt die Grüne/GLP-Fraktion mit Besorgnis zur Kenntnis, dass man nun schon wieder versucht mit dem Budget Politik zu machen und diese Massnahmen nicht zeitgerecht umsetzt. Der Sprechende denkt, es ist allen klar. So kann es nicht weitergehen. Deshalb wurde diese Woche eine weitere Interpellation zu diesem Thema eingereicht.

Matthias Senn denkt auch, dass dies ein wichtiger und guter Vorstoss war. Der kürzlich von Peter Stofer eingereichte Vorstoss ist auch gut, weil es wirklich wichtig ist, dass man bei diesen Massnahmen des GVKK die Prioritätenplanung vornimmt. Der Auftrag hat die zuständige Abteilung eigentlich schon lange. Dank des Vorstosses kann der Stadtrat darüber diskutieren und berichten. Schlussendlich wurde eine Finanzstrategie beschlossen, weshalb die finanziellen Randbedingungen beachtet werden müssen, ob dies gefällt oder nicht. Wichtig ist, dass die vorhandenen Mittel auch eingesetzt werden. Auch dies wurde sicherlich nicht immer so umgesetzt. Es gab zum Teil auch andere Gründe, weshalb etwas nicht weiter ging. Beispielsweise hat der Stadtrat bewusst während der Ausarbeitung des GVKK Zurückhaltung bei der Umsetzung von baulichen Verkehrsmassnahmen ausgeübt, damit man nichts Falsches verbaut. Diesbezüglich ist der Weg nach dem Vorliegen des GVKK frei, damit man damit fortfahren kann. Es gibt auch das Beispiel der Unterführung Brändi, welche nun auch blockiert ist, weil die Frage der Öffnung der Bahnübergänge noch geklärt werden muss. Wenn diese nicht mehr geöffnet werden, stellt sich die Frage, ob bei der Unterführung Brändi oder der Horwerstrasse etwas gemacht wird. Hier sind dem Stadtrat zurzeit die Hände gebunden, damit man über das weitere Vorgehen entscheiden kann. Es soll weiter gehen und hofft, dass man in den nächsten Jahren die notwendigen Mittel zur Verfügung hat. Die Massnahme 25 wurde noch angesprochen. Für Kriens ist der Radweg Eichwilstrasse wichtig. Dieser ist soweit vorbereitet, dass dieser in die öffentliche Auflage

gehen kann. Dort geht es auch um die Querung der Arsenalstrasse. Der Radweg Eichwilstrasse ist noch via Hofstetterstrasse und Querung Luzernerstrasse verbunden. Wie der genaue Stand der Querung Luzernerstrasse mit dem Kanton ist, weiss der Sprechende nicht.

15. Beantwortung Interpellation Ercolani: Neue Bewohner/innen / Sozialhilfe Bezüger Nr. 210/19

Die schriftliche Antwort wurde via Extranet zugestellt.

Roger Erni fragt den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Enrico Ercolani wünscht eine Diskussion.

Roger Erni stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Enrico Ercolani dankt herzlich für die Beantwortung der Interpellation. Er ist mit der Antwort mehr oder weniger zufrieden, aber nicht mit dem Inhalt. Der Stadtrat schreibt, dass das Einwohnerregister keine Auskunft über die Wohnungsvermietung gibt. Das hätte ihn sehr interessiert, denn man hört immer wieder, dass sich Dörfer in der Schweiz entvölkern und in die Neubauten umziehen. Wenn er sich nicht irrt, ist Hüttwilen eine solche Gemeinde, in welcher sich das Zentrum entvölkert. Das heisst, die alten Wohnungen werden leer und wenn diese weit aussen liegen, werden diese nicht mehr bezogen. Das ist in Kriens ein anderer Fall. Die Zunahme der Bevölkerung beträgt 501 Personen und gemäss der Einwohnerkontrollliste meldeten sich bis am 30. April 2019 1'875 Personen neu an. Jetzt fragt er sich, woher diese Differenz kommt? Sind diese weggezogen oder verstorben? Der Stadtrat schreibt, dass 64 Personen Sozialhilfe beantragt haben, was 3.4 % entspricht. Zum Glück konnte dies bei 11 unterstützten Personen abgeschlossen werden. Die 3.4 % klingen nach wenig, aber Frankenmässig ist dies wahrscheinlich sehr viel. Kann der Stadtrat Auskunft geben, was dies in Franken ausgedrückt heisst? Den Sprechenden interessiert auch sehr, wer von den Umgezogenen bereits in Kriens lebte oder von ausserhalb kam. Wie viele der Sozialhilfebezüger haben die leer gewordene Wohnungen bezogen oder sind in einen Neubau eingezogen? Das würde einiges Aussagen. Zuletzt geht es auch um die Steuern. Es nützt nicht viel, wenn viele Leute angezogen werden, die dann Sozialhilfebezüger werden, statt Steuerzahler. Darum sind hier aus seiner Sicht schon gewisse Massnahmen notwendig. Der Stadtrat schreibt ja, dass die erwartete Erhöhung des Steuersubstrats nicht eingetroffen ist. Enrico Ercolani hofft und wünscht sich, dass dies relativ rasch ändert. Es gibt viele neue Wohnungen. Ein Kollege der kürzlich im Mattenhof einzog, meinte, dass es ihm sehr gut gefällt. Er ist überglücklich, dass er dort hin konnte. Der Sprechende ist davon überzogen, dass das Steuersubstrat ändern wird, aber eine gewisse Gefahr besteht, dass Leute die bereits in Kriens wohnen die schönen neuen Wohnungen beziehen, andere günstige Wohnungen leer werden und dort Leute einziehen, die keine Steuern bringen, sondern in vielen Fällen Sozialhilfebezüger werden. Er bittet den Stadtrat darum mitzuteilen, wie viel 50 Sozialhilfebezüger pro Monat kosten. Das ist wahrscheinlich nicht nur ein Pappentiel, sondern es muss mit erheblichen Kosten gerechnet werden muss.

Die CVP/JCVP-Fraktion bedankt sich gemäss Anita Burkhardt-Künzler beim Stadtrat für die Beantwortung dieser Interpellation. Bereits im AFP mit Budget hat man viel über Bevölkerungswachstum und dem zu langsam steigenden Steuersubstrat gelesen und gehört. Natürlich nimmt bei wachsenden Bevölkerungszahlen auch die Zahl an Personen zu, welche Sozialhilfe in Anspruch nehmen. Selbst die Erkenntnis, dass nebst den Erträgen auch die Kosten pro gewonnenen Einwohner zunehmen, war ihrer Fraktion auch schon vor der Beantwortung dieser Interpellation bewusst. Allerdings wurde dem Einwohnerrat auch schon bei anderen Vorstössen aufgezeigt, dass das Sozialamt Kriens ein erprobtes System anwendet, bei welchem bereits beim Beantragen der sozialen Hilfe, die Dossiers genauestens überprüft und richtig eingeteilt werden. Deshalb ist, wie schon öfters versichert, auch kein Sozialde-

tektiv von Nöten. Dennoch ist die Antwort des Stadtrates, dass in den vergangenen 10 Monaten neu 53 unterstützungsbedürftige Personen, welche sich auf 37 Dossiers verteilen, in Kriens zugezogen sind und zum jetzigen Zeitpunkt immer noch Sozialhilfe beziehen, auch für die CVP/JCVP-Fraktion die Frage wert, was dies für Kriens finanziell bedeutet? Kann der Stadtrat dazu noch Fakten nennen oder konkrete Beträge nennen? Die Sozialhilfekosten werden immer Gegenstand von berechtigten Fragen in diesem Einwohnerrat und der Krienser Bevölkerung sein. Vertraut man jedoch auch darauf, dass das Sozialamt sehr gute Arbeit leistet und ganz bestimmt kein Interesse daran hat, unnötig Gelder zu verschleudern.

Laut Michael Portmann, SP-Fraktion, sind alle versichert. Falls man erkrankt, ist man versichert, damit man die für die Heilung notwendigen Behandlungen in Kliniken oder Spitälern überhaupt bezahlen kann. Falls eingebrochen wird, ist der Hausrat versichert, damit man die Wohnung wieder aufräumen und wohnlich einrichten kann. Die Vollkasko-Versicherung beim Auto verhindert, dass man plötzlich für hohe Kosten geradestehen muss, falls unvorsichtig parkiert wurde. Eigentlich ist inzwischen wirklich fast alles versichert. Falls man vom Vorgesetzten ausgemustert wird, weil man nicht mehr zu den Zielen der Firma passt, so kann man die Sozialversicherungen in Anspruch nehmen. Schliesslich hat man bereits seit längerer Zeit eingezahlt und gehofft, dass einen das Schicksal verschont. Vielleicht ist die Beziehung in die Brüche gegangen und ist plötzlich alleine für die Kinder verantwortlich. Auch dann ist man auf die Sozialversicherungen angewiesen, da man sich dauernd zwischen Erwerbs- und Familienarbeit entscheiden muss. Vielleicht ist auch das Vermögen bereits durch die hohen Preise im Pflegeheim aufgebraucht, obwohl man immer noch gesund und busper im Pflegeheim wohnt. Oder man hat seine Lehre abgebrochen, weil der Rahmen zu eng war und weil man mit Jobben deutlich mehr verdient hat als während der Lehre. Nun ist man abschlusslos und wird mit 35 Jahren entlassen, weil die Firma eine schlechte Auftragslage hat und sich Hilfsarbeiter nicht mehr leisten kann. Immer wieder braucht es die Sozialversicherungen, welche die Konsequenzen der liberalen Gesellschaft und Wirtschaft abfedern. So sind alle hier im Parlament ebenfalls gegen solche «Schadensfälle» abgesichert, damit man nach einer Karenzphase die Möglichkeit hat wieder in einen geregelten Alltag zurückzufinden. Abgesehen davon, dass Enrico Ercolani in seiner Interpellation nach nur einer Versicherungsleistung fragt, erachtet der Sprechende es als sehr positiv, dass der Anteil nur 3,4 % statt die für Kriens typischen 4,5 % der Sozialhilfequote beträgt. Das weist deutlich daraufhin, dass der befürchtete Zuzug von Menschen, welche die Leistungen von Sozialversicherungen beziehen, ausbleibt. Der in Kriens beobachtete Anstieg der Kosten für Sozialversicherungen hat dann auch, wie im Budget beschrieben, vor allem damit zu tun, dass Kriens wie erwartet, dank der AFR18 die Kosten vom Kanton mitübernommen hat. Man hätte es nun in der Hand die Existenzsicherung über alle Sozialversicherungen hinweg so zu regeln, dass die Wiedereingliederung zukünftig viel schneller gelingt als heute statt aus reinem Finanzdruck und aufgrund von Kennzahlen genau in diesem Bereich die Wiedereingliederung zu blockieren und so die Kosten selbstverschuldet stetig weiter zu erhöhen. Eine zweite Binsenwahrheit taucht dann am Schluss der Antworten auf: *„Neue Überbauungen erzeugen als erstes Kosten für die begleitende Infrastruktur, bevor dann die Steuereinnahmen «einschenken».*“ Und so baut man in Kriens also weiter, weiter und weiter.

Cyrill Wiget kommt auf die Zahlensituation und die gestaltete Entwicklung zu sprechen. Man hat eigentlich zwei Probleme. Man ging davon aus, dass Kriens schneller wächst, als dass es nun tatsächlich tut. Das ist aber über die Einwohnerkontrolle relativ einfach zu merken. Diese Zahl hier ist netto. Diejenigen, welche innerhalb von Kriens umgezogen sind, sind hier nicht erfasst. Dies ist einfach zu analysieren. Was aber total schwierig ist, ist die Analyse zu machen, was dies für Leute sind, welche nun kommen. Hier ist man wirklich im Blindflug. Kriens hat ein grosses Problem mit dem Steuerstrat. Pro Steuerregister wird viel zu wenig Einkommen generiert, weshalb die Kosten nicht gedeckt werden können. Man muss eigentlich wissen, wer zuzieht. Schweighof scheint ein sehr attraktives neues Wohnsegment für Studenten zu sein. Weil dies schwierig zu analysieren ist, hatte Kriens das Glück, dass Christoph Lengwiler mit einem Schüler zusammen ein Projekt macht, wobei die Stunden auf die Hochschule gehen, womit ein paar Quartiere ausgesucht werden, um die dortige Entwicklung festzustellen. Für den Stadtrat wird dies hilfreich sein. Die Hoffnung war, dass es eine Erhöhung des

Steuersubstrates gibt. Bisher war dies auch so. Aber für die Zukunft braucht es eine bessere Entwicklung, was man im Moment noch nicht sieht.

Lothar Sidler bezieht sich auf die Bemerkungen und Fragen zur Ziffer 3. Es wurde moniert, dass der Frankenbetrag nicht aufgeführt ist. Wenn man die Frage liest, sieht man, dass dies gar nicht verlangt war. Wenn man solche Sachen wissen möchte, sollen die Fragen auch präzise gestellt werden, damit man dazu auch eine Antwort geben kann. Der Sprechende ist der Meinung, dass diese Antwort auf diese Frage sehr präzise ist. Weiter wird behauptet, dass die Neuzugezogenen teure Sozialhilfebezügler sind. Er weiss nicht, woher man diese Behauptung nimmt. Dies sind Leute, welche nach Kriens kamen und Sozialhilfe beantragt haben. Diese erhalten nun Sozialhilfe, sofern sie die Voraussetzungen erfüllen. Wenn man einen Überblick haben möchte, wie viele Leute, welche Art und wie viel Sozialhilfe beziehen, bittet er die KBSG-Mitglieder zu fragen. Diese haben ein Dossier erhalten, worin die Sozialhilfefälle anonymisiert aufgeführt sind. Den Frankenbetrag pro Monat kann man dieser Liste auch entnehmen. Es ist eine Illusion zu denken, dass ein Grossteil mehrere tausend Franken pro Monat erhalten. Es gibt Sozialhilfebezügler, welche keinen Franken erhalten. Diese sind einfach in der Sozialhilfe, damit sie die volle Prämienverbilligung erhalten. Man muss vorsichtig sein, solche Äusserungen zu machen, da diese vollkommen falsch sein können. Der Sprechende möchte noch auf das Gesagte von Michael Portmann aufmerksam machen. Die aktuelle Sozialhilfequote beträgt 4.2 % und die Zuwanderung beträgt 3.4 %. Wenn man sieht, was schon wieder wegfiel, ist man bei rund 3 %. Die Zuwanderung ist nicht so hoch, wie die Sozialhilfequote. Dies muss man auch zur Kenntnis nehmen. Es ist ein Irrglaube zu meinen, dass wenn ein Bevölkerungswachstum da ist, ein grosser Teil an Sozialhilfebezügler nach Kriens zieht, weil es hier besser sein sollte Sozialhilfe zu beziehen. Kriens ist deutlich unter der durchschnittlichen Sozialhilfequote.

16. Beantwortung Interpellation Gomer: Soziale Freiräume im Quartier

Nr. 211/19

Die schriftliche Antwort wurde via Extranet zugestellt.

Roger Erni fragt die Interpellantin, ob sie mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Bettina Gomer-Beacco wünscht eine Diskussion.

Roger Erni stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Bettina Gomer-Beacco bedankt sich für die Beantwortung. Sie hat also diese Antwort gelesen und fand sie ein bisschen verwirrend. Also hat sie sie nochmals gelesen und dabei gemerkt, dass die Fragen und Antworten irgendwie nicht passen. Wäre dies hier eine Aufgabe in einem Workshop gewesen, wo man Fragen und Antworten einander zuordnen musste, hätte sie diese wohl nicht gefunden. Zu Beginn wollte sie die Gewichtung der Wichtigkeit der Quartiertreffpunkte kennen. Die Antwort war, dass der Stadtrat dies sehr hoch gewichtet, dass es in den Quartieren Freiräume für soziale Kontakte hat. Denn Quartiertreffpunkte sind wichtige Identifikationsorte für junge Familien ebenso wie für ältere Menschen, für Alteingesessene wie auch für Neuzugezogene. Hier entsteht Quartieridentität und schafft Platz für Quartiermitwirkung. Mitwirkung kann schliesslich nicht verordnet werden, aber gefördert. Dem ist sich der Stadtrat bewusst und macht dabei darauf aufmerksam, dass in Zukunft bei der Gesetzgebung auf das Einfordern von Freiräumen geachtet werden muss. So ist bereits ein grosser Spielplatz in LuzernSüd geplant, damit nicht nur Verdichtung, sondern auch Freiraum seinen Platz bekommt, wo ein Treffpunkt entstehen kann. Wie es nun dort weiter geht, weiss man noch nicht. Dann fragt sich die Sprechende, was ein Quartiertreffpunkt erfüllen muss, um als solcher wahrgenommen zu werden. In der Antwort wird aber vor allem auf die Quartierzusammensetzung eingegangen: gut durchmischt im Alter, in Nationalität, in der Familien- und Wohnform, etc. Tönt gut. Sie möchte aber anmerken, dass

es dann noch zum gewünschten kommt, braucht es vielleicht noch Aktivitäten. Ein Quartier braucht nicht nur Infrastruktur, sondern auch Beschäftigung mit den Menschen, die dort wohnen. Zu Anfang sollte dies von professionellen, soziokulturell-ausgebildeten Mitarbeitern begleitet und später im freiwilligen Engagement weitergeführt werden. Angeboten im Quartiertreffpunkt. Also braucht ein Quartiertreffpunkt eventuell schon ein bisschen Starthilfe, eine gewisse Investition die dann Rendite einbringt in Form von beliebten Wohnvierteln in ganz Kriens, gut versorgten Einwohnern und getragenen Familien aus allen Schichten. Das generiert dann vielleicht auch Steuern. Umso zusammen zu kommen, braucht es nur noch einen Raum, was Bettina Gomer-Beacco zu ihrer letzten Frage bringt, nämlich dem mietbaren Allmendraum. Dort hat man sich definitiv falsch verstanden. Es stimmt schon, mit Allmend bezeichnet man eine Nutzflächen beispielsweise eine Wiese, die im Besitz der Allgemeinheit ist. Als Raum hat sie hier eher einen Saal gemeint, also ein Gemeinschaftsraum «inhouse». Solche Allmendräume bieten primär Raum für gesellschaftliche Anlässe und Angebote, Raum für Feste, Clubanlässe und können Heimat vom Quartierverein sein. Für alle statt für wenige. Solche Räume sind immer schwieriger zu finden und in Teil Quartieren gar nicht vorhanden. Diese braucht es aber und sollten durchaus bei der Planung berücksichtigt werden. Auch Zwischennutzungen sind eine Möglichkeit. Ihr persönliches Fazit aus den Antworten. Wenn man auch nicht immer vom Selben spricht, versteht man sich doch recht gut und wünscht sich das Gleiche: Lebenswerte Quartiere für alle. Vielleicht braucht es nun einfach noch etwas Zeit, bis man wieder Geld hat. In welchen Quartieren dann welche Massnahmen unter welchen Chancen und Risiken zu ergreifen sind, wird Teil der Quartieranalyse sein. Es wird für die Sprechende sicher ein spannender Bericht sein, der bei ihr hoch gewichtet wird. Sie freut sich darauf.

Gemäss Andreas Vonesch, CVP/JCVP-Fraktion, hat am 4. November im Schappesaal der öffentliche Informationsabend zur Entwicklung des Bell-Areals stattgefunden. Die Eigentümerin, in Kooperation mit der Stadt Kriens, stellte dabei ihre Grundsätze vor, nach welchen sie den neuen Stadtteil, oder man kann auch sagen, das neue Quartier bedürfnisgerecht entwickeln will. Dabei konnten sich die Teilnehmer selbst aktiv einbringen. Die dabei gemachten Aussagen aus dem Publikum decken sich grundsätzlich auch mit den Feststellungen des Stadtrates, dass vielfältige Begegnungsmöglichkeiten, soziale Infrastrukturen, öffentliche Aussenräumen, Frei- und Grünflächen, aber auch Wohnen und Arbeiten sowie Gewerbe eine hohe Bedeutung zukommen und sehr wichtig sind, um soziale Kontakte zu fördern und ein aktives Quartierleben zu ermöglichen. Für die CVP/JCVP-Fraktion ist dies ein sehr gutes Beispiel, wie die Bevölkerung bereits früh in die Planung und Gestaltung einbezogen wird. Mittlerweile gibt es in Kriens gute Beispiele für Mitwirkungsprozesse oder -projekte, bei denen die Bevölkerung um ihre Meinung gefragt wurde und noch wird. So zum Beispiel die angedachten Partizipationsprozesse im Gebiet Mattenhof/Schweighof und der Analyse des Entwicklungskonzeptes Luzerner-/Obernauerstrasse mit dem historischen Zentrum. Die CVP/JCVP-Fraktion begrüsst deshalb auch die Quartieranalysen und ist gespannt auf die Ergebnisse. Es ist aber wie überall: Auch die besten und vielfältigsten sozialen und räumlichen Infrastrukturen in den Quartieren brauchen Menschen, die sie zum Leben erwecken und am Leben halten. Die CVP/JCVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Fragen.

Martin Zellweger, SVP-Fraktion, führt aus, dass der Stadtrat in seinen Ausführungen dargestellt hat, dass die Wichtigkeit der Quartierentwicklung durchaus präsent zu sein scheint. Auch sind Quartieranalysen ab 2020 bereits angekündigt, nachdem sich die Stadt resp. vorab die Gemeinde in den vergangenen Jahren fast nur noch ausschliesslich auf das Zentrum konzentriert hat. Es ist sicher an der Zeit sich darauf zurückzubedenken, dass Kriens nicht nur aus dem Zentrum, dem neuen Stadtplatz und KriensSüd besteht. Speziell wurden ja im vorangehenden Traktandum zum Projekt „Zukunft.Leben. Kriens - Lebensraum im Quartier gestalten“ bereits Vorarbeit geleistet. Es zeigt sich, dass bereits verschiedene Wege der Einflussnahme vorhanden und auch im Bewusstsein sind. Die Stadt muss durchaus Impulse geben, aber wie der Stadtrat richtig feststellt, es braucht auch die Menschen oder die Bevölkerung, welche den Bedarf hat und nutzt. Man kann nur zu gut beobachten, wie schwierig und aufwendig es ist beispielsweise einen Quartierverein aktiv zu halten. Auch dies ist nur möglich, wenn die Quartierbewohner aktiv sind, im Quartier leben wollen und dies auch machen. Was sich vor allem zeigt ist, das Quartierleben nur begrenzt künstlich gefördert werden kann, wenn der Bedarf nicht vor-

handen ist. Der Einbezug der Quartierbevölkerung ist auch immer mit Vorsicht zu geniessen. Die oft wenigen engagierten Quartierbewohner sind vielleicht gar nicht repräsentativ, auch wenn sie aktiv mitmachen. Es wäre ja nötig die Inaktiven zu gewinnen, aber die sind dann eben ja meist nicht dabei. Da sollte man sich auch nicht allzu viel vormachen. Wenn der Sprechende das richtig verstanden hat, sind Quartieranalysen der nächste Schritt. Wichtig scheint der SVP-Fraktion aber auch, dass die Stadt jetzt nicht wieder neue Aufgaben und Ausgaben übernimmt, sondern Impulse gibt.

Laut Erwin Schwarz, FDP-Fraktion, wurde bereits alles gesagt, was gesagt werden muss.

Cyrill Wiget kann Bettina Gomer-Beacco gut verstehen, wenn sie den Eindruck hat, dass dies schon etwas überholt und vielleicht etwas dürftig ist. Es hat aber auch damit zu tun, weil er hier um Geduld gebeten hat. Es wird an diesem Thema gearbeitet. Das Sozialräumliche Konzept konnte der Sprechende durchlesen. Es gab einen Workshop und erhielt dazu ein relativ gutes Echo. Über Weihnachten wird der Stadtrat diesen auch noch lesen. Wenn man den einmal gelesen hat, sind die Antworten deutlich fundierter, reifer und fortgeschrittener, als diejenigen in dieser Beantwortung. Der Einwohnerrat hat den Stadtrat immer wieder darauf aufmerksam gemacht, dass er nicht so weit ist, wie er sein sollte. Der Sprechende freut sich darauf, dies dem Einwohnerrat präsentieren zu können. Bettina Gomer-Beacco meinte noch, dass es eine Frage des Geldes ist. Das ist es selbstverständlich immer. Der Stadtrat möchte sich aber nicht allzu sehr dahinter verstecken. Mit cleveren Verhandlungstaktiken ist bei den Landbesitzern sehr viel herauszuholen. Wenn man dies dann geschickt im Bebauungsplan oder Bau- und Zonenreglement umsetzt, können sehr viele interessante Quartierplätze erstellt, ohne viel Geld in die Hände zu nehmen. Nicht zuletzt ist es auch vom freiwilligen Engagement der Menschen, ob etwas zu leben kommt oder nicht. Bei der Frage 5 hat man sich nicht missverstanden. Damit wollte man die Frage umkehren, was man heute zu wenig beachtet. Unsere Ahnen haben mit der Allmend relativ grosse Plätze zur gemeinsamen Nutzung freigehalten. Das war unheimlich weise. Wenn man keine Allmend wie die in Luzern hat, hätte man viel nicht, was den Lebensraum in der Agglomeration stärkt. Es war sehr clever, dass man ein Stück abgeschnitten und dieses nicht mehr für die landwirtschaftliche Nutzung gebraucht hat, aber für ganz viele soziale und öffentliche Nutzungen. Dieses Freihalten und Vorausdenken darf die heutige Generation nicht verpassen, auch wenn sie dies vielleicht bereits schon hat.

17. Beantwortung Interpellation Kobi: Wie arbeitet der Verwaltungsrat der Heime Kriens AG, was macht er und wie informiert er **Nr. 213/19**

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

18. Beantwortung Interpellation Tschümperlin: Kantonsgericht schützt Schulhaus-Wiesen **Nr. 214/19**

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

19. Postulat Kobi: Stopp von weiteren versiegelten Flächen in Kriens **Nr. 229/19**

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

20. Postulat Gomer: Förderung der Gleichstellung

Nr. 230/19

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

21. Postulat Koch: Für den Erhalt der traditionellen Schlittelpiste Krienseregg – Kriens

Nr. 232/19

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

22. Postulat Purtschert: Für ein umwelt- und klimafreundlicheres Beschaffungswesen

Nr. 236/19

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

23. Postulat Burkhardt: Plastik Recycling, Sammelsack für Kriens

Nr. 238/19

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

24. Postulat Mathis: Biodiversität auf stadteigenen Grundstücken

Nr. 242/19

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

25. Postulat Vonesch: Aufwertung und Attraktivierung des Stadthausplatzes

Nr. 245/19

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

26. Beantwortung Interpellation Schwarz: Lehrermangel an den Schulen

Nr. 223/19

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

27. Beantwortung Interpellation Tschümperlin: Illegales Bauen der Stadt Kriens

Nr. 243/19

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

28. Beantwortung Interpellation Tschümperlin: Qualität der Baubewilligungen **Nr. 244/19**

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

29. Postulat P. Portmann: Gratisentsorgung von Druckerkartuschen im Ökihof **Nr. 247/19**

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

30. Postulat Ercolani: Zeughausareal West Umnutzung **Nr. 248/19**

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

31. Postulat Gisler: Flächendeckendes Glasfasernetz für die Stadt Kriens **Nr. 250/19**

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

32. Postulat Wendelspiess: Urban Gardening – Bringen wir Kriens zum Blühen! **Nr. 251/19**

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

33. Postulat Tanner: Keine Steuererhöhung ohne Ausgleichsmassnahmen vom Kanton
Nr. 252/19

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

34. Fragestunde

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

35. Verabschiedung Judith Mathis-Wicki (CVP)

Laut Roger Erni verlässt heute ein Urgestein den Einwohnerrat. Judith Mathis-Wicki kam bereits am 18. Mai 1989 als JCVP-Mitglied in den Einwohnerrat. Sie war die Nachfolgerin von Konrad Graber und zwei Mal sieben Jahre im Einwohnerrat. Auf sechs Tage war sie genau gleich lange als Einwohnerrätin tätig. Beim ersten Mal waren es 2'652 Tage und beim zweiten Mal 2'658 Tage. Der Sprechende findet, dass die Politik sie unglaublich jung gehalten hat. Judith Mathis-Wicki war von 1991 – 1996 in der Sozial- und Gesundheitskommission, wechselte bei ihrer zweiten Amtszeit für zwei Jahre in die Bildungs-

kommission und danach in die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission. Diese änderte im 2016 den Namen auf Kommission für Finanzen und Gemeindeentwicklung worin sie nun bis zum Schluss Einsitz hatte. Roger Erni dankt im Namen aller Anwesenden recht herzlich. Als Geschenk wird ihr ein Gut-schein der Krienser Buchhandlung BUK überreicht.

Judith Mathis-Wicki ergreift zum letzten Mal das Wort. Bei einem Abschied steht immer die Ambivalenz zwischen lachendem und weinendem Auge im Vordergrund, auch bei ihr ist das nicht anders und sie hat sich dieser Herausforderung zu stellen. Und es schwingt auch etwas Wehmut mit. Wir Menschen als absolute Beziehungswesen haben es jeweils etwas schwer mit Loslassen. Das heisst auch im Einwohnerrat mit seinen zum Teil kontroversen Haltungen, Meinungen und politischen Ausrichtungen tritt man miteinander in Beziehung und wächst einander ans Herz. Alle sind der Sprechenden mit den verschiedenen Persönlichkeiten ans Herz gewachsen und sie wird alle auf die eine oder andere Art vermissen. Aber alles hat seine Zeit, denn es gibt eine Zeit des aktiven Politisierens und eine Zeit danach. Um Neuem Platz und Raum zu geben, lässt Judith Mathis-Wicki nun den aktiven Ratsbetrieb los und lässt sich davon überraschen was kommt. Stephan Dähler hat kürzlich in einer Kolumne die beiden Einwohnerräte von Emmen und Kriens in ihrer Debattierfreudigkeit verglichen. Der Emmer Rat kam mit seiner Diszipliniertheit und Sachlichkeit einiges besser weg als der Krienser Rat mit seinen manchmal ausufernden Diskussionen und seiner Lebendigkeit. Sie muss schon sagen, ihr ist der Krienser Einwohnerrat mit seiner Debattierfreudigkeit und Lebendigkeit äusserst sympathisch. Es zeugt doch von echter Lust, Freude und Interesse den Sachgeschäften auf den Zahn zu fühlen und sich als Persönlichkeit mit seinen eigenen Meinungen im Rat zu zeigen. Was kann Besseres passieren, als wenn man die Demokratie so direkt und ausgiebig lebt. Sie findet, man muss Sorge tragen zu unseren direkt demokratischen Möglichkeiten. Das Parlament ist auch ein wunderbares Instrument, um vermehrt die Gruppenintelligenz gegenüber den individuellen Bedürfnissen zu schärfen. Sie ist überzeugt, dass man in Zukunft die Bedürfnisse als Gemeinschaft wieder viel mehr in den Fokus nehmen und die hyper-individuellen Bedürfnisse zurückstellen muss. Judith Mathis-Wicki wünscht auf jeden Fall weiterhin Freude am Debattieren, die notwendige gegenseitige Offenheit, sowie Wertschätzung und immer wieder die Fähigkeit, einen Schritt zurück zu stehen um das Geschehen hier drin mit dem notwendigen Abstand zu betrachten. Dies im Sinne eines Perspektivenwechsels damit keine blinden Flecken entstehen. Judith Mathis-Wicki bedankt sich ganz herzlich bei ihren Fraktionskolleginnen und -kollegen für die engagierte und gute Zusammenarbeit, dem Stadtrat für seine Geduld in den politischen Prozessen, den Ratskolleginnen und -kollegen für die stimmigen Auseinandersetzungen und zuletzt und nicht weniger ihrer Familie für ihren grossen Rückhalt. Sie wünscht allen schöne und erholsame Weihnachtstage und freut sich auf das gemeinsame Nachtessen.

Schluss

Roger Erni bedankt sich für das aktive Mitmachen und Diskutieren.

Die nächste Sitzung findet am 16. Januar 2020 ab 9:00 Uhr ganztägig statt. Der höchste Stadtluzerner wird eine Ansprache halten. Im Januar wird man nach der Sitzung in die MONS-Brauerei gehen.

Am Freitag, 21. Februar 2020 hat der Einwohnerrat eine Einladung vom HCK für das Spiel Kriens-Kadetten Schaffhausen erhalten.

Beim Geschenk ist auch Verkriensifizierung das Thema, beginnend mit der Collage mit den Hausnummern der Mitglieder. Das zweite sind die Halskragen, welche von seiner Mutter genäht wurden. Und die Weihnachtskarte soll geruhige Tage ermöglichen. Die Biere sind Hinweise auf die zu besuchenden Kantone anlässlich des Einwohnerratsausfluges vom 27. Juni 2020. Der Becher ist der Beitrag für einen intakten Lebensraum. Die Sonnenbergbahn wird noch gebraucht, wenn mit dem grossen Stadtrat im Mai wandern gegangen wird.

„Kommt – gehen wir gemeinsam das Fest der Feste feiern.“ Er wünscht wunderbare Tage im Rahmen der Familie, Bekannten und Freunde. Weihachten ist das ganze Jahr dort, wo Liebe verschenkt wird. Im Anschluss an die heutige Sitzung findet das traditionelle Jahresabschlussessen statt.

Die Sitzung schliesst um 18:10 Uhr.

Genehmigung im Namen des Einwohnerrates

Der Einwohnerratspräsident:



Roger Erni

Der Stadtschreiber:



Guido Solari

Die Protokollführerin:



Janine Lipp